Montag, 22. Juli 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 167 - 30.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 30,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Neues Treffen: Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Strauß wird aller Voraussicht nach noch im Verlauf dieses Sommers erneut in die „DDR" reisen und dabei mit Staats- und Parteichef Honecker zusammentreffen. Strauß hatte auch 1983 und 1984 die „DDR" besucht. (S. 8)

Hessen: Die Ausländerpolitik, eines der Exerzierfelder rot-grüner Bündnispolitik, wird immer mehr zum Konfliktstoff zwischen Landesregierung, Kreisverwaltungen und Kommunen. Ein bezeichnendes Beispiel lieferte ein Asylantenfest im Landtag. (S. 4)

Abtreibung: Gegen eine Verschärfung des Abtreibungsparagraphen 218 sprach sich die baden-württembergische CDU auf ihrem Parteitag in Offenburg aus. Abgelehnt wurde außerdem ein Antrag auf eine Verfassungsbeschwerde gegen die „Abtreibung auf Krankenschein". (S. 4)

Europa: Die Einberufung einer Regierungskonferenz über die angestrebte EG-Reform steht im Mittelpunkt einer Tagung, zu der die Außenminister der EG-Staaten heute und morgen in Brüssel zusammenkommen. Großbritannien, Griechenland und Dänemark stehen dem Plan für eine solche Konferenz skeptisch gegenüber.

Terrorismus: Ein Massenprozeß, in dem eine der Schlüsselfiguren der „Revolution der Nelken" von 1974, Oberstleutnant Carvalho, Hauptangeklagter ist, beginnt heute in Lissabon. Carvalho soll die Terroristengruppe „Volkskräfte 25. April" gegründet und geführt haben. Die portugiesischen Medien sprechen von dem „Prozeß des Jahrhunderts". (S. 4)

Haiti: Der selbsternannte Präsident auf Lebenszeit, Jean-Claude Duvalier, will sich in seinem Amt vom Volk bestätigen lassen. In einem Referendum soll außerdem über das Vorrecht Duvaliers abgestimmt werden, einen Nachfolger zu benennen. (S. 3)

Teure Ausreise: Iraner müssen für Auslandsreisen demnächst eine Gebühr von 50 000 Rial zahlen, beschloß das Parlament. Das sind etwa 1400 Mark – der Durchschnittslohn eines Angestellten. Mit dieser Maßnahme soll das Außenhandelsdefizit Irans abgebaut werden.

Juristen: Die bedeutendste internationale Juristentagung, die jemals in Nachkriegsdeutschland stattfand, wird heute in Berlin von Bundespräsident Richard von Weizsäcker eröffnet. 1500 Juristen aus 80 Ländern nehmen teil. Eines der zentralen Themen ist der internationale Terrorismus.

Fernsehmacher der ersten Stunde

In Bayern waren die Fernseh-Pioniere in einer Blindenanstalt untergebracht; ihre norddeutschen Kollegen sendeten aus einem Bunker. Phantasie und Improvisation waren das wichtigste in den Kindertagen des deutschen Fernsehens. An diese Zeit erinnern in einer Serie der WELT „Fernsehmacher" der ersten Generation. Heute: Robert Lembke. Seite 12

WIRTSCHAFT

Arbeitslosenversicherung: Mit einer ganzen Serie von Änderungsvorschlägen geht das Haus Blüm an das Reformvorhaben. Unter anderem wird eine gestaffelte Erhöhung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld angestrebt. (S. 9)

Schiffahrt: Auf einen Vertragstext zur Eindämmung des Billigflaggen-Unwesens haben sich rund 100 Staaten in Genf prinzipiell geeinigt. (S. 10)

Ölmarkt: Der heute in Genf beginnenden Opec-Konferenz über Preise und Fördermengen werden nur geringe Erfolgschancen eingeräumt. Das Kartell ist zerstritten wie eh und je. (S. 10)

US-Konjunktur: Die Kapazitätsauslastung der Industrie sinkt weiter. Im Juni lag der Index um 1,3 Prozent unter dem im vergangenen Juli erreichten Höchststand von 82 Prozent. (S. 9)

ZITAT DES TAGES



»Kein Vertriebenenverband hat je eine neue Vertreibung der in der alten Heimat lebenden Polen, Tschechen oder anderer Nationalitäten verlangt«

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth bei der Gedenkfeier zum 35. Jahrestag der Charta der Heimatvertriebenen in Stuttgart zum Revanchismus-Vorwurf an die deutschen Vertriebenenverbände

FOTO: J. P. MAUCHER

KULTUR

Theater: Mit der Aufführung von Martin Walsers „Ein fliehendes Pferd" gelang dem neuen Meersburger Sommertheater auf Anhieb ein großer Wurf. Sicher ist, daß das Sommertheater 1986 weitergeführt wird. (S. 13)

Autoren: Zum Nachfolger des kürzlich verstorbenen Präsidenten des Freien Deutschen Autorenverbandes, Prinz Hubertus zu Löwenstein, wurde in München Professor Nikolaus Lobkowicz gewählt. (S. 13)

SPORT

Leichtathletik: Die Olympia-Revanche zwischen Mary Decker (USA) und Zola Budd (England) endete mit einem Sieg der Amerikanerin. (S. 7)

Fechten: Die deutsche Degen-Mannschaft steht bei der Weltmeisterschaft in Barcelona nach einem 9:6 über die UdSSR im Finale. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Schatzsucher: Einen Superfund machten amerikanische Taucher in der Florida-Straße westlich von Key West. Sie stießen auf eine vor 350 Jahren gesunkene spanische Galeone mit einem Silberschatz im Wert von etwa 1,2 Milliarden Mark. (S. 14)

Weinskandal: Wegen Verdachts des schweren Betrugs sowie Verdunklungsgefahr sind im Burgenland vier Weinhändler verhaftet worden. (S. 14)

Wetter: Bedeckt und regnerisch. *18 bis 21 Grad.*

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Lira: Gut für Touristen, kein Schaden für Export

Abwertung durch Kapitalabfluß aus Italien ausgelöst / Importe werden billiger

GÜNTHER BADING, Bonn

Von der Abwertung der italienischen Lira um acht Prozent gegenüber der Deutschen Mark und den restlichen fünf Währungen des Europäischen Währungssystems (EWS) erwartet der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hans Tietmeyer, keine Nachteile für den deutschen Export nach Italien. Wirkungen auf die Wechselkurse gegenüber den Währungen außerhalb des EWS, etwa auf den Dollar oder das Pfund, seien „nicht zu erwarten", sagte Tietmeyer gegenüber der WELT. Alle übrigen Paritäten in der Währungsschlange seien untereinander und gegenüber der Mark unverändert geblieben.

Zur Wirkung der Lira-Abwertung machte der Staatssekretär zunächst darauf aufmerksam, daß dies „für den Touristen einen besseren Kurs der Deutschen Mark gegenüber der Lira bedeutet". Das gelte allerdings auch für alle anderen Touristen aus den EWS-Teilnehmerländern Frankreich, Niederlande, Dänemark, Irland, Belgien und Luxemburg.

Für den Handelsverkehr „bedeutet dies natürlich, daß der Export – aber nur der nach Italien – um acht Prozent erschwert und der Import aus Italien um acht Prozent erleichtert wird". Dennoch ergebe sich für die deutsche Wirtschaft kein Nachteil, weil die Abwertung „nicht einmal die zwischenzeitlich aufgelaufene *Inflationsdifferenz* und *Lohnstückkosten-Differenz*" zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien

SEITE 9:
Sanierungsplan beschlossen

ausmache. Die Differenz der Entwicklung der Inflationsraten von Mark und Lira habe in den vergangenen beiden Jahren volle 14 Prozent zugunsten der deutschen Währung betragen. Damit habe die deutsche Wirtschaft – stets nur im Vergleich *mit Italien* – einen durch die höhere italienische Inflation bedingten Wettbewerbsvorteil erhalten. Durch die Abwertung der Lira sei trotz der Verbilligung der italienischen Einfuhren „die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft keineswegs negativ betroffen". Die „künstlichen" Vorteile aus der Inflationsdifferenz seien nicht einmal ausgeglichen worden.

Staatssekretär Tietmeyer ist seit Jahresbeginn Vorsitzender des Währungsausschusses der EG. Er war am Freitag von den italienischen Verantwortlichen angerufen und um eine Sondersitzung zur Anpassung der *Leitkurse innerhalb des EWS gebeten* worden. Italien habe zunächst eine Abwertung um neun oder zehn Prozent gewollt. Geeinigt habe man sich dann – mit telefonischer Zustimmung der EG-Finanzminister – auf Anhebung der Leitkurse aller übrigen EWS-Währungen gegenüber der europäischen Rechnungseinheit ECU um zwei Prozent bei gleichzeitiger Abwertung der Lira um sechs Prozent.

Die neuen Leitkurse in ECU

Deutsche Mark 2,2384 (bisher 2,2418)
Französischer Franc 6,86402 (6,87456)
Italienische Lira 1520,60 (1403,49)
Niederländ. Gulden 2,52208 (2,52595)
Dänische Krone 8,12857 (8,14104)
Irländisches Pfund 0,724578 (0,72569)
Belg./Lux. Franc 44,832 (44,9008)

ECU ist die Abkürzung für European Currency Unit (Europäische Rechnungseinheit).

DER KOMMENTAR

Schnelle Korrektur

WILHELM HADLER

Nahezu geräuschlos ist am Wochenende die Anpassung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem (EWS) vollzogen worden. Die Beamten der zuständigen Ministerien und Notenbanken brauchten nicht einmal ihre Chefs nach Basel zu bemühen, da von vornherein Einigkeit darüber bestand, den Kurssturz der italienischen Lira an den Devisenmärkten nicht zum Anlaß für eine umfassende Neubewertung der europäischen Währungen zu machen.

Der Vorgang zeigt, daß im Wechselkursverbund die tägliche Zusammenarbeit der Währungsbehörden Früchte trägt und daß sich die Regierungen nach Kräften bemühen, an stabilen Leitkursen festzuhalten.

Die gelegentlich dennoch fälligen Anpassungen verlieren durch die regelmäßigen Abstimmungen ihre Dramatik. Sie sind – anders als in der Vergangenheit – kein Mittel mehr, der eigenen Wirtschaft auf Kosten der Nachbarn Wettbewerbsvorteile zu verschaffen.

Kritiker des EWS sprechen immer wieder von der Anfälligkeit des Systems. Tatsächlich können feste (oder nur innerhalb kleiner Bandbreiten schwankende) Wechselkurse *auf die Dauer* nicht gegen die Macht wirtschaftlicher Tatbestände aufrechterhalten bleiben. Zwei wichtige Argumente sprechen jedoch für die stärkere Verkettung der europäischen Währungen: erstens die Tatsache, daß die EG ein Interesse daran hat, den im Entstehen begriffenen einheitlichen Binnenmarkt nicht durch externe Währungsentwicklungen zu gefährden, und zweitens die Hoffnung, daß das Währungssystem im Laufe der Zeit disziplinierend auf die Wirtschaftspolitiken der EG-Regierungen wirkt.

Im März 1983, dem Zeitpunkt der letzten Leitkursanpassung, hatte es in Brüssel noch dramatische Auseinandersetzungen darüber gegeben, welche Währungen auf- und welche Leitkurse abgewertet werden sollten. Diesmal kamen die Partner den Italienern mit einer gemeinsamen Aufwertung um zwei Prozent ein Stück entgegen, veränderten aber die Paritäten untereinander nicht.

Ausschlaggebend war die inzwischen eingetretene größere Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung, vor allem die Abschwächung der Inflationsraten in den meisten EG-Ländern. Wie weit die Stabilitätspolitik durch das EWS gefördert worden ist, läßt sich schwer nachweisen. Sicher ist jedoch, daß ohne mutige Maßnahmen zur Haushaltssanierung und zur Lohnkostendämpfung auch der europäische Währungsverbund keinen Bestand hätte.

Hernu: Die Amerikaner müssen bleiben

gba. Bonn

Strategische Überlegungen zur Verlegung des französischen Verteidigungsvorfeldes vom Rhein an die Elbe dürfen nach Ansicht von Verteidigungsminister Charles Hernu nicht zu dem Gedanken führen, Frankreich könne die Rolle der atomaren Schutzmacht USA in Europa übernehmen.

Bewußt vorsichtiger als andere französische Politiker, vom ehemaligen Präsidenten Giscard d'Estaing bis zum Sozialisten Huntzinger, schloß der Minister in einem Interview des Deutschlandfunks zwar den Einsatz der Atomstreitkräfte seines Landes bei einer Invasion des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland nicht aus, lehnte aber jede Festlegung auf eine dazu verpflichtende Doktrin aus zweierlei Gründen ab: Erklärte Frankreich zum einen „von vornherein", daß es die nukleare „Force de frappe" einsetze, „sobald eine Invasion deutschen Gebietes erfolgt, dann würden wir die Dialektik der nuklearen Abschreckung zerstören". Ein eventueller Gegner müsse in der „glorreichen Ungewißheit der Abschreckung" gehalten werden.

Zum anderen gebe „es in der augenblicklichen Situation in den Vereinigten Staaten von Amerika isolationistische Strömungen. Und man sollte nichts tun, was Europa von den Vereinigten Staaten abkoppeln könnte." Wenn man „bei gewissen Amerikanern, die darüber nur zu glücklich wären", den Eindruck erweckte, Frankreich könne den Platz der USA in der atomaren Verteidigung Europas einnehmen, so erweise man damit sowohl den USA als auch Europa einen „sehr schlechten Dienst".

Ausnahmezustand in Südafrika. Kritik an Botha

DW. Johannesburg

Südafrikas Staatspräsident Pieter Botha hat am Samstagabend über 36 Distrikte des Landes den Ausnahmezustand verhängt, nachdem Unruhen in den Schwarzen-Siedlungen seit einem Jahr etwa 480 Menschenleben gefordert hatten. Die Verkündung des Ausnahmezustands gibt Polizei und Militär weitreichende Befugnisse und stellt sie zugleich von der juristischen Kontrolle ihrer Aktionen frei.

SEITEN 2 UND 8:
Weitere Beiträge

Botha sagte auf einer Pressekonferenz, die Gewalt sei in jüngster Zeit noch brutaler und schwerwiegender geworden. Die Ausnahmebestimmungen würden wiederaufgehoben, sobald es die Bedingungen in den einzelnen Bezirken rechtfertigten.

Die Ausrufung des Ausnahmezustandes ist vom Führer der weißen Opposition im Parlament, Frederik van Zyl Slabbert, *als Beleg für das* Scheitern der Regierungspolitik kritisiert worden. „Diese Regierung hat weder das Können noch entsprechende Pläne, um den Anforderungen wahrer Reformen gerecht zu werden", erklärte er.

In einer ersten Stellungnahme signalisierte das US-Außenministerium Verständnis für die Maßnahme Bothas.

Washington hoffe aber, daß sich die Situation beruhigen werde, damit die südafrikanische Regierung den Ausnahmezustand „zurücknehmen" und sich der „wichtigen Aufgabe der Reformen annehmen" könne.

Umweltschutz schafft neue Arbeitsplätze

gba. Bonn

Die Investitionen im Bereich des Umweltschutzes haben nach Erhebungen des Bundesinnenministeriums 1984 mit 3,589 Milliarden Mark erstmals die Drei-Milliarden-Grenze überschritten. Das ist eine Steigerung um knapp 57 Prozent oder 1,3 Milliarden Mark gegenüber 1983. Allein 62,5 Prozent (2,244 Milliarden Mark) entfielen auf Investitionen zur Luftreinhaltung. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann verwies gestern auf den zusätzlichen positiven Arbeitsmarkt-Effekt dieser Investitionen: „Allein unsere Großfeuerungsanlagen-Verordnung wird nach Schätzungen mehr als 47 000 Arbeitsplätze schaffen oder sichern." Die Einführung des umweltfreundlicheren Autos bringe weitere *14 000 Arbeitsplätze.*

Der Paragraph 7 d des Einkommensteuergesetzes, nach dem ganz oder überwiegend dem Umweltschutz dienende Investitionen der Wirtschaft erhöht abgeschrieben werden können, *war 1975 eingeführt worden.* Die Inanspruchnahme der Sonderabschreibungen wird dem Innenministerium jährlich gemeldet. Dort hat man den Vergleich gezogen zwischen dem ersten Jahr dieser Sonderabschreibungen 1975 und den jetzt für 1984 vorliegenden Zahlen. Danach hat die Wirtschaft 1984 siebzehnmal mehr in die Luftreinhaltung investiert als 1975. Der enorme Anstieg dieser Umweltschutzinvestitionen setzte vor drei Jahren ein. Seither sind die Gesamtinvestitionen in diesem Bereich mit 8,2 Milliarden Mark höher als die Summe aller Umweltschutzinvestitionen von 1975 bis 1981 mit 6,6 Milliarden Mark.

„Moskau erpreßt mit Folter Geständnisse"

Sowjets schwerste Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen

AP/DW. Bern

Schwerste Menschenrechtsverletzungen hat die Gefangenenhilfsorganisation amnesty international (ai) im Rahmen ihrer Anti-Folter-Kampagne der Sowjetunion vorgeworfen. Die zahlreichen politischen Gefangenen des Landes würden in Gefängnissen, Arbeitslagern und psychiatrischen Kliniken systematisch einer grausamen und unmenschlichen Behandlung ausgesetzt und teilweise sogar gefoltert, heißt es in der jüngsten Ausgabe des Pressedienstes der Schweizer Sektion von ai in Bern.

Äußerst besorgniserregend seien die Haft- und Lebensbedingungen in den sowjetischen Arbeitslagern, in denen die Mehrzahl der politischen Gefangenen inhaftiert sei. Unterernährung bei harter und teilweise gefährlicher Arbeit, fehlende medizinische Versorgung und willkürliche Disziplinarstrafen gehörten zum Lageralltag dieser Häftlinge. Einige der Gefangenen hätten 30 Jahre und mehr unter diesen Bedingungen leiden müssen.

Die Behörden der UdSSR scheinen laut amnesty international nicht einmal davor zurückzuschrecken, alte oder kranke Menschen in Arbeitslagern zu internieren. Im vergangenen Jahr seien Häftlinge in den Lagern gestorben, obwohl ihr schlechter Gesundheitszustand seit längerem bekannt gewesen sei.

In den psychiatrischen Kliniken werden laut ai politische Gefangene oft mit starken Psychopharmaka behandelt, die bei einigen Häftlingen Erblindungen, Teillähmungen und eine allgemeine Desorientierung verursacht hätten. Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken könnten ohne gerichtliche Begrenzung auf unbestimmte Zeit angeordnet werden; ai hat Angaben über Gefangene, die mehr als 15 Jahre in solchen Kliniken verbringen mußten.

Sowohl aus Arbeitslagern als auch aus psychiatrischen Kliniken hat die Gefangenenhilfsorganisation Berichte über systematische Mißhandlungen erhalten. Politische Gefangene seien wiederholt von Angehörigen des Personals oder mit deren Billigung von Mithäftlingen geschlagen worden. Die Mißhandlungen hätten teilweise die Form der Folter angenommen und seien gezielt zum Erpressen von Geständnissen eingesetzt worden.

Seit seiner Gründung vor nicht ganz 25 Jahren kämpft amnesty international für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in der Sowjetunion. Zur Zeit werden über 450 politische Gefangene von der Organisation betreut, davon 17 durch die Schweizer ai-Sektion. Trotz intensiver Bemühungen sei es jedoch bisher nicht gelungen, mit dem sowjetischen Botschafter in der Schweiz, Iwan Ippolitow, eine Unterredung zu vereinbaren, schrieb die Organisation.

Die Sowjetunion ist nach Darstellung des Parteiorgans „Prawda" fest davon überzeugt, daß die vor zehn Jahren in Helsinki unterzeichnete Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) auch heute ihre Bedeutung nicht verloren hat.

Dr. Reagan schickt sein Volk zum Arzt

FRITZ WIRTH, Washington

Er erschien in der Tür des Krankenhauses von Bethesda so wie auf seiner Ranch in Santa Barbara, wenn er sich auf den Weg zum Holzfällen begibt – offenes Sporthemd, hellblaue Freizeithose, ein breites Lachen im Gesicht und diesen herausfordernden Satz auf den Lippen: „Ich fühle mich groß in Form, doch ich bin ein wenig unruhig geworden. Ich bin zu scharf darauf, wieder an die Arbeit zurückzukehren."

Fast auf die Stunde genau eine Woche nach seiner Krebsoperation, bei der ihm eine rund fünf Zentimeter große Geschwulst aus dem Dickdarm entfernt worden war, verließ US-Präsident Ronald Reagan das Krankenhaus, und er erschien *wie ein Mann,* der eine Arbeit angeht, vor der man sich in die Hände spuckt. Die Ärzte, die vor sieben Tagen noch in hellgrünen Kitteln um den Präsidenten auf dem Operationstisch herumgestanden hatten, hatten ihre schönsten leuchtendweißen Marine-Uniformen angelegt, eine Kapelle spielte „Anker los", und eine Krankenschwester drückte das aus, was die Ärzte zur vorzeitigen Entlassung ihres Patienten veranlaßt hatte: „Der braucht uns nicht mehr. Der operiert jetzt auf eigene Faust."

Welche Art von Operationen es sein werden, hatte Reagan wenige Minuten zuvor in seiner wöchentlichen Rundfunkansprache verkündet, die von medizinischen Begriffen und Vergleichen überladen war. Ihn bedrückt vor allem das seit Wochen andauernde Gerangel im Kongreß um die von ihm gewünschten Etatkürzungen: „Wenn die keine Schnitte machen können, dann werde ich ihnen einmal meinen Operationsarzt zum Capitol Hill vorbeischicken", und er stellte außerdem eine Analogie zwischen seinem leicht gekürzten Darm und seinem immer kürzer werdenden Geduldsfaden über das Verhalten des Kongresses im Umgang mit dem wachsenden Haushaltsdefizit her.

Diese Ungeduld, die Unruhe und der drängende Unternehmungsgeist des 74jährigen lassen vermuten, daß sowohl seine Ratgeber im Weißen Haus und vor allem seine Frau Nancy in den nächsten Tagen und Wochen Schwierigkeiten haben werden, ihren fürsorglichen Plan, die Energien dieses Mannes vorläufig auf Sparflamme zu halten, auch durchzusetzen.

Reagan hat nicht nur darauf bestanden, Gespräche mit dem chinesischen Präsidenten Li Xiannian zu führen, der gestern zu einem zehntägigen Besuch in die USA gekommen ist; er wird auch schon heute einige sehr bestimmte Telefongespräche mit führenden Kongreßmitgliedern führen, um die festgefahrenen Budgetverhandlungen wieder in Bewegung zu bringen.

Dennoch war schon beim Verlassen des Krankenhauses zu spüren, daß Nancy Reagan ihren Mann im wörtlichen wie im übertragenen Sinne sehr fest an die Hand nehmen wird. Sie, in deren eher zerbrechlich wirkender Physis erstaunliche Energievorräte und Willenskräfte stecken, unternahm tatsächlich den fast rührend wirkenden Versuch, diesen bereits wieder sehr robust wirkenden Patienten zu stützen.

Reagan selbst hatte ihr zuvor in seiner Rundfunkansprache dieses Kompliment gemacht: „First Ladies werden nicht gewählt und bekommen kein Gehalt. Sie sind zumeist sehr private Personen, die gezwungen sind, ein öffentliches Leben zu führen. Ich meine, sie alle sind Heldinnen. Nancy Reagan jedenfalls ist mein alles. Dank dir, Partnerin, Dank für alles. Und übrigens: Hast du heute abend irgend etwas vor?"

Zugleich versuchte er, die Welle der neuen Krebs-Wachsamkeit, die seine Operation in der Bevölkerung ausgelöst hat, mit diesem Rat weiter zu verstärken: „Wenn ihr glaubt, daß irgend etwas mit euch nicht in Ordnung ist, laßt euch untersuchen. Greift zum Telefon, ruft das nächste Krankenhaus an und sagt: ‚Dr. Reagan schickt mich'."

Im Weißen Haus empfingen sie ihn mit einer Gartenparty, mit Luftballons und einer Kapelle, die „When the Saints go marchin' in" spielte. Wenig später betrat der Präsident den Balkon auf der Südseite des Hauses und winkte der Menge zu. Und diese reckte ihm Plakate entgegen, auf denen zu lesen war: „Kopf hoch, Präsident" und „Rawhide kehrt zurück". Rawhide ist der Codename des amerikanischen Geheimdienstes für den Präsidenten.

Reagan selbst kühlte die bemühte Fürsorge seiner Mitarbeiter mit einer kaum zu widerlegenden Feststellung ab: „Vergeßt nicht, daß ich gesünder heimkehre, als ich vor einer Woche hier weggegangen bin."

Grenzsperren der „DDR" riegeln noch schärfer ab

Technischer Ausbau verringerte drastisch die Flüchtlingszahl

BERND HUMMEL, Eschwege

Die innerdeutsche Grenze ist nach dem Abbau der „DDR"-Todesautomaten noch undurchlässiger geworden. Das als Ersatz für die Selbstschußanlagen von der „DDR-Grenztruppe" installierte neue Sperrsystem hat zu einer drastischen Verminderung der Zahl von sogenannten „Sperrbrechern" geführt.

Aus Unterlagen des Bundesinnenministeriums geht hervor, daß 1983, als im August die „DDR" mit dem Abbau der Todesautomaten begonnen hatte, noch 228 Sperrbrecher registriert wurden. In diesem Jahr waren es zwischen Januar und Juni lediglich 51. Damit hat die Zahl der Sperrbrecher den tiefsten Stand seit zehn Jahren erreicht. Bundesgrenzschutz und Zollgrenzdienst sind sich in der Beurteilung dieser Entwicklung einig: Der immer perfektere und raffiniertere Ausbau der Grenzsperren lasse Flüchtlingen aus der „DDR" kaum noch eine Chance, erfolgreich die Grenzhindernisse zu überwinden.

Wie das neue Grenzsicherungssystem der „DDR" funktioniert, erklärte zum Jahresbeginn der 22jährige Leutnant der „DDR-Grenztruppen" Ralf Molter nach seiner Flucht in die Bundesrepublik Deutschland. Danach sind die Grenzposten angewiesen, „nicht mehr strikt linear am ersten Metallgitterzaun zu sichern, sondern ins Hinterland gestaffelt, damit schon im Fünf-Kilometer-Sperrgebiet eine Überwachung erfolgt". Aus den Berichten anderer geflüchteter „DDR"-Soldaten geht hervor, welche technischen Konsequenzen von der „DDR" aus dem Abbau der Todesautomaten gezogen wurden. So wurde der parallel zum Metallgitterzaun in einer Tiefe zwischen 500 und 5000 Metern verlaufende „Schutzstreifenzaun" technisch verändert. Er besteht *jetzt aus Metallmatten,* die vom Erdboden bis zur Krone mit 18 Signaldrähten besetzt sind. Auf der Krone wurden sogenannte „Abweiser" in Ost- und Westrichtung angebracht, an denen vier Kontaktdrähte verlaufen. Flüchtlingen ist es somit nahezu unmöglich, an den Zaun heranzukommen, ohne Alarm auszulösen.

Seite 2: Drei Mauern

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Drei Mauern

Von Herbert Kremp

Als die Ost-Berliner Behörden 1983 mit dem systematischen Abbau der Selbstschußanlagen begannen, verbuchten die Regierungen in Bonn und München das Ereignis als Gewinn. Wir erinnern uns an die hoffnungsvollen Äußerungen der bayerischen Staatskanzlei und des Bundeskanzleramtes aus jener Zeit. Man registrierte eine Abkehr von der menschenunwürdigen Methode, die Flucht aus dem anderen Teil Deutschlands durch Automaten zu verhindern, die Tod oder Verstümmelung bewirkten. Der Name Honecker bekam hinfort einen anderen Klang. Dessen Zusage, die Automaten zubeseitigen, wurde als Preis für den ersten Milliardenkredit dargestellt, den politische Umsicht ihm gerade eingefädelt hatte, und gleichzeitig als eine Art Eintrittsgabe am Vorabend des hohen Besuchs von drüben, dem man gern entgegensah. War da nicht ein deutsch-deutscher Weitwurf gelungen?

Vielleicht handelte es sich um eine optische Täuschung: In Wirklichkeit nämlich ist die Milliarde gegangen und Honecker nicht gekommen; die Todesautomaten sind weg und die Flüchtlingszahlen gesunken. 1975 hatten trotz tödlicher Gefahr 673 Bürger die Grenzzäune überwunden, 1983 waren es 228 und in diesem Jahr (von Januar bis Juni) sind es nur noch 51.

Der Grund für den Rückgang ist in einer Tatsache begründet, die seinerzeit in Bonn und München entweder nicht scharf genug gesehen oder nicht deutlich genug ausgesprochen wurde: Honecker hat die Selbstschußanlagen nicht abgebaut, weil es sich um ein besonders abscheuliches Instrument seiner Absperrungs-Politik handelte, sondern weil inzwischen bessere Dichtungsmittel entwickelt worden waren. Honecker hat modernisiert, nicht humanisiert: Während seine Gesprächspartner in der Bundesrepublik auf ihr „Erfolgskonto" verwiesen, hatte er schon längst mit dem Bau einer elektronischen Mauer durch ganz Deutschland begonnen. Daß diese Mauer undurchdinglicher sein würde als die Guillotine-Befestigungen, war 1983 abzusehen. Aber die Kommandeure des Grenzschutzes, die darauf hinwiesen, wurden in Bonn gerüffelt.

Ost-Berlin verfügt jetzt also über drei perfektionierte Mauern: Die steinerne in Berlin, die elektronische durch Deutschland und die Kontaktsperre-Mauer für Millionen von Bürgern in der „DDR". Fürwahr ein ernüchterndes Ergebnis.

Gegen die Facharbeiter

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Hermann Heinemann, Arbeits- und Sozialminister in Nordrhein-Westfalen, ist als gestandener SPD-Bezirksfürst den DGB-Gewerkschaften nicht fern. Wenn er über den Bundesrat ein Gesetz ankurbeln will, das die Überstunden drastisch abbauen soll, dann wird das wohl im Sinn des DGB sein. Was versprechen sich die Gewerkschaften davon?

Sie wollen etwas gegen die Arbeitslosigkeit tun. Aber jedermann weiß: Die Verantwortlichkeit der Gewerkschaften liegt nicht darin, daß sie sich auf Umwegen als Gesetzesschmiede betätigen, sondern in ihrer paritätischen Mitbestimmung innerhalb der Tarifautonomie. Mit anderen Worten: Als gleichberechtigte Tarifpartner der Arbeitgeber haben die Einzelgewerkschaften jedes Jahr aufs Neue in der Lohnrunde Gelegenheit, wirksame Daten für mehr Beschäftigung zu setzen. Doch in welchem Geist sie es tun, haben 1984 die IG Druck und die IG Metall mit ihren monströsen Streiks gezeigt. Die DGB-Gewerkschaften fordern Milliarden-Programme des Staates. Sie nehmen lieber den Staat in die Verantwortung als sich selbst.

So auch Heinemann. Der Staat soll ein Gesetz machen, das die Unternehmer dazu zwingt, für jene Arbeit, die in Überstunden vollbracht wird, neue Arbeitskräfte einzustellen. Das probate Mittel soll sein, die Überstunden so zu verteuern, daß die Unternehmer jedes Interesse an ihnen verlieren. Wäre dies der Punkt, auf den es ankommt, dann bedarf es eines solchen Gesetzes nicht mehr; denn schon jetzt werden Überstunden weitaus am teuersten entlohnt. Wenn Unternehmer sie dennoch bezahlen, dann aus zwei Gründen: Sie können die Arbeitszeit flexibel auf sprunghafte Produktionserfordernisse anpassen, und sie können sicher sein, daß die Mehrarbeit von ihrer Stammannschaft – meist Fachkräfte, die unter den Arbeitslosen gar nicht zu finden wären – in gewohnter Qualität geleistet wird.

Heinemann plant einen Schlag ins Wasser. Allerdings werden ihm die treuesten Gewerkschaftsmitglieder das nicht vergessen. Denn den Facharbeitern in den Betrieben gilt die Entlohnung für Überstunden als Urlaubskasse. Als sozialer Besitzustand also, für den doch die Gewerkschaften sonst mit der größten Uneinsichtigkeit kämpfen.

Der Gesprächspartner

Von Peter M. Ranke

Am 1. März 1973 wurden in Khartum der amerikanische Botschafter Nole, ein weiterer amerikanischer Diplomat und der belgische Botschafter von einem Terror-Kommando der „El-Fatah" ermordet. Die Palästinenser hatten die saudische Botschaft gestürmt, die Diplomaten gefangengenommen und schließlich erschossen.

Daran muß erinnert werden, weil die amerikanische Nahost-Diplomatie sich anschickt, mit einem der Gründungsmitglieder von „El-Fatah", Khaled El-Hassan, über eine „Friedensinitiative" des jordanischen Königs Hussein zu verhandeln. El-Hassan steht auf der Namensliste der Palästinenser und soll für die PLO von Yassir Arafat sprechen, an dessen Händen das Blut unzähliger Terroropfer klebt.

Wie ernst nimmt es die US-Regierung mit ihren Aufrufen zur internationalen Abwehr von Terrorakten und zur Zusammenarbeit gegen Terroristen, für wie glaubwürdig werden ihre Bemühungen auf diesem Gebiet den zur Mitwirkung aufgerufenen Regierungen erscheinen, wenn Unterstaatssekretär Richard Murphy vielleicht schon bald in Amman mit Khaled El-Hassan zusammentrifft? Washington hat bisher darauf nicht geantwortet, sondern das strikte israelische Nein zu dieser PLO-Namensliste als „Veto" bezeichnet, das nicht für die amerikanische Politik gelte.

Die von König Hussein und Yassir Arafat vorgelegte Namensliste für eine gemeinsame Delegation, die zunächst mit Murphy sprechen soll, stellt einen groben Bruch bisheriger Zusagen dar. Für diese Delegation waren nämlich „ungebundene Persönlichkeiten" angekündigt worden. Khaled El-Hassan und die anderen sechs Personen auf der Liste sind mehr als gebunden – an die PLO Arafats. Es wäre fatal, wenn die arabische Terror-Organisation mit ihren Roßtäuschertricks bei der amerikanischen Diplomatie durchkäme. Oder ist der Mord von Khartum schon vergessen?



ZEICHNUNG NORMAN/THE MIAMI HERALD

Die Transparente am Grab

Von Monika Germani

Es ist bemerkenswert, wie seit der Einführung der umstrittenen neuen Verfassung in Südafrika das Chaos sich in den schwarzen Städten des Landes ausbreitet. Wobei der auslösende Faktor ein Vorgang war, der mit Apartheid und den Weißen nur sehr indirekt zu tun hat: eine Affäre um angeblich überhöhte Mietfestsetzungen durch schwarze Stadtverwaltungen. Bemerkenswert ist dabei, daß die Kommunisten sich jetzt offen deklarieren; galt bestimmten Kreisen bisher jeder Hinweis auf ihren Einfluß bei den Unruhen als Ablenkungsmanöver der südafrikanischen Polizei, so tauchten bei der Beerdigung von vier ermordeten UDF-Mitgliedern am Wochenende erstmals kommunistische Transparente auf. Offenbar hält Moskau die revolutionäre Situation für, wie es im Jargon heißt, „herangereift", so daß es Zeit wird, die Führung für jedermann erkennbar an sich zu ziehen. Damit erlebt man wieder einmal die Tragödie von Reformern: daß gerade ihre Bemühungen von den Revolutionären als ermutigendes Schwächezeichen ausgelegt und ausgenützt werden.

In der neuen Verfassung war Kap-Farbigen und Indern eine Beteiligung an der Regierung gewährt worden, aber für die verschiedenen schwarzen Völker mit insgesamt zweiundzwanzig Millionen Menschen hat man bisher keine befriedigende Lösung erarbeitet. Staatspräsident Botha steuerte einen vorsichtigen Reformkurs mit Rücksicht auf seinen weißen konservativen „Laager"-Flügel, aber mit Blick auf die immer lauter werdenden Forderungen aus den USA und Europa und die wachsenden Boykott-Drohungen. Nun hat ihn die Eskalation der Gewalt am 20. Juli veranlaßt, den Ausnahmezustand in 36 Gebieten des Landes auszurufen.

Die Unruhen des letzten August allerdings, mit denen alles begann und die gleichzeitig mit den Wahlen zu den beiden neuen Parlamenten in den schwarzen Städten ausbrachen, richteten sich gegen die schwarzen Stadtverwaltungen. Auslösend waren Mieterhöhungen gewesen; dazu wurden Vorwürfe gegen schwarze Stadträte wegen Bestechlichkeit und Veruntreuung öffentlicher Gelder laut. Diese Beschuldigungen sind in vielen Fällen berechtigt. Aber auch als die beanstandeten Mietzahlungen vorläufig zurückgestellt wurden, kamen die schwarzen Städte nicht zur Ruhe. Die Ausschreitungen richteten sich nicht mehr nur gegen die Vertreter der Verwaltungen, sie betrafen jeden schwarzen Geschäftsmann, Arbeiter und Angestellten, der die Streik- und sonstigen Aufrufe nicht beachtete.

Geschäfte wurden geplündert und in Brand gesteckt, schwarze Verwaltungsbeamte terrorisiert und in manchen Fällen bestialisch ermordet. Das Ziel waren offenkundig nicht die Abstellung von Mißständen, sondern die Ausnützung der einmal entstandenen Erregung und ihr Weiterspielen durch Terrorakte. Was da vorgeht, ist keineswegs ein schwarzer Volksaufstand, sondern das Losschlagen bestimmter Gruppen, die mit Hilfe vorwiegend von Jugendlichen die nicht gewalttätigen Bevölkerungsteile erst zum Mitmarschieren in den Aufstand zu treiben suchen. Die seit dem Aufstand von Soweto 1976 aufgebaute, durchaus breite Basis an Unterstützung und der mühsam erreichte bescheidene Wohlstand einer schwarzen Mittelschicht sollen zerstört, die nicht zur Gewalt bereiten Schwarzen sollen als Verräter gebrandmarkt und in Angst um ihr Leben und das ihrer Angehörigen versetzt werden.

Von den in den letzten zwei Jahren errichteten 38 Stadtverwaltungen sind heute nur noch fünf im Amt. Ganze Stadtregierungen sind geschlossen zurückgetreten. Ihre Mitglieder leben entweder in täglicher Todesfurcht oder in streng bewachten Siedlungen, von Stacheldrahtzäunen umgeben. Schwarze Polizisten und ihre Familien sind die Hauptopfer des Terrors. Die Infrastruktur der schwarzen Städte ist praktisch zerstört, die Verwaltung unwirksam geworden. Seit fast einem Jahr wurden mehr als vierhundert Schwarze getötet, teils von der Polizei, teils durch den schwarz-schwarzen Terror. Jede Beerdigung eines Opfers der Polizeigewalt wurde zum Vorwand für Demonstrationen.



Mit westlichen Diplomaten als Gästen: Bekenner bei der UDF-Beerdigung FOTO: DPA

Kirchenführer wie Bischof Tutu oder der Präsident des Weltbundes der Reformierten Kirchen, Dr. Allan Boesak, sowie Dr. Beyers Naudé, der Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrates, riefen zum Sturz der Regierung und zivilem Ungehorsam auf. Ihre Sympathien liegen offen bei der „United Democratic Front". Bei der Beerdigung von vier UDF-Funktionären in Cradock nahmen am Wochenende Diplomaten aus Frankreich, Norwegen, Dänemark, Kanada, Australien und Schweden teil. Wer die vier ermordet hat, ist bis heute nicht geklärt; die Polizei bestreitet jede Schuld an der Bluttat auf nächtlicher Straße nach einer UDF-Versammlung – hingegen geht die Behauptung um, daß einer von ihnen, Matthew Goniwe, insgeheim mit den Behörden über ein Arrangement verhandelt habe, das ihm die Rückkehr in seine Rektorenstelle an einer Schule in Cradock ermöglicht hätte. Die radikale Schwarzen-Organisation Azapo bestreitet, Goniwe deswegen als Kollaborateur umgebracht zu haben.

Dieser Hintergrund ist im Augenblick schwer zu klären; um so deutlicher sind dafür im Vordergrund Geistliche in Soutanen, die Hände über dem Gebetbuch gefaltet, vor einem riesigen roten Banner mit Sowjetstern samt Hammer und Sichel. Und die Diplomaten stehen dabei. Während in Angola und Moçambique die kommunistischen Regime, die bei der Entkolonialisierung als erste zuzugreifen verstanden, heute vor dem Bankrott stehen, offenbart Moskau sich und seine Leute am südlichen Ansatzpunkt Afrikas – taktisch vielleicht ein wenig übereilt.

IM GESPRÄCH James Miller

Stockmans Nachfolger

Von Horst-Alexander Siebert

Als Nachfolger des abtrünnigen David Stockman, der am 1. August nach viereinhalb Jahren als Leiter des wichtigen Büros für Management und Budget (OMB) im Weißen Haus ausscheidet und einen hochdotierten Posten beim New Yorker Investmenthaus Salomon Brothers übernimmt, hat Präsident Reagan noch vom Krankenbett im Naval Medical Center aus James Clifford Miller (43) nominiert. So schnell ist in Washington noch nie ein solches Amt besetzt worden. Aber Eile war geboten, weil die Verhandlungen zwischen Administration, Senat und Repräsentantenhaus über den Haushalt 1986, der am 1. Oktober „stehen" sollte, festgefahren sind.



Vorrang hat, was die Wirtschaft fördert: Miller FOTO: DPA

Die Wahl fiel auf Miller, nachdem Handelsminister Malcolm Baldrige und der ehemalige Verkehrsminister Drew Lewis abgewinkt hatten. Für den bulligen Mann aus dem kleinen Ort Conyers im US-Bundesstaat Georgia setzte sich Reagans Stabschef Donald Regan ein, der das OMB an eine kürzere Leine nehmen und dessen bisherige Unabhängigkeit beschneiden möchte. Regan, Oberstleutnant der Marines, Chef von Merrill Lynch und bis zum Frühjahr Finanzminister, hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß auch der Haushalt unter sein Kommando gehört.

Miller ist Republikaner und ein Reagan-Mann vom Scheitel bis zur Sohle. Im Gegensatz zu dem früheren Abgeordneten Stockman sind ihm politische Ambitionen fremd. Unter den Präsidenten Nixon und Ford arbeitete Miller als Nationalökonom im Stab des Council of Economic Advisers und wurde dann Mitglied des Council on Wage and Price Stability, in dem er sich für etwas einsetzte, was damals noch nicht opportun war: den Abbau staatlicher Eingriffe in den Marktmechanismus – ein Thema, über das er an der Universität von Virginia promoviert hat. Miller kämpfte für die Deregulierung der Flug- und Speditionsunternehmen, die dann Carter 1979 einleitete.

Der strenge Marktwirtschaftler Miller, der noch vom Senat bestätigt werden muß, hat am Potomac viele Stationen durchlaufen. Er beriet das Verkehrsministerium und forschte bei Brookings und dem American Enterprise Institute, dem „Think Tank" der Republikaner. Nach Reagans Wahlsieg im November 1980 leitete Miller einen Ausschuß, der die Weichen für die Entbürokratisierung stellte, die Nummer drei unter den vier Punkten von Reagans wirtschaftlichem Erholungsprogramm. Nach dem Wechsel im Weißen Haus im Januar 1981 wurde Miller Chef des Regulatory Affairs Office im OMB und geschäftsführender Direktor des von Vizepräsident Bush geleiteten Komitees für regulative Entlastung.

Seit September 1981 ist Miller Vorsitzender der Federal Trade Commission (FTC), die traditionsgemäß den Wettbewerb und den Verbraucherschutz überwacht. Heute weht in dem grauen Gebäude an Washingtons Pennsylvania Avenue ein anderer Wind: Ob Fusionen oder Preis- und Forschungsabsprachen – Vorrang hat alles, was das Wirtschaftswachstum fördert. Von den Unternehmen wird Miller laut gelobt, attackiert jedoch von den Konsumentenverbänden. Miller war auch als Nachfolger des zurückgetretenen Arbeitsministers Raymond Donovan im Gespräch. Berufen wurde dann der US-Handelsbevollmächtigte William Brock.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Rhein-Zeitung

Das Koblenzer Blatt kommentiert den Streit um die Feier des 20. Juli:

Moskau bezeichnet die Gedenkveranstaltung in West-Berlin als eine „politische Provokation". Diesen Vorwurf hauen sich derweil demokratische Parteien nahezu wortgleich um die Ohren. Wenn sie über Alltagsstreit hinaus nicht die Kraft haben, gemeinsam gegen die Verfälschung und den Mißbrauch des Widerstandsbegriffs im Rechtsstaat zu argumentieren, dann sollten sie angesichts der Opfer besser schweigen.

SÜDWEST PRESSE

Über Späths Auftritt heißt es in der Ulmer Zeitung:

Auffällig war der Landesvorsitzende bestrebt, Rückenstärkung aus Baden-Württemberg für den Bund zu signalisieren. Späths Botschaft an Bundeskanzler Kohl läßt sich auf eine einfache Formel reduzieren: Macht es wie wir in Baden-Württemberg, und ihr habt Erfolg. Selbstbewußt bis an die Grenze der Selbstgerechtigkeit listete der baden-württembergische Regierungschef Erfolg um Erfolg auf. Da muß man nicht noch laut aussprechen, daß so viel Kompetenz auch zu Höherem befähigt.

CORRIERE DELLA SERA

Die römische Zeitung schreibt zur Überschwemmungskatastrophe:

Wenn die Warnungen, die beizeiten geäußert wurden, nicht ins Leere gefallen, wenn die erforderlichen Kontrollen durchgeführt worden wären, hätte es keine Tragödie gegeben. Zeugen behaupten, daß es bereits im Mai ein Loch im Erddamm gab, der den Stausee umgibt. Die Leute am Ort hatten mehrfach ihre Befürchtungen ausgedrückt. Und man fragt sich, wie man es erlauben konnte, daß gerade unter diesem Wasserbecken Villen und Hotels gebaut werden konnten.

LA REPUBBLICA

Die römische Zeitung befürchtet Italiens Lächerlichkeit:

Wie kann man die Gesundungsmaßnahmen der Regierung, die die Abwertung flankieren sollen, nicht als lachhaft ungenügend bezeichnen, in Einzelfällen sogar als wirkungslos? Am Freitag haben wir uns vor ganz Europa lächerlich gemacht mit einem stümperhaften Manöver an den Börsen ... Heute kommt der Schaden dazu. Mit Sparmaßnahmen dieser Art wird die Lira in wenigen Monaten wieder in Schwierigkeiten sein.

Hamburger Abendblatt

Es schreibt zur Kontaktsperre:

Gewiß, auch die Bundeswehr läßt nicht jeden ihrer Offiziere in kommunistische Staaten reisen. Aber die „DDR" sperrt nun gleich allen Angehörigen der Volksarmee bis hin zur dort beschäftigten Putzfrau und allen im Bildungsbereich Tätigen bis hin zur Köchin für die Schulspeisung, ihren Feuerwehrleuten und Polizeibeamten den Westkontakt per Brief, per Telefon und, was ohnehin Seltenheitswert hatte, per Besuch. Dahinter stecken nicht nur Sicherheitsinteressen. Dahinter verbirgt sich tiefe Unsicherheit der regierenden Kommunisten.

Das „Netzwerk" der SED für die Sozialdemokraten

Neue Formen der Zusammenarbeit vor dem Jahrestag der Zwangsvereinigung / Von Werner Kahl

Genesungswünsche für den US-Präsidenten entsprechen nicht unbedingt dem Stil des Staatsrats am Ostberliner Marx-Engels-Platz. Daß das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" ein Telegramm an Reagan als Spitzenmeldung herausstellt, bestätigt eine vom Kreml-Politbüro ergangene Direktive an die Staaten des Warschauer Paktes, die sich in das Mosaik jüngster Vorgänge zwischen Ost und West einfügt. Wobei Bonn durchaus nicht im „Abseits" steht, wie es von Gegnern der Bundesregierung gern verbreitet wird.

Seit dem Wechsel an der sowjetischen Spitze wird über die Konzeption Michail Gorbatschows orakelt. Gorbatschow hat in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit die Koordination der Westpolitik als eine Hauptaufgabe herausgestellt. Die Staaten des Sowjetblocks sind in die Strategie mit fest umrissenen Aufgabengebieten einbezogen worden. Das Ziel ist es, den staatlichen Beziehungen zum kapitalistischen Ausland den Anstrich der Normalität zu geben. Dabei soll aus dem Wirtschaftskreislauf des Westens alles Erreichbare für das chronisch sieche System des Marxismus-Leninismus herausgeholt werden, von dessen Zerrüttung sich im Westen kaum einer eine Vorstellung machen kann.

In dieses Programm, bei dem der Vorrang der Rüstung nach wie vor eine conditio sine qua non bleibt, gehören die Beziehungen zu den USA wie zur Bundesrepublik Deutschland, dem wichtigsten Industriestaat in Europa. Dem haben sich die Ideologen unterzuordnen, was nach dem Verständnis des Kreml jedoch nicht Schweigen oder gar Rückzug bedeutet, wie die neuen Attacken auf die NATO-Staaten zeigen.

Der Kreml fährt Breitspur. Die Weichensteller haben unter ihrem neuen Stationsvorsteher offenkundig für alle Strecken, die an die europäischen und überseeischen Wirtschaftsstränge heranführen, grünes Licht gegeben. Die „DDR" hat im östlichen Block ihren Teil im neu orchestrierten Westprogramm zu spielen. Die Ostberliner Führung hat dementsprechend für normale Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland – bei gleichzeitiger anhaltender Abgrenzung des Territoriums gegenüber dem Westen und westlichen Einflüssen – zu sorgen. Auf einem anderen Blatt steht die Aufgabe, die der Sozialistischen Einheitspartei obliegt. Die SED betreut außer ihrem Westberliner Ableger SEW die DKP sowie die kommunistische Schweizer „Partei der Arbeit", ferner vor allem die Kommunistischen Parteien Griechenlands, Portugals und Nicaraguas.

In diesem Bereich ist die Stoßrichtung unverändert klar: die Bundesrepublik Deutschland und andere NATO-Mitgliedsländer von den USA abzukoppeln, insbesondere auch Griechenland aus der Südflanke des atlantischen Verteidigungsbündnisses herauszubrechen.

Einen Ansatzpunkt sieht der Kreml offensichtlich in einer Annäherung an die deutsche Sozialdemokratie. Hier zeichnet sich, weit vor dem Wahlkampf, die phantasievolle Mitwirkung der „DDR"-Führung an der Bundestagswahl 1987 ab. Neben dem Anstrich der Normalität in den Beziehungen zur Bundesregierung verbreitert Ost-Berlin die Kontakte und Gespräche mit der Opposition. Da wird jetzt die Absicht erkennbar, Regierung und Opposition nach den klassischen Methoden der Sowjetpolitik gegeneinander auszuspielen, um schließlich politisch und wirtschaftlich das Bestmögliche herauszuholen und, wenn möglich, die sympathischere Partei den Wählern im freien Teil Deutschlands als die friedensfreundlichere darzustellen.

Dabei ist man sich seiner Sache so sicher, daß die kommunistische Führung nicht einmal den bevorstehenden 40. Jahrestag der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands schamhaft ausklammert. Damals kam es zu einer brutalen Verfolgung Tausender von Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone; unzählige wurden in die Zuchthäuser des Regimes gesteckt und dort Folterungen ausgesetzt, viele sind gestorben.

Von ihnen ist heute in der SPD kaum noch die Rede. Dafür organisieren SED-Spitzenfunktionäre mit vorwiegend linken SPD-Vertretern die Bildung von gemeinsamen Arbeitsgruppen, die ein „Netzwerk" (Karsten Voigt) von sogenannten Vorschlägen ergeben sollen, Vorschlägen, die den äußeren Anstrich von regelrechten Verträgen zwischen der Partei hier und dem Staat dort haben. Das Ganze wird durch den angekündigten Besuch des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt bei SED-Generalsekretär Erich Honecker gekrönt.

Die Reisevorbereitungen – elf Jahre nach dem durch die SED-Führung indirekt ausgelösten Sturz Brandts als Bundeskanzler in der Spionageaffäre Guillaume – teilte der SPD-Vorsitzende nicht, wie es üblich ist, der Bundesregierung mit. Damit verstärkte sich der Eindruck, daß die SPD-Führung eine eigene Außenpolitik gegenüber dem Osten betreiben will.

Die Dynastie der Duvaliers gibt sich gnädig

In Haiti, einer der klassischen Diktaturen in der Karibik, soll die Bevölkerung heute über eine Liberalisierung des Systems abstimmen. Parteien sollen zugelassen werden – freilich nur, wenn sie Jean-Claude Duvaliers Präsidentschaft auf Lebenszeit nicht in Frage stellen. Der Mann ist 34 Jahre alt.

Von WERNER THOMAS

Aubelin Jolicœur, ein schmaler, schmächtiger Mann, der sich wie ein Dandy kleidet und einen Spazierstock mit rundem Silbergriff schwingt, ist ein Faktotum. Graham Greene porträtierte den Journalisten in seinem Roman „Die Stunde der Komödianten“ einst als Hofnarr des Papa-Doc-Regimes, „Petite Fleur“ (kleine Blume). Seither kämpft Jolicœur gegen den zweifelhaften Ruf, ein Clown zu sein.

„Ich mag ein Clown sein“, sagte er, „aber ich bin keine Marionette. Oft kennen Clowns die traurigen Realitäten und weinen zu Hause.“ In der Wochenzeitschrift „Le Petit Samedi Soir“ hat er die Verhältnisse in seinem Land bitter beklagt und Veränderungen gefordert. Plötzlich wird Aubelin Jolicœur ernstgenommen – als Stimme der Opposition.

Staatschef Jean-Claude Duvalier (34) will „eine neue Ära in unserer Geschichte“ einleiten. Haiti soll im Rahmen eines Liberalisierungs-Prozesses ein parlamentarisches System mit einem Premierminister erhalten. Außerdem dürfen die bisher im Untergrund tätigen Parteien bald offen auftreten und sich Anfang nächsten Jahres an Wahlen beteiligen. Am heutigen Montag soll das Volk diese bereits gesetzlich verankerten Reformen per Referendum bestätigen.

Jedoch: Damit endet nicht die fast 30 Jahre alte Duvalier-Dynastie. Der Präsident auf Lebenszeit bleibt Präsident auf Lebenszeit. „Er tötet die Hoffnungen“, kritisiert Jolicœur. Die meisten oppositionellen Politiker teilen diese Meinung. „Wie kann er eine Demokratisierung versprechen und gleichzeitig sein Amt behalten?“ Jolicœur kämpft deshalb weiter für einen Traum, den Traum von einem „neuen Haiti“.

Das alte Haiti, das Graham Greene einst so brutal schilderte, existiert längst nicht mehr. Die „Tonton Macoutes“, die berüchtigten Geheimpolizisten, bekamen nicht nur einen anderen Namen („Freiwillige für die nationale Sicherheit“), sondern verhalten sich auch ziviler. Doch nicht nur der „Petit Samedi Soir“ übt Kritik an den politischen und sozialen Zuständen. Die Tageszeitung „Le Nouvelliste“ und „Radio Lumière“ schlagen ebenfalls gelegentlich scharfe Töne an. Vertreter der katholischen Kirche steuern seit dem Papst-Besuch im März 1983 einen Konfrontationskurs gegen die Regierung. Gesprächspartner blicken nicht mehr ängstlich um sich, wenn sie auf das System schimpfen.

Der Präsident amnestierte Ende April 37 politische Häftlinge, „die letzten“, wie er betonte. Diplomatische Beobachter glauben diese Versicherungen. Sie beurteilen dagegen den letzten, äußerst kritischen Menschenrechts-Bericht von „Amnesty International“ skeptisch. „Altes Material, das Jahre zurückliegt“, sagt ein westlicher Botschafter.

Der Inselstaat wirkt ruhig. In Port au Prince, der Hauptstadt, kursieren keine Gerüchte über Invasions- und Umsturzpläne. Niemand verbreitet mehr die Nachricht, Duvalier leide an einer schweren Krankheit, weil er schlanker geworden ist. Die „première dame“ Michelle Bennett trat etwas in den Hintergrund und hat die erfolglosen Bemühungen aufgegeben, die Rolle einer haitianischen Evita Perón zu spielen. Die konjunkturellen Rückschläge der letzten Jahre scheinen überwunden zu sein.

Es geht leicht aufwärts mit dem Tourismus. Finanzminister Frantz Merceron erwartet in diesem Jahr wieder 120 000 Besucher, doppelt soviele wie 1984. Obgleich das durch Graham Greene berühmt gewordene „Oloffson“ und andere Nobel-Herbergen einen leeren Eindruck hinterlassen, hofft der Minister, daß keine weiteren Hotels schließen müssen. Haiti und die Haitianer gelten nicht mehr als Gefahrenquelle für die verhängnisvolle Aids-Krankheit; das amerikanische Epidemie-Bekämpfungszentrum in Atlanta korrigierte seine schwarze Liste. Michel Ange Voltaire, der Direktor des staatlichen Fremdenverkehrsamtes atmet auf.

Nach Ansicht Voltaires kann sich ein Tourist allerdings nur dann wohlfühlen in Haiti, wenn er bereits Bekanntschaft machte mit der Armut in der Dritten Welt. „Wenn jemand die Armut nicht kennt, bekommt er auf dem Flughafen schon einen Schock.“

Haiti ist nicht nur das einzige afrikanische Land in der amerikanischen Welt, sondern auch das ärmste. Das durchschnittliche Jahreseinkommen liegt bei 250 Dollar. 80 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten. Port au Prince dokumentiert ein grenzenloses Elend: An den Straßenkreuzungen halten Krüppel und Blinde die Hände auf. Seit Jahren schon bettelt eine Frau ohne Beine Tag für Tag vor der deutschen Botschaft. Die Hauptstadt zählt fast zwei Millionen Einwohner, ein Ergebnis der Landflucht. Überall schäbige Slumviertel, Bretter- und Blechbuden. In dem riesigen Armenbezirk La Saline, unten am Hafen, leben Tausende unter freiem Himmel, zusammen mit Ratten, Hunden und Moskitos. Es gibt weder fließendes Wasser noch sanitäre Anlagen. Niemand weiß, wieviele Menschen hier hausen. Zuviele auf jeden Fall.



In die Macht verliebt: Jean-Claude Duvalier („Baby Doc“) und seine Frau Michelle Bennett (im Hintergrund rechts) FOTO: DANIEL SIMON/STUDIO X

Ein junger Amerikaner, der für ein international unterstütztes Aufforstungsprogramm arbeitet, befürchtet bald äthiopische Verhältnisse. „Eine einfache Rechnung“, erläutert er. „Jedes Jahr werden 45 bis 50 Millionen Bäume gerodet, weil die Leute Holzkohle brauchen. Das Waldgebiet schrumpfte auf sechs Prozent der Gesamtfläche. Die Bevölkerung vermehrt sich um drei Prozent im Jahr, die Agrarproduktion sinkt jährlich um drei Prozent.“ Er prophezeit „eine Nahrungsmittel- und Wasserkrise von unbeschreiblichen Ausmaßen“.

Nirgendwo in der Karibik herrschen krassere Kontraste. Deutsche Prestige-Limousinen von Mercedes, BMW und Audi rollen durch die Straßen – oder stehen in einem Stau, die engen Fahrbahnen sind dem Verkehrsstrom nicht mehr gewachsen. Hinter der kühleren Bergstadt Petionville, auf dem Weg nach Kenscoff, schießen neue Wohnpaläste wie Pilze aus dem Boden. Parabol-Antennen prangen protzig auf den Dächern: Die Villenbesitzer fangen ausländische Fernsehprogramme ein. Die besseren Damen fliegen mit den „Eastern“-Jets nach Miami zum Einkaufen. Wer reich ist, trägt seinen Reichtum unbekümmert zur Schau.

Zu einem besonders raschen Reichtum hat es die Familie Bennett gebracht. Ernest Bennett profitiert seit fünf Jahren von seinem Status als Schwiegervater des Präsidenten. Er wird mit fast allen lukrativen Geschäften in Verbindung gebracht. Gerade wurde die Fluglinie „Haiti Air“ gegründet, auch hinter diesem Unternehmen steht der millionenschwere Mulatte. Tochter Michelle, die dem Präsidenten zwei Kinder schenkte, läßt bei ihren öffentlichen Auftritten immer Geschmeide und Edelsteine glitzern.



Von 1957 bis 1971 beherrschte François Duvalier („Papa Doc“) Haiti FOTO: UPS

„Selbst wenn die Leute nichts zu essen haben, können sie lachen“, sagt Tourismus-Direktor Voltaire. Repräsentanten des Systems haken mit solchen Hinweisen oft Fragen nach den sozialen Problemen ab.

Die Haitianer sind tatsächlich freundliche und friedfertige Menschen geblieben. Gewaltverbrechen gibt es kaum. Der letzte Mordfall in Port au Prince liegt Jahre zurück. Aber die Systemkritik wächst, auch in den Kreisen der unteren Mittelklasse. Im Mai letzten Jahres kam es zu den ersten blutigen Hungerrevolten, die drei Todesopfer forderten.

Die Gruppe der Oppositionspolitiker ist klein geblieben. Der ehemalige haitianische Unesco-Botschafter Hubert DeRonceray gehört dazu, der Christdemokrat Sylvio Claude und Clovis Desinor, ein ehemaliger Minister des Duvalier-Vaters François (Papa Doc), der ein mörderisches Regiment führte und 1971 verstarb. Aubelin Jolicœur leistet lediglich journalistischen Flankenschutz.

Die Gegner der Regierung haben keine große Bedeutung, sie können sich auch kaum profilieren. Sie sind zudem untereinander zerstritten, obgleich alle das gleiche Ziel verfolgen: das Ende der Duvalier-Diktatur. „Solange diese Leute die Macht ausüben, wird es keine Fortschritte und Veränderungen geben“, sagt Sylvio Claude. Da Parteien nur zugelassen werden, wenn sie die Präsidentschaft auf Lebenszeit anerkennen, appellierte die Opposition an die Bevölkerung, das Referendum zu boykottieren.

Jean-Claude Duvalier sitzt nach Meinung vieler Beobachter deshalb fest im Sattel, weil ein großer Teil der Haitianer von der Mittelklasse aufwärts keine Alternative sieht. Ein deutscher Geschäftsmann mit langjähriger Landeserfahrung meint: „Die besser gestellten Leute haben Angst, daß einem Machtwechsel das Chaos folgen könnte. So anachronistisch und korrupt dieses Regime auch sein mag – es garantiert eine gewisse Stabilität.“

Duvalier-Sprecher Guy Mayer sagt einen überwältigenden Triumph der Regierung bei dem Referendum voraus. Solche Voraussagen erinnern an eine andere Volksbefragung im Jahr 1971. Damals hatte der alte Duvalier herausfinden wollen, ob die Nation die Machtübergabe an seinen Sohn Jean-Claude billigen würde. Das offizielle Ergebnis: 2 391 916 Bürger waren dafür, keiner dagegen … (SAD)

Strom aus Kernkraft – über Hindernisse zum Erfolg

Achtzehn Kernkraftwerke produzieren zur Zeit ein Drittel des Stroms in der Bundesrepublik. Im Stillen wurden Fortschritte gemacht, die sich vor allem auf Umwelt und Preis günstig auswirkten. Doch der Widerstand hält an.

Von HEINZ HECK

Die Kernenergie macht wieder Schlagzeilen – negative, versteht sich. Nach Jahren relativer Ruhe mit normal verlaufenden Genehmigungsverfahren reißen neuerdings die Schwierigkeiten nicht mehr ab: Produktionsstopp in Hanau, Genehmigungsschwierigkeiten für den Brüter in Kalkar und der neuerdings laut werdende hessische Widerstand gegen das von 1979 stammende Entsorgungskonzept von Bund und Ländern haben dazu geführt, daß hier und da wieder die Frage gestellt wird: Ist die Kernenergie am Ende?

Dies, obwohl der wirtschaftliche Nutzen der Stromerzeugung aus Uran noch nie so deutlich zutage getreten ist wie gerade jetzt: Im ersten Halbjahr 1985 kam ein Drittel des Stroms aus Kernkraftwerken und damit etwa genauso viel wie aus Steinkohle. Die Produktion entsprach der des Gesamtjahres 1983. Bis in die neunziger Jahre wird der Stromanteil aus Kernkraft auf etwa 40 Prozent steigen und damit zum wichtigsten Energieträger der Elektrizitätswirtschaft werden.

Die Bedeutung wird noch evidenter, wenn man die Kostenentwicklung betrachtet. Niedersachsen und Bayern sind schlagende Beispiele dafür, wie der wachsende Anteil der Kernenergie zur Preisstabilität beiträgt: „Das früher notorische Hochpreisland Bayern zählt inzwischen zu den günstigsten Strompreisanbietern der Bundesrepublik“, so kürzlich Jochen Holzer, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands des Bayernwerks. Erstmals 1984 ist es im revierfernen Bundesland gelungen, den Index des Strompreisniveaus, der 1960 noch bei 114 lag, unter den Bundesdurchschnitt zu senken. Auch 1985 wird es in Bayern – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – keine Strompreiserhöhungen geben: das dritte Jahr Preisstabilität.

Anteil in Niedersachsen schon bei 60 Prozent

Ähnlich ist die Lage in Niedersachsen: Für vier Jahre – 1983 bis 1986 – wird für rund 90 Prozent des Stromabsatzes Preisstabilität erwartet. Die Situation hat sich im vergangenen Jahrzehnt von Grund auf gewandelt. Früher betrug der Anteil der Kernenergie etwa zehn, heute 60 Prozent. Wenn das Kernkraftwerk Lingen hinzukommt, werden es etwa 70 sein. „Damit wird die gesamte Grundlast aus der Kernenergie abgedeckt“, erklärte Wirtschaftsministerin Birgit Breuel in diesen Tagen in Hannover. Vor zehn Jahren hatte Niedersachsen als ebenfalls revierfernes Land mit die höchsten Strompreise in der Bundesrepublik. Mit den Preiserhöhungen in Nordrhein-Westfalen zum 1. Juli 1985 ist Niedersachsen jetzt im Bundesdurchschnitt.

Die gewaltigen Umweltschutzaufwendungen werden in den nächsten Jahren dafür sorgen, daß sich das Bild immer stärker zu Lasten der Kohleländer Nordrhein-Westfalen und Saarland verschiebt: Die Hastra, der größte regionale Stromversorger in Norddeutschland, liegt seit dem 1. Juli mit dem größten und bisher billigsten Anbieter, der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG (RWE), gleichauf. RWE hat – ebenso wie die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW) – bereits für 1986 und 1987 weitere saftige Preiserhöhungen angekündigt.

Umweltschutz hat seinen Preis, kein Zweifel. Doch wer ein Kernkraftwerk betreibt, braucht sich um Entschwefelung und Entstickung gar nicht erst zu sorgen. Damit wird deutlich: Es geht nicht nur um die Kosten, sondern um den Umweltschutz. Denn die beste Lösung ist zweifellos die, wenn Schadstoffemissionen gar nicht erst entstehen. Die muß das RWE in den nächsten Jahren bei der bisher konkurrenzlos billigen Braunkohle mit Milliardeninvestitionen beseitigen, zumindest verringern.

Die Auswirkungen auf den Industriestandort Nordrhein-Westfalen liegen auf der Hand. Zugleich wird deutlich: Der Norden wie der Süden der Bundesrepublik koppeln sich immer stärker vom RWE-Versorgungsgebiet ab. Die Düsseldorfer Landesregierung ficht das nicht sonderlich an, wie nicht nur die Debatte über den Brüter zeigt. Die VEW wollten seit Jahren in Hamm einen Leichtwasser-Reaktor bauen. Irgendwann haben sie die Geduld verloren und sind nach Niedersachsen ausgewichen – daher Lingen.

Nur dank der Kernenergie läßt sich in der Bundesrepublik die gerade an Ruhr und Saar verfochtene Kohlevorrang-Politik (gemeint ist die weit über Weltmarktpreisniveau liegende Steinkohle) überhaupt bezahlen. Sie ist nur deshalb nicht unbezahlbar, weil sie (abgesehen von den hohen Subventionen) im Wege der Mischkalkulation mit der Kernenergie durchgezogen wird. Warum hat noch niemand den Slogan propagiert: Die Kernenergie sichert Arbeitsplätze an Ruhr und Saar? Dann würde die Bedeutung dieses noch relativ neuen Energieträgers vielleicht nicht mehr so gravierend unterschätzt, wie es tatsächlich der Fall ist.

Eine Allensbacher Meinungsumfrage im Auftrag des Deutschen Atomforums ergab Anfang des Jahres: Acht Prozent der Befragten nahmen an, in der Bundesrepublik gebe es derzeit noch kein Kernkraftwerk am Netz, weitere 30 Prozent schätzten die Zahl auf vier. Tatsächlich liefern 18 Kernkraftwerke Strom. Die hitzigen öffentlichen Diskussionen etwa um Wyhl, Brokdorf oder Gorleben scheinen an mehr als einem Drittel der deutschen Bevölkerung spurlos vorübergegangen zu sein: Kernkraft also am Ende, bevor sie überhaupt angefangen hat?

Zu dieser „Endzeit“-Vorstellung könnte auch die Entwicklung in den USA beigetragen haben, die sich allerdings kaum für Rückschlüsse auf die Bundesrepublik eignet. In den USA ist es zwar zu zahlreichen Auftrags-Stornierungen für Kernkraftwerke gekommen. Übersehen wird jedoch, daß die dort zu einem erheblichen Teil im Tagebau geförderte Steinkohle konkurrenzfähig ist.

In der Bundesrepublik gehen in den nächsten vier Jahren (1986 bis 1989) fünf kommerzielle Kernkraftwerke ans Netz und steigern die Gesamtkapazität von derzeit 17 000 auf etwa 23 000 Megawatt (wenn man die beiden Demonstrationskraftwerke Schneller Brüter und Hochtemperatur-Reaktor mit rund 600 Megawatt mitrechnet). Schon 1984 hatte es mit einer Zunahme von rund 5000 Megawatt einen Kapazitätsschub gegeben.

Es ist zwar richtig, daß die Preisexplosionen für Öl Mitte und Ende der siebziger Jahre und im Gefolge auch für andere Energieträger alle Verbrauchsschätzungen zu Makulatur gemacht haben. Dennoch ist – selbst wenn es beim Energieverbrauch vorübergehend zu Nullwachstum kommen sollte – mit weiterer Bedarfssteigerung für Elektrizität zu rechnen. Die wachsende Ausstattung der Haushalte ebenso wie die zunehmende Technisierung der Büros und Fabriken sorgt für eine „Veredelung“ des Energieverbrauchs mit dem Ergebnis eines immer größeren Anteils der Elektrizität am gesamten „Kuchen“.

Nach dem Verbrauchsknick Anfang der achtziger Jahre infolge gestiegener Preise und schwacher Konjunktur hatten viele Prognostiker die neue Verbrauchskurve in die Zukunft gezogen. Für sie ist es vielleicht eine Überraschung, daß sich mit anspringender Konjunktur für 1984 wieder eine Zunahme von 4,3 Prozent eingestellt hat, die sich im ersten Halbjahr 1985 (4,2) fortsetzte. Selbst wenn man langfristig mit einem Jahresdurchschnitt von nur zwei bis drei Prozent rechnet, wie das heute vielfach geschieht, werden spätestens 1987/88 die nächsten Aufträge für Leichtwasser-Reaktoren fällig, da sicher sieben Jahre bis zur Inbetriebnahme vergehen. In der Vergangenheit sind solche Fristen auch „mühelos“ überzogen worden.

Die Industrie hofft auf weitere Exporte

Ob Brüter und Hochtemperatur-Reaktor in der Bundesrepublik Anschlußprojekte erhalten werden, läßt sich heute nicht mit Bestimmtheit sagen. Dagegen dürften der deutschen Industrie nach den ersten Exporterfolgen zumindest einige weitere gelingen, wenn auch nicht alle, die sie auf ihrer Wunschliste hat.

Hier eine kurze Bestandsaufnahme – Türkei: fraglich; Argentinien und Brasilien: verzögert; Ägypten: gute Chancen; Iran: ebenfalls gute Chancen, daß die beiden begonnenen Blöcke nach Ende des Krieges mit Irak fertiggebaut werden können; China: Verhandlungen sind im Gange, mit hohen Erwartungen; Japan: ebenfalls Verhandlungen, zumindest über Teillieferungen und Zusammenarbeit mit der dortigen Industrie.

Wer die Brennelemente-Produktion in der Bundesrepublik stillegt, wie kürzlich der hessische Wirtschaftsminister Ulrich Steger (SPD), entzieht dem System den Stoff, auch wenn ein Ausweichen auf Importe möglich ist, allerdings unter Hinnahme erheblicher Mehrkosten. Steger hat sich jetzt zur Wiedereröffnung der Hanauer Nuklearbetriebe von Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) gleichsam zwingen lassen (WELT v. 19. 7.) und bleibt damit für ein rot-grünes Bündnis in Hessen „unverdächtig“.

Die Kernenergie hat allerdings für die Bundesrepublik eine solche gesamtwirtschaftliche Bedeutung erlangt, daß hier nicht beliebig gedreht werden kann. Wie anders kann sonst unsere hoffnungslos überteuerte Steinkohle auf dem heutigen Förder- und Absatzniveau gehalten werden?

„Polit-Theater" mit Asylanten in Hessen?

gur. Frankfurt

Die neue Ausländerpolitik in Hessen, neben Energie-, Abfall- und Förderstufenpolitik eines der Exerzierfelder rot-grüner Bündnispolitik, wird immer mehr zum Konfliktstoff zwischen Landesregierung, Kreisverwaltungen und Kommunen. Jüngstes Beispiel dafür ist der Streit, der durch ein Asylantenfest im hessischen Landtag ausgelöst worden ist.

Vorausgegangen war die Einladung einer Bürgerinitiative an 400 im Lager Eschborn bei Frankfurt untergebrachte Asylbewerber zu einem Straßenfest im Frankfurter Apfelweinstadtteil Sachsenhausen. Der zuständige Landrat des Main-Taunus-Kreises, Bernward Löwenberg (CDU), verweigerte ihnen die Genehmigung zur Teilnahme, da nach dem Asylverfahrensgesetz Asylbewerber ihren Aufenthaltsort nur bei zwingenden Gründen verlassen dürfen.

Die Regelung ist Teil jener Praxis, mit der solche Ausländer, die lediglich zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen in die Bundesrepublik kommen und denen ein langwieriges Asylanerkennungsverfahren selbst bei negativem Ausgang wegen der sozialen und wirtschaftlichen Vergünstigungen in der Bundesrepublik verlockend erscheint, vom Asylweg abgeschreckt werden sollen.

Über die Weigerung des Landrats kam es zu einem öffentlichen Streit mit dem hessischen Innenminister Horst Winterstein (SPD), der die liberalisierte Einwanderungspraxis für Ausländer in Hessen zu einem Kernstück seiner Politik gemacht hat. Während Löwenberg darauf verwies, daß Wintersteins Staatssekretär Andreas von Schoeler (SPD) in dieser Angelegenheit mit Anweisungen an nachgeordnete Behörden „gegen die Regeln einer geordneten Verwaltung verstoßen" habe, fühlte sich der Innenminister durch das Verhalten des Landrats in „ganz erschreckender Weise an dunkelste Zeiten der deutschen Geschichte" erinnert. Im Innenministerium soll bereits über ein Disziplinarverfahren gegen den Landrat nachgedacht werden.

Inzwischen sind die Asylanten trotzdem noch zu einem Fest gekommen. Als Entschädigung für die entgangene Sachsenhäuser Feier hatte sie der grüne Landtagsvizepräsident Bernd Messinger am Samstag in den hessischen Landtag eingeladen. Zu der etwa 6000 Mark teuren Feier, die die FDP als „reines Polit-Theater" und die CDU als „menschenunwürdiges Spiel" mit Flüchtlingen bezeichnet hatten, wurden die Ausländer in Bussen abgeholt. Prominentester Gast: Innenminister Winterstein.

Wissenschaftler aus der „DDR" setzte sich ab

WERNER KAHL, Bonn/Wien

Einer der führenden Atomwissenschaftler der „DDR" bei der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien hat sich in die Bundesrepublik Deutschland abgesetzt. Der 46jährige Peter Adler aus Ost-Berlin meldete sich, wie die WELT erfuhr, bereits in der vergangenen Woche in Begleitung seiner Ehefrau bei den Behörden in der Bundesrepublik Deutschland. Seine Frau arbeitete als Sekretärin der Wiener „DDR"-Botschaft ebenfalls bei der Atomenergie-Organisation.

Peter Adler war seit sechs Jahren in führender Position tätig. Nach inoffiziellen Angaben aus der österreichischen Hauptstadt arbeitete der im Direktorenrang stehende „DDR"-Beauftragte in der IAEO-Hauptabteilung für technische Kooperation.

Die Internationale Atomenergie-Organisation mit ständigem Sitz in Wien besteht seit 1957. Ihr gehören 110 Mitgliedstaaten an. Die wichtigste Aufgabe der Organisation ist die Kontrolle der zivilen Kernenergienutzung mit dem Ziel, die Verwendung für militärische Zwecke zu verhindern. Über ihre Vollversammlung muß die IAEO den Vereinten Nationen Rechenschaft ablegen.

Dem „Atomwaffen-Sperrvertrag" ist eine Verpflichtung zur Anerkennung des Kontrollsystems der Wiener Organisation vorangestellt. Allerdings gibt es immer wieder Versuche, die Inspektoren der IAEO zu täuschen. Dieser Vorwurf wurde auch nach der Zerstörung des irakischen Atomreaktors „Osiris" durch Israel erhoben. Die IAEO-Kontrolleure sollen damals durch Irak hinters Licht geführt worden sein.

Die Wiener Behörde beschäftigt zur Zeit rund 130 Inspektoren aus etwa 40 Ländern, die regelmäßig Kontrollen in etwa 50 Mitgliedstaaten vornehmen. Verschiedentlich wurden Aktivitäten östlicher Staaten registriert, Kontrolleure für nachrichtendienstliche Zwecke anzuwerben.

Bereits im Sommer 1979 hatte sich ein Atom-Inspektor aus der „DDR", der ebenfalls bei der Wiener Behörde eingesetzt war, in die Bundesrepublik Deutschland abgesetzt. Nach dem Übertritt des „DDR"-Wissenschaftlers Adler hoffen westliche Experten auf besseren Einblick in die Verschleierungstaktiken der Sowjets und ihrer Verbündeten bei den Kontrollen der Wiener Behörde im Ostblock.

Geißler sieht Parallelen zum Aufstand am 17. Juni

CDU-Generalsekretär sprach in Berlin zum 20. Juli

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Mit einer Kranzniederlegung an der Gedenkstätte in der Stauffenbergstraße und einer Feierstunde am Mahnmal in Plötzensee wurden am Samstag in Berlin die Opfer der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 geehrt. Die Berliner Gedenkfeiern waren überschattet von dem parteipolitischen Streit, der sich an der Person des Redners bei der zentralen Feierstunde in Plötzensee, Heiner Geißler, entzündet hatte. Als Geißler das Rednerpodium betrat, verließen die Angehörigen des ermordeten sozialdemokratischen Widerstandskämpfers Adolf Reichwein die Veranstaltung.

Die Gedenkveranstaltungen in der Stauffenbergstraße und in Plötzensee waren darauf ausgerichtet, den bisherigen Konsens zwischen den politischen Parteien über das Vermächtnis des 20. Juli 1944 weiter zu wahren. Ein Sprecher der Stiftung „Hilfswerk 20. Juli 1944" nannte bei der Aufzählung der Opfer des 20. Juli während der Gedenkfeier in der Stauffenbergstraße an erster Stelle Sozialdemokraten, Gewerkschaftler und Kommunisten. An der Kranzniederlegung einer Delegation der Bundeswehr, die wegen des entmilitarisierten Status von Berlin in Zivil erschienen war, nahmen Staatssekretär Lothar Rühl und Bundeswehrgeneral von Schewe teil.

Geißler unterstrich in seiner Rede das Gemeinsame und Verbindende, das die Opfer des 20. Juli 1944 als Vermächtnis den nachfolgenden Generationen hinterlassen hätten.

Die Chance genutzt

Der Widerstand gegen Hitler sei auch deswegen Teil unserer Geschichte, weil grundlegende politische Ideen und Konzepte der Männer und Frauen, die von den Nazis umgebracht worden seien, Eingang in unsere verfassungsrechtliche Ordnung gefunden hätten.

Der Grundkonsens über eine freiheitlich demokratische Ordnung sei ein wichtiges Vermächtnis der Opfer des 20. Juli 1944. Ihr Widerstand und ihre Ideen seien das Fundament eines neuen Aufbaus gewesen, zu dem man in der Bundesrepublik eine Chance gehabt habe, während die Landsleute im anderen Teil Deutschlands noch darauf warteten.

Geißler wandte sich in seiner Rede in Plötzensee mit Entschiedenheit gegen die „Theorie der Restauration", die nach 1945 stattgefunden habe. Sie sei geschichtlich nicht haltbar. Der Minister wies dabei auf Parallelen in den Handlungsmotiven der Widerstandsbewegung des 20. Juli und des Aufstandes am 17. Juni 1953 im anderen Teil Deutschlands hin. Wie die Frauen und Männer des 20. Juli sich für die Rechte und die Freiheit ihres Volkes geopfert hätten, so gäbe es ein zweites Datum der jüngsten deutschen Geschichte, „der Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR", der belege, daß Deutsche bereit waren, für Freiheit und Gerechtigkeit ihr Leben zu wagen.

Geißler wandte sich in diesem Zusammenhang der Frage des Widerstandsrechts zu. Der Widerstand der Männer und Frauen des 20. Juli entspreche den Bestimmungen des Grundgesetzes, weil sich ihr Widerstand gegen ein unmenschliches Willkürregime gerichtet habe.

Ausstellung eröffnet

Wer jedoch heute ein Recht auf Widerstand gegen den freiheitlichen Rechtsstaat der Bundesrepublik fordere, wende sich gegen die grundgesetzliche Legitimität des sich in Parteien und Parlamenten vollziehenden demokratischen Willensbildungsprozesses. Nach den Worten von Geißler ist es schwer vorstellbar, daß die am 20. Juli 1944 Beteiligten Verständnis für diejenigen aufbrächten, die einen deutschen Staat bekämpfen, der auf jenen demokratischen Prinzipien begründet wurde, für deren Wiederherstellung sie „ihr Leben wagten und gaben".

Im Rahmen der diesjährigen Veranstaltungen zum Gedenken an die Opfer des Widerstandes gegen Hitler und die nationalsozialistische Gewaltherrschaft am 20. Juli 1944 wurde gestern in Anwesenheit von Bundespräsident Richard von Weizsäcker eine Ausstellung der „Stiftung Preußischer Kulturbesitz" über den „Kreisauer Kreis" in der Berliner Staatsbibliothek eröffnet.

Der „Kreisauer Kreis", nach dem Gut Kreisau des Widerstandskämpfers Helmuth James Graf von Moltke in Schlesien benannt, wurde vor allem deshalb für die Ausstellung ausgewählt, weil sich in dieser Widerstandsgruppe Männer und Frauen ganz unterschiedlicher Herkunft zusammenfanden. Anhand von Selbstzeugnissen und bisher nicht bekanntem Bild- und Archivmaterial vermittelt die Ausstellung, die bis zum 7. September geöffnet ist, einen Einblick in den Kampf dieser Widerstandsgruppe gegen Hitler und den Unrechtsstaat des „Dritten Reiches".

Lothar Späth hat die CDU in Baden-Württemberg fest im Griff

98 Prozent der Delegierten bestätigten ihn als Landesvorsitzenden / Dämpfer für Wörner

XING-HU KUO, Offenburg

„Dies ist einer der besten Parteitage, die ich je erlebt habe." Rudolf Decker, der schon 20 Landesparteitage der baden-württembergischen CDU hinter sich hat, einflußreicher umweltpolitischer Sprecher der Unions-Fraktion im Stuttgarter Landtag, sprach aus, was die 410 Delegierten am Wochenende in Offenburg empfanden. Die Südwest-CDU, daran besteht wohl kein Zweifel mehr, befindet sich, anders als die der Bundespartei, in einem Hoch, das auch zahlenmäßig meßbar ist.

Da ist die überragende Persönlichkeit des Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden Lothar Späth: Er selber hat wohl kaum an den triumphalen Sieg bei der Wiederwahl zum Landesvorsitzenden (für die nächsten zwei Jahre) geglaubt, zumal in letzter Zeit auch innerparteilich Kritik an seiner Amtsführung laut wurde. Späth bekam fast 98 Prozent der Delegiertenstimmen, deutlich mehr als vor zwei Jahren (90 Prozent). Die Stabilität des Landesverbandes wurde auch beim Stellvertreter Späths im Landesvorstand, dem Fraktionschef Erwin Teufel, deutlich: Er behielt seine Position von satten 96 Prozent bei.

Diese kaum noch zu überbietende feste Position der Führungsspitze um Späth und Teufel steht im krassen Gegensatz zum Bundespolitiker Manfred Wörner und dem „oppositionellen" Führer der Jungen Union im Landesverband, Günther Oettinger.

Der Verteidigungsminister mußte bei der Wahl der 20 Beisitzer im Landesvorstand den ersten Platz für zwei Landespolitiker räumen: Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel erhielt mit 385 Stimmen die höchste Sympathie, im folgte Kultusminister (und Stuttgarter CDU-Kreisvorsitzender) Gerhard Mayer-Vorfelder mit 336 Stimmen. Oettinger wiederum, der in letzter Zeit „aufmüpfig" geworden war (WELT v. 11. 7.), erhielt die Quittung: Mit nur 168 Stimmen schaffte er es nicht, zum Beisitzer gewählt zu werden. Im Gegenteil, er rangiert an drittletzter Stelle der 27 Beisitzer-Kandidaten.

Offensichtlich steht die Südwest-CDU wie ein Mann hinter ihrem „Lothario", ungeachtet gelegentlicher Kritik. Es gebe einfach, so war oft zu hören, „keine Alternative" zum „Volkstribun" Späth. In allen wichtigen Fragen siegte dann auch die Linie des Ministerpräsidenten.

Der Parteitag verabschiedete mit deutlicher Mehrheit den Leitantrag des Parteivorstandes (überzeugend vorgetragen und begründet von der engagierten neuen Sozialministerin Barbara Schäfer, flankiert von Späth, der mehrmals richtungweisend in die Diskussion eingriff): Der Paragraph 218 bleibt im Grundsatz. Die Forderung einiger Antragsteller, schon jetzt wegen der Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch Krankenkassen das Bundesverfassungsgericht anzurufen, wurde ebenfalls vom Parteitag abgelehnt.

Späth, Frau Schäfer und zahlreiche andere Befürworter des Leitantrags „Schutz des Lebens" plädierten vielmehr, notleidende Frauen durch umfangreiche finanzielle und moralische Hilfen doch noch zum Austragen des Kindes zu motivieren. Renate Hellwig und Frau Schäfer empfahlen Frauen, die dennoch kein Kind haben möchten oder können, dieses zur Adoption freizugeben. Vielleicht könnten adoptionswillige Eltern durch die Beratungsstellen mit solchen werdenden Müttern zusammengebracht werden, lautete ein konkreter Vorschlag, der mit Beifall bedacht wurde.

Späth wiederum forderte die Gesellschaft in der Bundesrepublik auf, durch einen Bewußtseinswandel ein solch kinderfreundliches Klima zu schaffen, daß die Zahl der Abtreibungen nicht weiter zunehme. Wichtigste Voraussetzung sei die Schaffung einer „wirklich humanen Gesellschaft".

Jeder Schwangerschaftsabbruch, so Späth, sei nämlich letztendlich eine „Niederlage für den sozialen Rechtsstaat und für unser christliches Verantwortungsbewußtsein". Ob die Abtreibungen von der Krankenkasse oder von den Betroffenen gezahlt werden, sei letztlich zweitrangig, betonten Späth und Sozialministerin Barbara Schäfer mehrmals.

Auch in der Frage der Neubesetzung des 1982 abgeschafften Amtes eines Generalsekretärs konnte sich Späth durchsetzen: Unter Hinweis darauf, daß sogar ein ehrenamtlicher Amtsinhaber jährlich die Parteikasse um 200 000 bis 300 000 Mark erleichtern werde, sprach sich eine Mehrheit der sparsamen Baden-Württemberger gegen diese Idee aus.

„Volksheld" Otelo steht vor Gericht

1974 organisierte er Portugals Revolution / Jetzt gilt er als Chef einer Terrorbande

ROLF GÖRTZ, Madrid

Ein Attentat im Lissaboner Ferienvorort Caparica gab am Wochenende dem lange vorbereiteten Prozeß gegen Oberstleutnant Otelo Saraiva de Carvalho, Organisator der Revolution der Roten Nelken vom 25. April 1974, ein besonderes Gewicht. Der immer noch aktive Offizier, zuletzt Verwalter eines Artilleriearsenals, ist angeklagt, Chef der linksextremen Terroristen-Bande „Volksfront FP-25" zu sein. Mit ihm sitzen 73 Terroristen auf der Anklagebank, denen ein Dutzend Morde, mehrere Banküberfälle und Sprengstoffanschläge vorgeworfen werden.

Zu den 600 erwarteten Zeugen dieses Mammutprozesses zählen drei ehemalige Komplizen. Einer von ihnen, Jose Manuel Barradas, wurde von einem Terror-Kommando der „Volksfront" niedergeschossen. Für den Prozeß dürfte er als Hauptbelastungszeuge ausfallen. Eine Warnung für alle übrigen Zeugen.

Überraschend wie der Offiziersputsch, den Otelo Carvalho seinerzeit als Major gegen die sterbende Diktatur führte, war seine Verhaftung am 6. Juli 1984. Mit ihm wanderten 100 mutmaßliche Terroristen ins Gefängnis. Fünf Tonnen „Bürgerkriegsmaterial" – Dokumente, Sprengstoff und Waffen – fand man damals. Einiges davon im Wagen des „Volkshelden" Otelo.

Der grauhaarige Otelo Saraiva de Carvalho, vor 49 Jahren in Mozambique als Sohn eines kleinen Kolonialbeamten geboren, verheiratet mit einer Frau, die lange vor der Revolution der Kommunistischen Partei angehörte, war einst ein strahlender, kontaktfreudiger Offizier. Sein Chef, der spätere Staatspräsident General Spinola, hatte ihn in der letzten Phase des Kolonialkrieges dazu ausersehen, in Guinea Feste zu arrangieren, um den Kontakt mit der schwarzen Bevölkerung zu pflegen.

Der Putsch vom 25. April gelang Otelo, weil er Organisationstalent besaß und auf genaue Unterlagen erfahrener Berater des sowjetischen Geheimdienstes KGB zurückgreifen konnte. Auch in der Zeit danach schoben sie die portugiesischen Otelos vor, als es darum ging, die bürgerlich-demokratische Regierung Spinolas in ein volksdemokratisches System zu verwandeln, und zwar mit den Tricks provozierter Aufstände (März 1975) und internationalen Verleumdungen vor und nach dem Sturz Spinolas („Stern"-Serie von Wallraff).

Das rätselhafte an diesem heute verbitterten Mann, der bei den Armen des Landes noch immer als „Volksheld" verehrt wird, ist dies: Jedesmal wenn für ihn die absolute Macht zum Greifen nahe war, hielt er inne. So etwa, als er gewissermaßen als Staatspräsident (wichtigstes Mitglied des Militärtriumvirates von 1975) von Fidel Castro mit einer Kalaschnikow beschenkt, zu seinen jubelnden Anhängern nach Lissabon zurückkehrte. Aber er wollte nicht wirklich der Fidel Castro Europas – eine Marionette des Kremls – sein.

So ließ ihn die moskautreue KP Portugals in dem Augenblick fallen, in dem er ihrer strengen Revolution in vielen Punkten widersprach. Vielleicht erklärt dies auch sein Zögern zu handeln, als der von ihm mitangezettelte Aufstand der roten Regimenter im November 1975 fehlgeschlagen war.

Otelos Tragik: Die Sowjetunion brauchte gar keinen Fidel Castro in Europa. Moskau war lediglich an der auch programmgemäß vollzogenen Übergabe der afrikanischen Kolonien durch die roten Offiziere Portugals interessiert. Denn diese hätten ein „sowjetisches Mutterland" noch mehr gekostet als Kuba. (SAD)

Sorge in Israel, daß USA der PLO-Liste zustimmen

Peres will bei Friedensgesprächen „unabhängige Personen"

PETER M. RANKE, Athen

PLO-Chef Yassir Arafat hat den Verdacht der Israelis bestätigt, daß er nur „seine" Leute in eine jordanisch-palästinensische Delegation entsenden will, die mit den USA über den „Friedensprozeß" in Nahost verhandeln soll. Die von Regierungschef Peres bereits abgelehnte Namensliste von sieben Personen wird in Israel von keiner Partei akzeptiert.

In Jerusalem wird jedoch befürchtet, daß Washington auf die PLO-Namensliste eingeht. König Hussein hatte eine Liste „unabhängiger Persönlichkeiten" angekündigt, jedoch kann davon keine Rede sein.

Enttäuscht haben israelische Regierungskreise verzeichnet, daß drei wichtige Persönlichkeiten der besetzten Gebiete, der Bürgermeister von Bethlehem, Elias Fredsch, der Ex-Bürgermeister von Gaza, Raschid Schauwa, und der stellvertretende jordanische Parlamentspräsident Hikmat el-Masri aus Nablus, nicht in die Liste aufgenommen wurden. Alle drei sind Anhänger Husseins. Mit Fredsch und el-Masri hatte Peres in der vorigen Woche drei Stunden lang verhandelt.

Stattdessen hat PLO-Chef Arafat fünf Personen benannt, die nicht in den besetzten Gebieten leben, sondern in Tunis, Kairo, Paris und in den USA. Nur zwei kommen aus den seit 1967 besetzten Gebieten: Faiz Abu Rachmeh, ein früherer Vorsitzender der Rechtsanwälte von Gaza, und Hanna Seniora, der in Ost-Jerusalem die Zeitung „El-Fadschr" (Morgenröte) herausgibt, ein radikales PLO-Blatt.

Alle sind im Nationalrat

Die fünf anderen, von PLO-Chef Arafat benannten und von den Israelis abgelehnten Personen sind:

– Khaled el-Hassan, 1965 ein Gründer der Terror-Organisation El-Fatah und jetzt Arafats engster politischer Berater. Er lebt in Tunis und Amman.
– Hatem Husseini, früher PLO-Büro-Chef in Washington, jetzt Professor in North-Carolina.
– Saleh el-Taamri, ein Fatah-Führer im Südlibanon, der mit Prinzessin Dina verheiratet ist, der ersten Frau von König Hussein. Er lebt in Tunis.
– Nabil Shaat, führendes PLO-Mitglied und Berater Arafats. Er lebt in Kairo.
– Henry Kattan, Rechtsanwalt und Historiker in Paris.

Alle fünf gehören dem „Nationalrat" der PLO (PNC) an, dessen 374 Mitglieder als „Parlament im Exil" bezeichnet werden. Israel hatte gegenüber Washington festgestellt, man werde keine PNC-Angehörigen als Verhandlungspartner annehmen, da laut Artikel 7a der PLO-National-Charta der „Nationalrat die oberste Autorität der Befreiungsorganisation ist, die ihre Politik und Planung bestimmt".

Mitglieder des „Nationalrats" seien also keine „ungebundenen Personen".

Das entschiedene Nein von Ministerpräsident Peres hat in Jerusalem nicht überrascht. Hätte er auf die Namensliste kompromißbereiter reagiert, hätte er sich eine Regierungskrise mit dem Likud-Partner eingehandelt. Außenminister Shamir würde nicht zögern, die Koalition zu verlassen, falls Peres „weich" werden sollte, etwa unter dem Druck Washingtons.

Hussein wirbt in London

Neuwahlen mit dem Thema PLO und besetzte Gebiete würde der Likud-Block heute mit Sicherheit gewinnen. Anders wäre es mit der Wirtschaftskrise als Wahlthema. Regierungskreise betonen, die Koalition sei zur Überwindung der Wirtschaftsnöte gegründet worden und nicht für Verhandlungen mit der PLO oder König Hussein.

Am Wochenende haben König Hussein bei Regierungschefin Thatcher und der ägyptische Ministerpräsident Kamal Hassan Ali in Washington versucht, Fürsprecher für die PLO-Liste zu finden. Die Namen der jordanischen Delegations-Mitglieder hält Hussein noch geheim.

In Regierungskreisen Israels wird betont, die „Friedensinitiative" der Jordanier und Ägypter stelle sich immer klarer als ein Täuschungsmanöver heraus, um die PLO in Washington einzuführen und um umfangreiche amerikanische Waffenlieferungen für Jordanien zu sichern. Der amerikanische Hinweis auf ein israelisches „Veto" gegen die PLO-Delegation wird in Jerusalem zurückgewiesen, jedoch verhehlt man nicht die Neugier, wie Washington nun auf das „Kuckucksei" der PLO und König Husseins reagieren wird. Jerusalem ist jedenfalls entschlossen, etwaigem amerikanischem Druck zu widerstehen. (SAD)

Will Pinochet bis 1997 regieren?

Von WERNER THOMAS

Das winterliche Santiago wirkt ruhig, von gelegentlichen Bombenanschlägen und Stromausfällen abgesehen. Tumulte und Massendemonstrationen scheinen der Vergangenheit anzugehören. Staatschef Pinochet sitzt wieder fest im Sattel, konzedieren selbst prominente Oppositionsvertreter. Das geht auch aus der vieldiskutierten Frage hervor, wie lange der General wohl noch an der Macht bleiben wolle. Bis 1989 oder bis 1997?

„Pinochet plant eine weitere Präsidentschaftsperiode", sagt Andres Allamand, einer der profiliertesten rechtskonservativen Politiker des Landes. „Alle Zeichen deuten darauf hin, daß er eine Situation schaffen möchte, die 1989 keine personellen Alternativen erlaubt." Viele Gesprächspartner urteilen ähnlich.

Der Begriff „Apertura" (politische Öffnung) gehört nicht mehr zum Vokabular der Regierung. Als am 14. Juni ein siebenmonatiger Belagerungszustand endete, begann ein einfacher Notstand, der den Präsidenten mit weitgehenden Vollmachten ausstattet. Das Dekret 324 verbietet beispielsweise der Presse, über Terroraktionen oder politische Aktivitäten der Opposition zu berichten. Sie läßt dennoch Pinochet-Gegner zu Wort kommen, läuft jedoch Gefahr, daß die Behörden einschreiten.

Die Parteien, offiziell verboten, können anhand eines Paragraphen in Schach gehalten werden, der politische Versammlungen genehmigungspflichtig macht. Demonstrationen wie vor zwei Jahren, die fast zum Sturz Pinochets geführt hätten, wären heute nicht mehr möglich.

Pinochet unterläßt keinen Versuch, die Opposition weiter zu spalten. Die 32 politischen Gruppen waren bisher nicht in der Lage, gemeinsam Opposition gegenüber dem Machtanspruch des Generals zu beziehen. „Die politische Entwicklung ist durch einen Konsens-Mangel blockiert", bedauert Manuel Antonio Garreton, ein sozialistischer Politologe. „Solange sich diese Situation nicht ändert, kann Pinochet schalten und walten wie er will."

Rechte Politiker wie Allamand argumentieren, man müsse die Verfassung aus dem Jahr 1980 als Grundlage für alle zukünftigen Planungen akzeptieren. Danach wird die Junta – der Pinochet nicht mehr angehört – Ende 1988 einen Präsidentschaftskandidaten nominieren, den Anfang 1989 mehr als die Hälfte der Bevölkerung durch ein Referendum bestätigen muß. Kommt der Kandidat auf weniger als 50 Prozent der Stimmen,

CHILE

regiert Pinochet noch ein Jahr länger, und in der Zwischenzeit erfolgt die Direktwahl seines Nachfolgers, dem parlamentarische Verhältnisse drohen: 1989 werden auch Kongreßwahlen stattfinden.

Die meisten Parteien, unter ihnen die Christdemokraten, die Sozialisten und die Kommunisten, halten die Verfassung für illegal und bestehen auf Pinochets Rücktritt. Der linke Flügel der Christdemokraten fordert zudem die Integration der Marxisten in den politischen Prozeß – ein Lieblingsthema des Generals.

Pinochet, 69 Jahre alt und noch rüstig, seit September 1973 an der Macht, noch immer Oberbefehlshaber der Armee, kultiviert die Angst vor dem Chaos. Diese „Señores politicos" wollten Chile zurückwerfen in die turbulenten Zeiten der Vergangenheit. Keine Partei präsentierte bisher ein detailliertes Regierungsprogramm. Die Christdemokraten werden von bürgerlichen Kreisen verdächtigt, Verstaatlichungen zu beabsichtigen.

Umfragen des Diagnos-Instituts ergaben, daß 73 Prozent der unteren Bevölkerungsschichten einen sofortigen Regierungswechsel wünschen, jedoch nur 25 Prozent der Oberschicht. Die Mittelklasse ist in dieser Frage geteilt, 50 Prozent sind dafür, 50 Prozent dagegen.

Auch wenn Pinochet eine weitere Präsidentschaftsperiode plant, zweifeln viele politische Beobachter daran, ob er dieses Ziel erreicht. „Die Wirtschaft ist der Schlüssel", sagt ein junger Ökonom. Zur Zeit sieht die Situation nicht schlecht aus: Die Arbeitslosigkeit geht zurück, 12,8 Prozent laut letzten offiziellen Statistiken. Die Inflationsrate betrug in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 17 Prozent. Die Umschuldungsverhandlungen waren erfolgreich. In den nächsten Jahren kann es aber zu einer neuen Rezession kommen.

„Wenn Pinochet seine Absichten offen bekundet, wird er mit Sicherheit einen Sturm der Entrüstung ernten", prophezeit ein Diplomat. Er würde weitere Spannungen mit der katholischen Kirche riskieren, die besorgt die Verschlechterung der Menschenrechtsverhältnisse verfolgt. Kardinal Juan Francisco Fresno, ein konservativer Kirchenführer, rügte Pinochet offen, weil er die chilenischen Schüler aufgefordert hatte, marxistische Lehrer zu identifizieren. Man dürfe Kinder nicht zu Denunzianten erziehen, warnte Fresno. Der Kardinal beklagte weiter eine Serie von Entführungen, Bedrohungen und Mißhandlungen junger Leute, die Aktivisten der Opposition oder der Kirche sind.

Die Streitkräfte stehen wohl nach wie vor hinter dem General. Ein westlicher Militärattaché rechnet aber mit „Problemen", wenn Pinochet bis Ende des Jahrhunderts an der Macht bleiben möchte. (SAD)

Späth erinnert an Bekenntnis zum Heimatrecht

gba. Stuttgart

In einer Gedenkstunde zum 35. Jahrestag der Verabschiedung der Charta der Heimatvertriebenen am 5. August 1950 in Stuttgart-Bad Cannstatt hat der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV), der CDU-Abgeordnete Herbert Czaja, auf den Friedensvertrags-Vorbehalt bei der Regelung der deutschen Frage hingewiesen. Wer darauf beharre, daß die deutsche Frage „offen" sei, der könne nicht als „Revanchist" bezeichnet werden. „Der rechtliche Fortbestand Deutschlands in seinen Grenzen von 1937 bis zu friedensvertraglichen Regelungen ist von den Siegermächten, und nicht von ‚Revanchisten' vorgegeben", sagte Czaja. Er warnte davor, eine Politik des „schrittweisen Wandels der Rechtsüberzeugung" und damit einen „Rechtswandel durch politische Praxis" herbeizureden. Er spielte damit offensichtlich auf die vom stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Rühe vertretene Auffassung an, die Verträge mit dem Osten hätten politische Bindungswirkung auch für eine künftige gesamtdeutsche Regierung.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth erinnerte in seiner Festansprache daran, daß die Heimatvertriebenen mit ihrer Charta schon 1950, nur fünf Jahre nach Kriegsende und Vertreibung von Millionen von Deutschen, einen geistig-moralischen und politischen Neuanfang versucht hätten. Niemand von den Vertriebenen wolle seinerseits Polen oder Tschechen vertreiben, die in der alten deutschen Heimat jetzt ihre Heimat gefunden hätten. Die Charta der Vertriebenen „spricht nicht von einem spezifisch deutschen Heimatrecht, sie bekennt sich zum Heimatrecht aller Menschen".

Ostpolitik: Haussmann gegen Experimente

gba. Bonn

FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann hat die Gemeinsamkeiten der Koalitionsparteien in der Außenpolitik hervorgehoben. In einem Interview der „Passauer Neuen Presse" sagte Haussmann, man müsse festhalten, daß „in den entscheidenden Fragen der Außenpolitik – Verhältnis zu den USA, kontinuierliche Ostpolitik – die Gemeinsamkeit zwischen FDP und den Unionsparteien sehr viel größer ist als zwischen der FDP und den Sozialdemokraten". Zu der von Außenminister Genscher angekündigten „neuen Phase" der Entspannungspolitik sagte der Generalsekretär: „Wir verstehen unter der neuen Phase keinesfalls irgendein nicht kalkuliertes Experiment, wie man manchmal bei der Ostpolitik der SPD das Gefühl hat, sondern die bewährte Versöhnung mit den osteuropäischen Staaten mit neuem Elan zu versehen." Ein Machtwort des Kanzlers zur Beendigung des koalitionsinternen Streits über die Außenpolitik bezeichnete Haussmann als unnötig. Genscher betreibe Außenpolitik nicht auf privater, sondern auf der Basis der Koalitionsvereinbarung.

Kanzlerkandidat der SPD noch im Sommer?

gba. Bonn

SPD-Präsidiumsmitglied Hans-Jürgen Wischnewski geht davon aus, daß die innerparteilichen Gespräche über den Kanzlerkandidaten der Sozialdemokraten für den Bundestagswahlkampf 1987 schon „nach der Sommerpause" beginnen werden. Zwar sehe er die SPD keinesfalls unter Zeitdruck, sagte Wischnewski in einem Interview des Süddeutschen Rundfunks. „Allerdings werden wir über den Zeitplan vielleicht noch einmal ein bißchen nachdenken müssen." Ursprünglich hieß es in der SPD, der Kanzlerkandidat solle erst im Herbst 1986 nominiert werden. Im Gespräch sind derzeit der gescheiterte Kandidat von 1983, Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau. Trotz mangelnder Rückhalts in dem immer stärker werdenden linken Parteiflügel um Lafontaine und Eppler werden Rau wegen seines hervorragenden Abschneidens bei der Landtagswahl im Mai gute Chancen eingeräumt.

Eine Kandidatur des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt schloß Wischnewski indirekt aus. Brandt sei für die Führung der Partei „nach wie vor unverzichtbar, insbesondere in einer Zeit, in der es darum geht, eine große programmatische Anstrengung zu machen". Deshalb glaube er, daß Brandt seine Hauptaufgabe darin sehen werde, der Partei einen Vorschlag für die Fortschreibung des Godesberger Programms zu unterbreiten, der mit Sicherheit in der Partei große Zustimmung finden werde.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Klagen über Versäumtes helfen wenig

Gast-Beitrag von Heinrich Franke, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg

Von HEINRICH FRANKE

Trotz anhaltend hoher Arbeitslosigkeit wird gegenwärtig wieder über Fachkräftemangel geklagt. Gleichzeitig werden Zweifel an der Aussagekraft der Arbeitslosenzahl geäußert. Von der Bundesanstalt für Arbeit wird verlangt, eine aussagefähigere Statistik vorzulegen.

Richtig ist, daß im Gefolge der konjunkturellen Belebung der Investitionsgüterindustrie in einigen Regionen Facharbeiter und Ingenieure fehlen. Dies gilt vor allem für die Metallverarbeitung und dort insbesondere für spanende und fräsende Tätigkeiten an CNC-gesteuerten Maschinen und für Ingenieure der Fachrichtungen Elektrotechnik und Maschinenbau.

Die metallverarbeitende Industrie erzielte innerhalb eines Jahres einen Beschäftigungszuwachs von rund 100 000. Dieser kurzfristige zusätzliche Arbeitskräftebedarf konnte weitgehend gedeckt werden.

Zu Engpässen kam und kommt es vor allem in Baden-Württemberg und in Südbayern. Hier werden auch andere hochqualifizierte gewerbliche Arbeitnehmer gesucht.

Fehlende Fachkräfte aus- oder nachbilden

Wissen muß man in diesem Zusammenhang, daß es in Süddeutschland Arbeitsamtsbezirke gibt, deren Arbeitslosenquote unter vier Prozent liegt, in Norddeutschland dagegen Arbeitsamtsbezirke mit einer Arbeitslosenquote von mehr als 15 Prozent.

Die Arbeitsämter können nur Fachkräfte vermitteln, die vorher ausgebildet worden sind. Branchen, die heute über Facharbeitermangel klagen, müssen sich deshalb die Frage gefallen lassen, ob sie in der Vergangenheit genügend ausgebildet haben oder ob andere Branchen bessere Arbeitsbedingungen angeboten haben, so daß ausgebildete Fachkräfte abgewandert sind.

Eine Rolle mag auch die mittlerweile der Vergangenheit angehörende Bildungseuphorie der frühen siebziger Jahre gespielt haben, in der die Hochschulausbildung zu Lasten der betrieblichen Ausbildung favorisiert wurde. Gleichzeitig gab es einen Trend weg von den technischen Disziplinen und hin zu den Geistes- und Sozialwissenschaften.

Klagen über Versäumtes helfen aber wenig. Es kommt jetzt darauf an, die fehlenden Fachkräfte auszubilden oder nachzubilden. Auf diesem Gebiet wird auch viel getan. Heute absolvieren 90 Prozent eines Jahrganges, der die Schule verläßt, eine berufliche Ausbildung. Bei jenen Jahrgängen, die jetzt aus dem Erwerbsleben ausscheiden, waren es nur 50 bis 60 Prozent.

Hierdurch und durch die großen Fortbildungs- und Umschulungsanstrengungen der Arbeitsämter wächst die Zahl der beruflich Qualifizierten unter den abhängig Beschäftigten und den Arbeitslosen zur Zeit von Jahr zu Jahr beträchtlich. Allein in von den Arbeitsämtern geförderten beruflichen Bildungsmaßnahmen sind gegenwärtig 222 400 Arbeitnehmer. Die Hälfte war vorher arbeitslos. Das ist rund ein Prozent der abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen.

Von den genannten Engpässen in einigen Regionen und einigen Facharbeiter- und Ingenieurberufen abgesehen kann die Arbeitsvermittlung in der Regel geeignete Arbeitnehmer vermitteln, wenn die Betriebe den Kräftebedarf rechtzeitig melden. Immerhin haben heute über 50 Prozent der Arbeitslosen eine abgeschlossene Ausbildung gegenüber 46 Prozent vor fünf Jahren.

Die Expansion der Produktion und der Beschäftigung und damit der Abbau der Arbeitslosigkeit wird, von wenigen Regionen und Wirtschaftszweigen abgesehen, gegenwärtig nicht durch einen Mangel an geeigneten Bewerbern behindert.

Arbeitsämter besetzen die meisten Stellen

Im verarbeitenden Gewerbe berichten im April dieses Jahres nur zwei Prozent der beim Ifo-Konjunkturtest befragten Unternehmen von Produktionsbehinderungen durch Arbeitskräftemangel. 1979 und 1980 nannten dagegen zeitweise über zehn Prozent derartige Probleme.

Vier Fünftel der den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen werden von diesen gegenwärtig besetzt. Das ist ein hoher Anteil, wenn man bedenkt, daß viele Betriebe und Verwaltungen offene Stellen zusätzlich auch noch in Tageszeitungen oder am schwarzen Brett im Betrieb ausschreiben und viele Arbeitslose auf Anregung der Arbeitsämter auch von sich aus Bewerbungen verschicken. Es gibt Betriebe, in denen es „Waschkörbe voll" Vormerkungen gibt.

87 Prozent aller durch Vermittlung wieder besetzten offenen Stellen hatten eine Laufzeit von weniger als einem Monat. Der Anteil der Stellen, deren Laufzeit ein bis drei Monate dauerte, betrug 14 Prozent. Lediglich ein Prozent aller Stellen hatte eine Laufzeit von sechs Monaten bis zu einem Jahr. Selbst bei den durch Vermittlung neu besetzten Stellen für Facharbeiter blieb die durchschnittliche Laufzeit mit siebzehn Tagen auf sehr niedrigem Niveau.

Bei der Betrachtung dieser Laufzeiten muß beachtet werden, daß Betriebe und Verwaltungen mitunter längere Zeit bis zur endgültigen Entscheidung für oder gegen einen Mitarbeiter benötigen.

Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit belegen zudem, daß die Arbeitslosen in hohem Maße beruflich flexibel sind. Demgegenüber ist aus verständlichen Gründen die regionale Mobilität etwas weniger ausgeprägt.

Die deutschen Arbeitnehmer sind sehr bodenständig. Sie verlassen nur ungern ihren angestammten Lebenskreis. Außerdem gibt es finanzielle Hindernisse. Wer beispielsweise in harter Arbeit ein Häuschen in Norddeutschland erworben hat, kann für den Gegenwert nichts Vergleichbares in Süddeutschland kaufen.

Dennoch gibt es einen Arbeitskräftestrom von Nord nach Süd. Erst jüngst wurde das durch die Vermittlung vieler Arbeitsloser aus Norddeutschland an Großfirmen im Stuttgarter Raum wieder augenfällig.

Regionale Mobilität darf allerdings nicht übertrieben werden, sonst verschärfen sich die Ungleichgewichte zwischen den einzelnen Regionen weiter. In erster Linie wechseln nämlich junge, gut ausgebildete Arbeitnehmer den Wohnort. Sie fehlen dann bei der Bereinigung von Strukturproblemen in der bisherigen engeren Heimat.



Der 1928 in Osnabrück geborene Heinrich Franke begann sich nach russischer Kriegsgefangenschaft in der CDU zu engagieren. Von 1955 an war er zehn Jahre lang Mitglied im Niedersächsischen Landtag. Danach gelang ihm der Sprung in den Bundestag, wo er sich als Rentenexperte seiner Partei profilierte. 1982 holte ihn Bundeskanzler Kohl als Parlamentarischen Staatssekretär ins Arbeitsministerium. Im April 1984 wurde Franke Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg.

Viel besser wäre es, wenn die Arbeitsplätze zu den Arbeitslosen gebracht werden könnten. Der Ruf nach regionaler Mobilität der Arbeitsplätze ist aber kaum zu hören, obwohl er berechtigter ist als der Ruf nach regionaler Mobilität der Arbeitnehmer. In den Ballungsgebieten herrscht bereits drangvolle Enge mit allen daraus folgenden Problemen; andere Gegenden werden dagegen entvölkert.

Arbeitslose sind kein fester Block

Wer die sich kaum verändernde Arbeitslosenzahl betrachtet, meint oft fälschlich, die Arbeitslosen stellten einen festen Block dar, der aus verschiedenen strukturellen Gründen für eine Wiederbeschäftigung kaum in Betracht komme.

Die Wirklichkeit sieht völlig anders aus. Hinter den nahezu konstanten Bestandszahlen verbergen sich beträchtliche Bewegungen. Für 1984 ergibt sich folgendes Bild:

Bei einer Bestandszahl von durchschnittlich 2,27 Millionen Arbeitslosen gab es rund 3,7 Millionen Abgänge aus Arbeitslosigkeit sowie 3,7 Millionen Zugänge in Arbeitslosigkeit. In 70 Prozent aller Fälle, also 2,56 Millionen Mal, wurde die Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit beendet.

Insgesamt stellten Betriebe und Verwaltungen im vergangenen Jahr 5,2 Millionen Arbeitnehmer ein. Etwa die Hälfte davon waren demnach registrierte Arbeitslose. Die andere Hälfte setzt sich aus Erstzugängen aus dem Bildungssystem, aus Zugängen aus der stillen Reserve, aus Zuwanderungen und aus zwischenbetrieblicher Fluktuation zusammen.

Von den 3,7 Millionen Neuzugängen in Arbeitslosigkeit kamen 2,65 Millionen oder 72 Prozent aus vorheriger Erwerbstätigkeit.

Die Arbeitslosigkeit verharrt, wie diese Zahlen zeigen, nicht auf hohem Niveau, weil die Wiedereingliederung von Arbeitslosen aus strukturellen oder sonstigen Gründen nicht gelingt, sondern weil es, aufs Ganze gesehen, keinen nennenswerten Zusatzbedarf an Arbeitskräften in Betrieben und Verwaltungen gibt. In der Bauwirtschaft sind nämlich fast ebensoviele Arbeitsplätze verlorengegangen wie in der Investitionsgüterindustrie zusätzlich geschaffen wurden.

Wie schon die große Zahl von Einstellungen Arbeitsloser zeigt, ist die Auffassung irrig, die Arbeitslosenzahl setze sich überwiegend aus Problemgruppen zusammen. Genannt werden dabei gesundheitliche Einschränkungen, ein hohes Alter, fehlende Berufsausbildung und längere Arbeitslosigkeit. Bei den knapp 3,7 Millionen Abmeldungen aus Arbeitslosigkeit des Jahres 1984 ergibt sich aufgrund einer Stichprobe vom Mai/Juni folgendes Bild:

– 43,6 Prozent der Arbeitslosen waren ausgebildet, gesund, jünger als 56 Jahre und beendeten nach weniger als einem Jahr die Arbeitslosigkeit.

– Weiteren 30,3 Prozent fehlte zwar die abgeschlossene Berufsausbildung, sie wiesen jedoch keine weiteren der genannten Merkmale auf und beendeten die Arbeitslosigkeit nach weniger als einem Jahr.

– Sechs Prozent waren länger als ein Jahr arbeitslos, bevor sie wieder eine Beschäftigung fanden, hatten aber keine gesundheitlichen Einschränkungen, waren jünger als 56 und besaßen eine abgeschlossene Berufsausbildung.

– Drei Viertel aller Arbeitslosen können also nicht als Problemfälle im Sinne der genannten Merkmale angesehen werden.

Mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit hat die Zahl der Arbeitslosen aus den Problemgruppen nur unterproportional zugenommen. Während im September 1974 ein Drittel der 557 000 Arbeitslosen eine Ausbildung abgeschlossen hatte, keine gesundheitlichen Einschränkungen aufwies und 55 Jahre und jünger war, waren es im September letzten Jahres zwei Fünftel von 2,14 Millionen.

Untersuchungen zeigen, daß der überwiegende Teil der Arbeitslosen nach längerer Tätigkeit unfreiwillig die Arbeit verloren hat. Etwa drei Viertel der Neuzugänge in Arbeitslosigkeit kamen im letzten Jahr aus einer Erwerbstätigkeit. Etwa drei Viertel dieser Neuzugänge erzielten zu Beginn ihrer Arbeitslosigkeit Geldleistungen. Um diese Ansprüche zu erwerben, legten sie vorher zum Teil langjährige Beschäftigungen zurück. Das letzte Beschäftigungsverhältnis der vorher voll- oder Teilzeitbeschäftigten endete in 63,7 Prozent der Fälle wegen Arbeitgeberkündigung, in 12,8 Prozent wegen Befristung. In 19,2 Prozent der Fälle kündigten die Arbeitnehmer selbst, in 4,3 Prozent im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber.

Arbeitsunwilligkeit, die es auch gibt, wird überzeichnet, weil beispielsweise ein „schwarzes Schaf" hintereinander bei vielen Personalchefs auftauchen kann. Derartige Fälle kommen dann in die Presse und verzerren die Wirklichkeit.

Dies belegen auch die Zahlen der Bundesanstalt über Sperrzeiten. Eine Sperrzeit tritt ein, wenn ein Arbeitsloser eine zumutbare Arbeit ablehnt. Er bekommt dann in der Regel acht Wochen lang kein Arbeitslosengeld und keine Arbeitslosenhilfe. Wenn er beim zweiten Mal ablehnt, erlischt sein Anspruch ganz.

Im Jahre 1984 gab es 28 000 Sperrzeiten wegen Ablehnung einer zumutbaren Arbeit. In Relation zu den Arbeitsvermittlungen, die man noch etwa mal vier nehmen muß, um die Zahl der Vermittlungsvorschläge zu haben, ist das aber verschwindend wenig.

Selbstverständlich gibt es Leistungsmißbrauch. Mißbrauch gibt es unter allen gesellschaftlichen Gruppen. Deswegen haben die Arbeitsämter die Kontrollen verschärft.

100 000 Verdachtsfälle werden überprüft

Allein im letzten Jahr sind sie 80 000 Fällen nachgegangen, in denen der Verdacht bestand, daß Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Unterhaltsgeld zu Unrecht bezogen wurden. In diesem Jahr werden sie mehr als 100 000 Verdachtsfälle überprüfen.

Die Beweisführung ist oft sehr schwierig. Über die Dunkelziffer läßt sich nichts sagen. Aber Leistungsmißbrauch ist kein Kavaliersdelikt, sondern Betrug an der Solidargemeinschaft der Versicherten. In schweren Fällen verhängen die Gerichte Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr.

Klagen von Arbeitgebern darüber, daß die Arbeitsämter nicht vermitteln könnten, geht die Bundesanstalt in jedem Falle nach. Dabei ergibt sich in vielen Fällen, daß es meist doch etwas anders war als öffentlich dargestellt. Mitunter waren die offenen Stellen nicht einmal dem Arbeitsamt gemeldet. Oft engten auch überzogene Anforderungen die Besetzungschancen unnötig ein. Nicht selten boten Firmen, die über Fachkräftemangel klagen, sehr viel ungünstigere Arbeitsbedingungen als ihre Konkurrenten.

Vor diesem Hintergrund ist einsichtig, daß die oft erhobene Forderung, den Abstand zwischen Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe und Lohn wieder zu erhöhen, die Arbeitslosigkeit nicht verringern kann, sondern nur die soziale Not vergrößert.

Wenn diese Forderung richtig wäre, hätte es 1930/31 keine Arbeitslosen geben dürfen. Damals war nämlich der Abstand zwischen Einkommen und Arbeitslosen-Unterstützung im *Vergleich zu heute riesengroß. 1930* hat man das Arbeitslosengeld noch weiter verringert. Dennoch ist die Arbeitslosenzahl nicht zurückgegangen, sondern weiter angestiegen.

So hoch, wie manch einer wohl annimmt, sind Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe heute auch nicht. Ein Arbeitslosengeldempfänger erhielt im Durchschnitt im letzten Jahr 937,40 DM, ein Arbeitslosenhilfeempfänger 800,74 DM monatlich.

20 Prozent in Leer, 3,2 Prozent in Göppingen

Die Arbeitslosenquote beträgt gegenwärtig in Leer 20 Prozent, in Emden 17,6 Prozent, dagegen in Göppingen 3,2 Prozent und in Nagold 3,5 Prozent. Wäre Arbeitsunwilligkeit tatsächlich ein Hauptgrund für die hohe Arbeitslosenzahl, dann müßten in Leer und Emden hauptsächlich Faule wohnen, in Göppingen und Nagold dagegen die Fleißigen. Dies wird wohl niemand ernsthaft behaupten wollen.

Eine aussagekräftige Statistik hat die Bundesanstalt bereits. Sie zählt nach gesetzlich festgelegten Kriterien und gliedert ihre Daten tief. Obwohl jeder Interessierte diese Statistiken kostenlos erhalten kann und sie monatlich nicht nur der Presse, sondern auch an Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Verwaltungen und an Wissenschaftler gegeben werden, wird in der öffentlichen Diskussion immer wieder so getan, als lege die Bundesanstalt nur Globalzahlen vor.

In der Arbeitslosenstatistik wird derjenige als arbeitslos ausgewiesen, der sich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet hat, vorübergehend ohne *Arbeit ist und dem Arbeitsmarkt zur* Verfügung steht. Das heißt, er muß bereit und in der Lage sein, jede zumutbare Tätigkeit anzunehmen. Schränkt ein Arbeitsloser sein Arbeitsgesuch über das zumutbare Maß hinaus ein, wird er nicht als Arbeitsloser, sondern als Arbeitsuchender statistisch erfaßt.

Der monatliche Arbeitsmarktbericht der Bundesanstalt für Arbeit enthält nicht nur die Gesamtzahl der Arbeitslosen. Die Gesamtzahl wird vielmehr Monat für Monat nach Männern und Frauen aufgegliedert, nach Angestellten und Arbeitern, nach Ausländern, nach Jugendlichen unter 20 Jahren, Schwerbehinderten, 59jährigen und Älteren und Teilzeitarbeitsuchenden, nach Landesarbeitsamtsbezirken und Arbeitsamtsbezirken und danach, ob die Neuzugänge an Arbeitslosigkeit aus vorheriger Erwerbstätigkeit oder aus einer betrieblichen Ausbildung kommen oder ob sie vorher nicht erwerbstätig waren.

Statistik kann so gut wie jede Frage beantworten

Alle Vierteljahre wird die Statistik nach Wirtschaftszweigen aufgegliedert. Jeweils im September eines Jahres analysiert die Bundesanstalt umfassend den gesamten Bestand an Arbeitslosen und offenen Stellen. Zusätzlich macht die Bundesanstalt noch jedes Jahr im Mai und Juni eine umfangreiche Bewegungsanalyse, die wichtige Aufschlüsse über die Zugänge und die Abgänge aus der Arbeitslosigkeit gibt. Darüber hinaus untersucht das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung laufend Probleme des Arbeitsmarktes.

Die Arbeitslosenstatistik kann so gut wie jede Frage beantworten. Man muß sich nur die Mühe machen, die Veröffentlichungen der Bundesanstalt, einschließlich des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, zu lesen.

Eine Änderung der Statistik, die eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen voraussetzt, würde die Arbeitslosigkeit nicht beheben. Das kann nur dadurch gelingen, daß wir das hohe Arbeitsplatzdefizit von 1,5 bis 2 Millionen schrittweise verringern und, soweit Arbeitnehmer und Arbeitslose zusätzliche berufliche Qualifikationen brauchen, ihnen dazu verhelfen.

Hierauf sollten wir alle unsere Kräfte konzentrieren und sie nicht in unfruchtbaren Statistik- und Arbeitsunwilligkeits-Diskussionen vergeuden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Lehrstellen 1985

„Lehrstellen für alle?" WELT vom 15. Juli

Sehr geehrte Redaktion,

in seinem Leitartikel zum dualen System kämpft Heinz Heck gegen die angebliche Forderung, „doch lieber alles dem Staat zu übertragen". Sache ist: Niemand erhebt diese Forderung, keine „politsch relevante" Kraft, kein kompetenter Politiker. Dieser innere Konsens ist doch politisch viel bedeutsamer als die – richtigen – Hinweise auf USA und Japan.

Die Zahl der besetzten Ausbildungsplätze ist im vergangenen Jahrzehnt um fünfzig Prozent gestiegen – richtig. Das schließt auch öffentlich finanzierte (1984: 80 000) ein und verdient Anerkennung.

Aber ist das ein Grund, die 60 000 zu vergessen, die zum Beginn des Ausbildungsjahres 1984/85 keinen Ausbildungsplatz fanden? Natürlich wäre es gut, wenn die Betriebe auch das noch schaffen würden. Aber wenn nicht? Soll der Staat dann untätig bleiben?

Und dann noch das Märchen vom „Traumberuf"! Was soll das, wo doch 53 Prozent aller Ausbildungsverträge 1984 eben gerade nicht im gewünschten Beruf abgeschlossen wurden!

Trotz *all dieser lobenswerten* Anstrengungen der Betriebe wie der Jugendlichen blieben 1984 viele ohne Ausbildungsplatz (übrigens die größte Zahl seit 1974).

Auch 1985 wird es keine „Lehrstellen für alle" geben. Zu helfen, auch diese Jugendlichen in Ausbildung zu bringen, das ist doch kein Übergriff, auch kein Anschlag des Staates auf das duale System, sondern eine zwar teure, aber unter diesen Umständen unerläßliche Notmaßnahme der Allgemeinheit, für die der Staat gegenüber diesen Jugendlichen handelt.

Mit freundlichen Grüßen
Günter Apel,
Hamburg

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in einem der Medien die Ausbildung von Jugendlichen behandelt wird. Dabei wird im allgemeinen resignierend festgestellt, daß Jugendliche nur geringe Chancen haben, eine Lehrstelle zu finden. Die ständige Verbreitung dieser Meinung ist ein Ärgernis. Tatsache ist doch, daß auch im letzten Jahr 90 bis 95 Prozent der Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekamen und auch für das laufende Jahr ein ähnliches Ergebnis zu erwarten ist, obwohl es noch nie soviel Ausbildungssuchende gegeben hat.

Wenn man den fünf bis zehn Prozent Jugendlichen helfen will, dann muß man zunächst ergründen, warum das so ist. Merkwürdigerweise liegt eine Analyse nicht vor oder wird nicht veröffentlicht. Also ist man auf Vermutungen angewiesen. Es spricht einiges dafür, daß ein Teil dieser jungen Leute einen Ausbildungsplatz in Berufen sucht, die überbesetzt sind, und keinen anderen Platz annehmen wollen. Wahrscheinlich fehlt einem anderen Teil auch die allgemeine Qualifikation für einen Lehrberuf. Was dann noch übrig bleibt, ist vielleicht ein Opfer der außerhalb ihrer Person liegenden Verhältnisse, und nur für diesen kleinen Teil könnte eine Erhöhung des Lehrstellenangebotes von Bedeutung sein.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. H. Leuchs,
Wuppertal 1

Keine „Sütterlin"

„Als Kontobücher noch in Sütterlin geführt wurden"; WELT (Hamburg-Ausgabe) vom 16. Juli

Da die Rede von Kontobüchern vergangener Büroepochen ist, d. h. offenbar von solchen, die jedenfalls aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stammen, können sie nicht in Sütterlinschrift geführt worden sein, denn diese gab es damals noch nicht.

Die nach dem Graphiker L. Sütterlin (1856–1917) benannte, von ihm entwickelte und in seinem Buch „Neuer Leitfaden für den Schreibunterricht" 1917 vorgestellte Schreibschrift ist, soweit mir bekannt, erst Ende der zwanziger Jahre an einer Reihe von Schulen eingeführt und dort gelehrt worden (von 1935 bis 1941, Anm. der Red.), bis sie 1941 durch die „Deutsche Normalschrift" (eine Lateinschriftabart) abgelöst wurde. Es gab aber auch Schulen, in denen sie noch Anfang der dreißiger Jahre keinen Raum fand.

Vor der Sütterlinschrift gab es in Deutschland nur die lateinische und die deutsche (gotische) Schreibschrift. Diese war, soweit es sich um deutsche Texte handelte, allgemein gebräuchlich. In der Regel wurden nur die Familiennamen lateinisch geschrieben. Wie jedermann bedienten sich der deutschen Schrift u. a. Goethe, Schiller, Hölderlin, ferner Hegel und Marx, schließlich auch Thomas Mann, Brecht und Benn. Danach kann, zumal es damals die Sütterlinschrift noch nicht gab, kein Zweifel daran bestehen, daß es sich bei der von dem Verfasser des Artikels vom 10. Juli für Sütterlinschrift gehaltenen Schreibschrift um die deutsche (gotische) Schreibschrift handelt. Nur sie, nicht die Sütterlinschrift kann man allenfalls als zackig bezeichnen. Sütterlin kam es gerade, angeblich wegen der flüssigeren Schreibbarkeit, darauf an, durch Rundungen die der deutschen Schreibschrift eigentümlichen Kanten zu ersetzen.

Während die lateinische und die deutsche Schreibschrift als gewachsene Schriften angesehen werden können, ist die Sütterlinschrift eine konstruierte, künstliche. Sie baut auf Elementen sowohl der lateinischen als auch der deutschen Schreibschrift auf.

F. Schürmann,
Hamburg 65

Wort des Tages

❞ Ich glaube an das Wort. Nicht nur an das Wort Gottes, sondern an jedes Wort, das wir gebrauchen. Es ist natürlich ein Unterschied – zwischen dem Wort Gottes und dem Wort des Menschen. Das Wort Gottes ist das Gesetz des Guten. Mit dem Wort des Menschen verbindet es nur die Macht, die von dem Wort ausgeht. ❞

Hans Habe; dt. Journalist (1911–1977)

Schlesien

„Wer Deutsch spricht, wird verfolgt"; WELT vom 17. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Totschweigefront gegenüber dem Unrecht von 1945 ist wohl organisiert. Man lese nur die Artikel „Schlesien, Pommern, Sudeten, Breslau" usw. in der neuesten Auflage der Encyclopaedia Britannica.

Es ist erschütternd, wie in diesem für den angelsächsischen Sprachraum meinungsbildenden Nachschlagewerk ein selektiv verzerrtes Geschichtsbild gezeichnet wird (von polnischen Autoren), welches indirekt nur dazu führen kann, daß für unsere deutschen Landsleute in den Vertreibungsgebieten die psychologische Lage nur noch schwerer wird.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. H. Fassl,
Nieder-Olm

*

Ich war über diesen Artikel sehr erstaunt, zumal ich wohl zu den vielen Personen im freien Teil Deutschlands gehöre, die noch nicht wissen, daß „Deutsche" in den unter polnischer Verwaltung stehenden Teilen Ostdeutschlands verfolgt werden, wenn sie Deutsch sprechen. Dieser Artikel muß doch endlich die Bundesregierung wachrütteln, jetzt einmal etwas zu unternehmen, damit die entsprechenden *Stellen in Warschau* endlich einmal zugeben, daß heute in den unter polnischer Verwaltung stehenden Teilen Schlesiens noch über 1,1 Millionen „Deutsche" nach Artikel 116 des Grundgesetzes leben.

F. Michael,
Bonn 2

Heuschrecken

„Im Kampf gegen die Plage allein wie Don Quixote"; WELT vom 8. Juli

In dem Artikel über die Heuschreckenplage in den USA kam die Ohnmacht des Menschen vor Naturereignissen zum Ausdruck. Und trotzdem lernen wir nichts daraus. Es wird im Gegenteil mit Giften und Chemikalien hantiert, ohne in Erwägung zu ziehen, daß diese eventuell *mit schuld sein könnten an solchen* Auswüchsen. Wir bringen mit diesen und ähnlichen Eingriffen die Natur immer mehr aus ihrem Gleichgewicht. Sicher gibt es für das Heuschrecken-Phänomen nicht eine einzelne, klar erkennbare Ursache, weil die Ursachen vielschichtig sein können und eventuell weit zurückliegen. Auch sind die ersten Reaktionen der Betroffenen verständlich. Wenn jedoch unser Ertrags- und Wirtschaftsdenken das „Eingebettetsein" des Menschen in die Natur mit einbezieht, können wir aus solchen Extremfällen lernen und sie auf längere Sicht verhindern.

H. Liedtke,
Offenburg 15

Personalien

GEBURTSTAG

Morgen feiert der Schauspieler und Regisseur **Hans Thiemig** in Wildalpen in der Steiermark seinen 85. Geburtstag. Hans Thiemig begann als junger Komiker, der teils tolpatschig, teils mit schmerzlich umflorter Heiterkeit die Bühne erfüllte. Schon 1923 war er mit den Geschwistern in Salzburg dabei. Besonders wurde er von **Max Reinhardt** geprägt. Zwischen 1918 und 1924 war er am Burgtheater, dann bei Reinhardt in Berlin und im Wiener Theater in der Josefstadt. Hier hielt er auch die Stellung, als Reinhardt emigrierte, war während des Krieges Schauspieldirektor, leitete später vorübergehend das Reinhardt-Seminar und war ab 1949 wieder am Burgtheater. Die Inszenierungen zeichneten sich durch das absolut sichere Maß aus. Er wußte, wie lange eine Komödie dauern, wie *lange man auf einem Gag sitzen* bleiben darf. Als er sich 1966 vom Burgtheater zurückgezogen hatte, trat er gelegentlich wieder in kurzen, prägnanten Greisen-Rollen in der Josefstadt auf. Seine größte Popularität erreichte seine Stimme. In einer endlosen Radioserie des ersten Nachkriegsjahrzehnts, „Die Radiofamilie", war er der Hausvater und Mittelpunkt. Und heute noch spricht er jeden Montag in eigener Sendung die Senioren an. Zu den Aufnahmen reist er jedesmal nach Wien.

WAHL

Während der 30. Weltpfadfinderkonferenz in München wurde in der *Vollversammlung in einer Neuwahl* für das Weltkomitee der Weltpfadfinderbewegung der deutsche Delegierte **Hartmut Keyler** gewählt. Der Münchner Architekt Keyler ist seit 1949 Pfadfinder und Gründungsmitglied des Verbandes christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder. Dem Weltkomitee, höchstes internationales Gremium der Pfadfinder zwischen den Weltkonferenzen, wird Keyler für sechs Jahre angehören. Ebenfalls für diesen Zeitraum gewählt wurden: **Morrey Cross** aus Kanada, **Hussein Makke** aus Libanon und **Eugene Reis** aus den USA, **Bertil Tunje** aus Schweden wurde für vier Jahre gewählt.

AUSZEICHNUNGEN

Ein Leben für die Musik hat Oberstudienrat **Eberhard Schmidt** aus Laatzen zugebracht: Der niedersächsische Ministerpräsident **Ernst Albrecht** verlieh dem Vorsitzenden des Landesmusikrates das Verdienstkreuz am Bande des Niedersächsischen Verdienstordens. Im Landesmusikrat sind mehr als 50 Organisationen und Verbände zusammengeschlossen.

*

„Loriot" heißt der erste Träger des „Kasseler Literaturpreises für grotesken Humor". Einstimmig wurde **Vicco von Bülow** der von dem Kasseler Schriftsteller-Ehepaar **Christine Brückner** und **Otto-Heinrich Kühner** gestiftete Preis für „Loriots dramatische Werke" zuerkannt. Der Kasseler Literaturpreis, der im vergangenen Jahr gestiftet wurde, wird jährlich abwechselnd einem Schriftsteller für sein literarisches Werk (Lyrik oder Prosa in der Tradition von **Morgenstern, Ringelnatz, P. P. Althaus** und **O. H. Kühner**) oder einem Wissenschaftler für eine wissenschaftliche Arbeit über grotesken Humor verliehen. „Loriot" soll die mit 15 000 Mark dotierte Auszeichnung im November dieses Jahres erhalten.

EHRUNG

Der baden-württembergische Minister für Wissenschaft und Kunst, Professor Dr. **Helmut Engler**, hat Generalintendant Professor Dr. **Hans-Peter Doll** zum Ehrenmitglied der Württembergischen Staatstheater Stuttgart ernannt. Er hat außerdem den Solistinnen **Karan Armstrong, Elke Estlinbaum** und **Regina Marheineke** den Titel „Kammersängerin", den Solisten **Helmut Berger-Tuna, Roland Bracht** und **Wolfgang Probst** den Titel „Kammersänger" und den Mitgliedern des Württembergischen Staatsorchesters **Bernd Korbus** und **Rainer Otto** den Titel „Kammermusiker" verliehen.

Dr. **Franz Kroos**, ehemaliger Chefredakteur der in Münster erscheinenden Bistumszeitung „Kirche und Leben", ist im Alter von 76 Jahren in Warendorf verstorben. Der aus Münster stammende Journalist hatte sich vor allem um die Münsteraner Bistumszeitung verdient gemacht, deren Gründung er verlegerisch vorbereitet hat. Kroos hat in seiner Geburtsstadt Münster Geschichte, Germanistik, Kunstgeschichte und Zeitungswissenschaften studiert. Eine wesentliche Prägung erfuhr er durch die Mitarbeit im Redaktionsteam des Jesuitenpaters **Friedrich Muckermann**, der von 1924 bis 1934 von Münster aus die „Katholische Korrespondenz" sowie zahlreiche andere Publikationen herausgab.

Kompromiß zwischen NOK und Sporthilfe

Gemeinsamer Kampf auf olympischen Märkten um die Werbe-Millionen

GÜNTER DEISTER, München

Die im Kampf um die olympischen Märkte zerstrittenen Sportorganisationen Nationales Olympisches Komitee (NOK) für Deutschland und Stiftung Deutsche Sporthilfe wollen nun doch gemeinsame Sache machen. Nach einer siebenstündigen Sitzung des geschäftsführenden NOK-Präsidiums am Samstag in München erklärten NOK-Präsident Willi Daume und Sporthilfe-Chef Josef Neckermann übereinstimmend die Absicht, ihre bisher getrennt laufenden Werbe-Aktionen unter dem Dach einer gemeinsamen Verwertungsgesellschaft bündeln zu wollen. Mit einem solchen Kompromiß würde Neckermann seinem Ziel näherkommen, die Sporthilfe in angemessener und für die Unterstützung der Spitzensportler notwendiger Weise an den zu erwartenden Werbe-Millionen zu beteiligen.

Hauptgegenstand der Münchner Sitzung war der Entwurf eines Vertrags, den das NOK in den nächsten Wochen mit der Vermarktungsgesellschaft SLG (Sportausrüstungs- und Lizenz-Verwertungsgesellschaft) für die Zeit bis Ende 1988 abschließen will. Hinter der SLG steht die Luzerner Adidas-Tochter ISL (International Sports, Culture and Leisure Marketing Company). Sie hatte sich vor sieben Wochen vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) für einen Einstandspreis von 60 Millionen Mark exklusiv weltweite olympische Vermarktungsrechte gesichert, die nun für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland der ISL-Agent SLG wahrnimmt.

Im geplanten Geschäft mit den olympischen Emblemen hatte ISL/SLG dem NOK bis Ende 1988 Einnahmen von knapp elf Millionen garantiert. Das NOK erwartet nun jedoch eine Erhöhung dieser Summe auf etwa 15 Millionen Mark. Daume und NOK-Schatzmeister Paul Skonieczny wurden vom geschäftsführenden Präsidium ermächtigt, den Werbevertrag demnächst abzuschließen, falls der Werbepartner die in München noch angebrachten Korrekturen an dem Vertrag akzeptiert. Zuvor will Daume noch die olympischen Fachverbände unterrichten.

Bis zu dem Münchner Treffen war von Spitzenvertretern des NOK und der Sporthilfe der Eindruck erweckt worden, als würde das olympische Profitstreben zu einem unüberbrückbaren Gegeneinander der für den olympischen Sport so bedeutsamen Organisationen führen. Das NOK reklamierte sein alleiniges Recht auf Vermarktung der olympischen Ringe, die Sporthilfe weigerte sich, auf ihr Emblem, das neben einer Pyramide die Ringe enthält, zu verzichten.

NOK-Generalsekretär Walther Tröger sprach daraufhin von einem „Amoklauf der Sporthilfe, der dem NOK gegenüber einen Kriegszustand herstellt". Neckermann erhob den Verdacht, die Sporthilfe solle „ausgetrocknet" werden. Der Sporthilfe-Chef: „Die werbliche Nutzung unseres Emblems ist eine Existenzgrundlage." Wer sie der Stiftung entziehe, der setze die Zukunft der Sporthilfe aufs Spiel.

Von solchen Tönen, die bei der umworbenen Wirtschaft ein schrilles Echo erzeugten, wurde vor allem Daume aufgeschreckt. Als NOK-Präsident und Mitbegründer der 1967 aus der Taufe gehobenen Sporthilfe sah er sich doppelt gefordert. Ursprünglich hatte das NOK vor, der Stiftung jährlich eine Million für den Verzicht auf das eigene Emblem zu zahlen. Nunmehr hat Daume das Angebot offenbar in eine Höhe gesteigert, die für Neckermann akzeptabel erscheint. Dabei bleibt vorerst offen, ob die vom Sporthilfe-Chef erhobene Forderung von etwa fünf Millionen Mark jährlich vom NOK erfüllt werden kann.

Ziel ist es, die Fördergesellschaft der Sporthilfe in die SLG überzuführen. Somit wäre die Stiftung, die künftig auf eigene Werbe-Aktionen verzichten müßte, Teilhaber an der Verwertungsgesellschaft. Sie würde sich einheitliche Embleme schaffen und der werbenden Wirtschaft zur Vermarktung anbieten. Die Experten von NOK und Sporthilfe halten es für möglich, daß jährlich bis zu 20 Millionen Mark zu verdienen sind.

Von der einkommenden Gesamtsumme möchte das NOK von vornherein seine jährlichen Haushaltskosten von gegenwärtig knapp drei Millionen Mark abziehen. Der verbleibende Rest soll nach einem Schlüssel unter NOK (größerer Anteil) und der Sporthilfe aufgeteilt werden, wobei auch SLG/ISL Mitverdiener ist.

„Wir sind in München einen Schritt vorangekommen", sagt Willi Daume. „Meine Anmerkungen, Einwände, Anregungen und Bedenken haben absolute Berücksichtigung gefunden", meint Josef Neckermann. Nun müssen Juristen und Steuerexperten versuchen, die „sehr guten Ergebnisse" (Neckermann) in Verträge zu kleiden. Die Zeit drängt, „denn Zeit ist Geld", sagt der Sporthilfe-Chef.

Was aber geschieht, wenn auch dieser „letzte Versuch" (Daume) einer Übereinkunft scheitert? „Dann wird das NOK seinen ganz geraden Weg gehen", so Daume. Neckermann meint: „Wenn man uns dazu zwingt, können wir uns einer gerichtlichen Prüfung unserer Rechte nicht entziehen." Diese Aussage hatte der Sporthilfe-Vorsitzende allerdings noch einen Tag vor dem Münchener Treffen gemacht. (dpa)

GOLF / Als erster Deutscher vor dem Erfolg bei den „British Open"







Bernhard Langers Gelassenheit, seine Freundlichkeit und Fairness imponiert den Briten. Ein wenig können die Zuschauer bei ihm immer bewundern, dann, wenn er mit seiner Frau Vikki in Pausen über den Platz geht (mitte). Im Spiel selbst versinkt Langer in tiefe Konzentration, studiert genau den Platz (rechts) oder beobachtet die Gegner (links) – oft auch mit einer nachdenklich-skeptischen Gestik. Kein Zweifel: Bernhard Langer hat sich in der Weltspitze etabliert. FOTOS: SVEN SIMON (2) / AP

Anerkennung für Becker, aber Langer lieben die Briten

GERD A. BOLZE, Sandwich

Eigentlich läßt es sich durch nichts begründen, und dennoch wird immer wieder der untaugliche Versuch unternommen, zwei bekannte Sportler aus unterschiedlichen Sportarten zu vergleichen, die Erfolge gegeneinander aufzurechnen und die Popularität zu messen. So nebensächlich dies Unterfangen auch sein mag, so reizvoll scheint es dennoch zu sein.

Nichts anderes passiert derzeit im englischen Sandwich bei den Offenen Britischen Golfmeisterschaften mit Bernhard Langer und Boris Becker. Der blonde Bernhard Langer schickt sich an, dieses bedeutende Turnier zum ersten Mal zu gewinnen. (Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.) Gerade zwei Wochen ist es her, als der ebenfalls (rot)blonde Boris Becker aus Leimen das bedeutendste Turnier der Welt in Wimbledon gewann und für Schlagzeilen sorgte. Deutsche sind sie, beide blond dazu, sie besitzen international einen berühmten Namen, und mehr zufällig ist die englische Insel Schauplatz ihrer Darbietung. Spätestens jetzt hören die Gemeinsamkeiten auf. Alles andere wirkt wie gekünstelt.

Festhalten läßt sich nur, daß die englischen Zuschauer und die Öffentlichkeit den Bernhard Langer mehr als einen der ihren bezeichnen, während sie vor der Leistung des 17 Jahre alten Deutschen gehörigen Respekt und Achtung zeigten, doch tiefer gingen die Beziehungen nie. Die Engländer mögen die ruhige, sachliche Art des Golf-Profis aus Anhausen, er kommt ihrem Begriff von einem fairen Sportsmann, der bei Sieg und Niederlage Haltung bewahrt, sehr nahe. Temperamentsausbrüche, wie sie bei einem 17jährigen geradezu noch selbstverständlich sind, wären für eine Persönlichkeit wie Bernhard Langer geradezu undenkbar. Dieses Understatement lieben sie an ihm.

Ihm würden die Engländer am liebsten ständig anerkennend auf die Schulter schlagen, ihm die Hand drücken, wenn er durch die Menschenmenge vom Grün zum nächsten Abschlag geht. Breitschultrige Bobbies wissen dies aber zumeist zu verhindern. Wer mit ihm durch die Dünen über den schweren Golfplatz des Royal St. Georg's Klubs an der südenglischen Nordseeküste geht, der hört immer wieder die aufmunternden Zurufe für ihn. Langer nimmt sie gelassen hin wie ein Mann von Welt, der so etwas zu schätzen weiß. Da ist nichts Arrogantes an ihm festzustellen, sondern nur Sympathie.

Wie sehr ihn die Engländer vereinnahmt haben, kommt immer wieder in den englischen Zeitungen zum Ausdruck. Einige Schlagzeilen: „The new Superstar of World-Golf", „The blond-Bomber", „Wunderpar Bernhard can top big Boris". „Wunderpar" ist hier eine Mischung aus dem deutschen Wort wunderbar und der Golfer-Sprache, in der „par" Platzstandard bedeutet. Und auch so wird über Langer geschrieben: „Auf Wiedersehen – is the Open off to Germany?" – Auf Wiedersehen steht wirklich in deutsch da – „The BOSS now". Das ist eine Anspielung auf seine neue Bekleidung. Der Schriftzug seines neuen Sponsors prangt auf seinem Rücken und auf der Brust.

Bernhard Langer selbst ist es geradezu lästig, daß er von den 400 Journalisten in Sandwich immer wieder in einen Vergleich mit Boris Becker gedrängt wird. Ob ihn denn der Wimbledonsieg von Becker zusätzlich motiviert habe, wurde Langer gefragt. Auf diese ebenso überflüssige wie unkluge Frage gab Langer die gescheite Antwort: „Haben Sie auch Becker gefragt, ob ihn mein Sieg bei den US-Masters in Augusta motiviert hat? Ich kenne Becker nicht persönlich. Aber ich weiß seine große Leistung zu schätzen, sie war für einen 17jährigen sensationell. Allerdings hätte ich nichts gegen ein deutsches Double – nach Beckers Sieg in Wimbledon nun auch Langers Open-Gewinn hier in Sandwich."

Kaum vorstellbar auch, daß Langer sich als ein so schlechter Verlierer entpuppen würde, wie es der Titelverteidiger Severiano Ballosteros (Spanien) tat. Als Favorit gestartet, hatte der Spanier für sein schwaches Abschneiden nur Entschuldigungen parat: Ausgerechnet er habe bei schlechten Witterungsbedingungen spielen müssen, in den Bunkern sei zu viel Sand gewesen, sein Ball sei ausgerechnet auf dem harten Fußweg liegen geblieben, den Tausende beim Überqueren der Spielbahn gestampft hätten, oder aber sein Ball sei in einem Grasloch hängen geblieben, das ein vor ihm spielender Konkurrent herausgeschlagen hatte. Das alles gipfelte in der Bemerkung des Spaniers: „Wir werden in diesem Jahr keinen guten Champion haben, denn das Wetter war für viele zu schlecht." Und Bernhard Langer? Der konnte über diesen Satz nur milde lächeln und den Kopf schütteln.

Glück hatte Bernhard Langer nur in der dritten Runde, als ein Gewitter aufzog und der Wettbewerb für eine Stunde unterbrochen wurde. Während sich die Konkurrenten in einer dunklen und primitiven Regenhütte drängten, wurde Langer von dem mehrmaligen deutschen Amateurmeister Christian Strenger in ein Wochenendhaus eingeladen, das nicht weit vom vierten Loch entfernt lag. Was er denn mit seiner Frau Vikki gemacht habe, die bei ihm war, wurde er später gefragt. Der Golfstar antwortete schmunzelnd: „Eine schlechte Frage, im Bett waren wir jedenfalls nicht." Selbst der größte Unsinn macht ihn nicht sprachlos.

MOTORSPORT

Sorgen um das Team von RAM

dpa, Silverstone

RAM-Teamchef John McDonald sind die Sorgen ins Gesicht geschrieben: „Im Moment sieht es ziemlich düster aus. Wir hatten bisher in jedem Rennen im Schnitt drei Motorschäden. Das geht natürlich ins Geld." Trotzdem muß Manfred Winkelhock nicht befürchten, daß er in der Formel 1 vorzeitig auf der Straße steht.

John McDonald ist ein Stehaufmännchen, der Engländer hat schon schlimmere Talsohlen durchschritten: „Ich schlage mich durch, das bin ich so gewöhnt. Wir werden dieses Jahr überstehen und für 1986 will ich mich um einen anderen Motor bemühen. Unser Hart-Turbo ist einfach nicht mehr konkurrenzfähig." Kein Wunder, denn Motorenchef Brian Hart arbeitet im Vergleich zu den großen Firmen wie Renault oder Ferrari mit einem bescheidenen Budget. Manfred Winkelhock, der sich für nächstes Jahr einen BMW-Turbo wünscht, erklärt, warum der Hart-Motor über den Winter so ins Hintertreffen geraten ist: „Das Triebwerk war im letzten Jahr bei Toleman bereits nur Mittelklasse, darüber haben die guten Leistungen von Senna vielleicht ein wenig hinweggetäuscht. Mit der Entwicklung, einerseits Benzin zu sparen, andererseits für mehr Leistung zu sorgen, war Brian Hart einfach überfordert. Dafür ist seine Firma zu klein."

Die Fehler liegen im Prinzip. Die meisten Motorenschäden haben sich nicht bei Höchstleistungen eingestellt, sondern bereits beim Aufwärmen in der Boxengarage. „Technische Mängel," stellt der österreichische RAM-Konstrukteur Gustav Brunner fest.

*

Der Internationale Motorsportverband (FISA) will so schnell wie möglich mit dem Ziel, die Geschwindigkeiten zu drosseln, neue Bestimmungen für die Formel 1 erlassen. Wie FISA-Präsident Jean-Marie Balestre in Silverstone erklärte, soll daher schon 1987 und somit ein Jahr früher als vorgesehen, der Kubikinhalt der Motoren von 1500 ccm auf 1200 ccm reduziert werden. Neben anderen Änderungen in technischer Hinsicht ist auch an ein Verbot sogenannter Qualifikations-Motoren gedacht, die allein zum Training in die Rennwagen eingebaut werden. Balestre erhob diese Forderungen offenbar unter dem Eindruck der schnellsten Runde in der Formel 1-Geschichte, die beim Abschlußtraining zum Großen Preis von England Keke Rosberg im Williams-Honda mit 259 km/h gefahren wurde. Im Rennen fiel Rosberg allerdings bereits in der 23. Runde aus (Das Endergebnis lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor).

Noch vor dem Training äußerte sich Ferrari-Teamchef Marco Piccinini zu Rückzugsgerüchten, die seit Mitte der Woche in der Formel-1-Branche kursierten: „Wenn es so weitergeht wie bisher, wenn alle angekündigten Reglementsänderungen eingehalten werden, bleiben wir in der Formel 1. Sollte es der Sportbehörde aber einfallen, in allerletzter Sekunde wieder alles abzuändern, hören wir auf. Unabhängig von der Formel 1 interessieren wir uns für einen Einsatz in Indianapolis. Ob wir schon nächstes Jahr dabei sind oder erst später, kann ich nicht sagen."

NACHRICHTEN

Keine Live-Übertragung

München (dpa) – Das Veto des Deutschen Fußball-Bundes hat die Live-Übertragung des Bundesligaspiels zwischen Bayer Uerdingen und Bayern München verhindert. Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) hatte diese Übertragung am ersten Spieltag der Fußball-Saison (10. August) geplant. DFB-Ligasekretär Wilfried Straub: „Das würde den Bundesligabetrieb stören und die anderen Klubs müßten Zuschauereinbußen hinnehmen." Auch die Vorverlegung des Spiels zwischen Meister und Pokalsieger auf den 9. August (Freitag) lehnte der DFB ab. 25 Prozent der Fernsehgage sollten nach Vorstellung der Klubs in einen Pool eingezahlt werden, der am Ende der Saison aufgeteilt werden sollte.

Erste Niederlage

Konstanz (dpa) – Nach Siegen über Frankreich (9:6), Spanien (12:9) und Australien (13:9) mußten die deutschen Wasserballspieler in Konstanz mit 6:7 (1:1, 2:0, 1:3, 2:3) gegen Olympiasieger Jugoslawien die erste Niederlage hinnehmen.

Tischtennis: Losglück

Den Haag (sid) – Die Herren und Damen des ATSV Saarbrücken, die deutschen Vertreter im Tischtennis-Europacup 1985/86, erhielten bei der Auslosung in Den Haag für die erste Runde Freilose, danach leichte Gegner. Die Herren treffen am 12. Oktober auf Sporting Lissabon oder Azerez Gleiwitz (Polen). Die Damen spielen bei Österreichs Titelträger Union Kornenberg.

Schneller als Moser

Bassano del Grappa (sid) – Mit 5:45,646 Minuten stellte der dänische Radprofi Hans-Henrik Oersted einen Bahn-Weltrekord über 5000 m auf. Er verbesserte die alte Marke von Francesco Moser (5:47,163), die der Italiener in der Höhenluft von Mexico City aufgestellt hatte.

Eicke auf Platz zwei

Holstebro (dpa) – Olympiasieger Uli Eicke (Düsseldorf) belegte bei der internationalen Kanu-Regatta in Holstebro (Dänemark) den zweiten Platz hinter Weltmeister Jörg Schmidt aus der „DDR".

Dressur-Erfolg

Falsterbo (dpa) – Mit einem großen Erfolg für die deutschen Dressurreiter endete ein Grand-Prix-Wettbewerb im schwedischen Falsterbo. Hinter der mit 76,8 Punkten auf Marzog deutlich überlegenden dänischen Europameisterin Anne-Grete Jensen gingen die Plätze zwei bis vier an die deutschen Reiter: Georg-Otto Heiser auf Amigo (67,4 Punkte), Madeleine Winter auf Chagall (65,5), Klaus Husenbeth auf Primus (64,9).

Thurau gestürzt

Stuttgart (dpa) – Mit einem Sieg des Belgiers Guido van Calster endete das internationale Straßenrennen der Rad-Profis in der Stuttgarter Innenstadt. Im ersten Lauf stürzte der Frankfurter Dietrich Thurau schwer. Er wurde mit Verdacht auf Schlüsselbeinbruch ins Krankenhaus gebracht.

Stevenson-Comeback

Pinar del Rio (sid) – Der dreimalige kubanische Box-Olympiasieger im Schwergewicht, Teofilo Stevenson (33), feierte bei einem nationalen Turnier in der kubanischen Provinzstadt Pinar del Rio nach einjähriger Pause ein gelungenes Comeback. Er besiegte Diosdado Capote klar nach Punkten.

Demuth vorn

Mlada Boleslav (sid) – Der Münchener Harald Demuth gewann mit einem Audi Quattro Sport im tschechoslowakischen Mlada Boleslav die über 1100 km führende Skoda-Rallye, einem Lauf zur Rallye-Europameisterschaft. Er lag fünf Sekunden vor dem schwedischen Mazda-Fahrer Ingmar Carlsson.

Niebergall enttäuscht

Rammelsbach (dpa) – Aus Enttäuschung über seine Nichtberücksichtigung für Internationale Aufgaben durch den Deutschen Fußball-Bund (DFB) will der Bundesliga-Schiedsrichter Dieter Niebergall (Rammelsbach) keine Spiele mehr pfeifen. Statt Niebergall, der fest mit einer Nominierung gerechnet hatte, setzte der DFB für den ausscheidenden Wolf-Dieter Ahlenfelder (Oberhausen) Manfred Neuner (Leimen) auf die FIFA-Schiedsrichterliste.

Glück für Hingsen

Düsseldorf (sid) – Glück für Zehnkampf-Weltrekordler Jürgen Hingsen: Nach einem Trainingsunfall muß er doch nicht operiert werden. Hingsen, der beim Aufheben eines Diskus in ein Loch im Rasen getreten war, zog sich dabei nur eine Überdehnung des Bandes am linken Fuß zu. Dennoch ist nicht sicher, ob Hingsen am Europacup der Zehnkämpfer Anfang September in Uerdingen teilnehmen kann.



Unbedingter Wille zum Kampf: Bernard Hinault. FOTO: AP

Nur zwei Rennen nicht gewonnen: Eddy Merckx FOTO: HORSTMÜLLER



Auf Bahn und Straße stark: Jaques Anquetil. FOTO: DPA

Hinault, oder: Wer ist der Beste aller Zeiten?

Der Plan ist aufgegangen: Zum fünften Mal gewann der Franzose Bernard Hinault (30) gestern in Paris die Tour de France. Fünfmal Sieger des schwersten Etappenrennens der Welt – das gelang zuvor nur zwei Profi-Radrennfahrern: dem Belgier Eddy Merckx und Hinaults Landsmann Jacques Anquetil. Cyrille Guimard, einst Tour-Star, nun seit Jahren sportlicher Direktor des Renault-Teams, hat Hinaults Talent entdeckt, als er noch Amateur war. Niemand kennt den Bretonen Hinault wohl so gut wie der Bretone Guimard. Er sagt über seinen Landsmann: „Bernard steht immer in einer Opposition zu jemandem oder zu einer Situation. Für ihn ist die Auseinandersetzung eine Notwendigkeit, weil sie ihn immer wieder anspornt. Dieser Wille zum Kampf ist ein wesentlicher Bestandteil seines Charakters."

Ganz ohne Zweifel ist das so, und deshalb gehört Bernard Hinault zu den ganz Großen seiner Zunft. Vielleicht ist er sogar der beste Tour-Spezialist aller Zeiten. Doch als größter Könner auf dem Rennrad kann Hinault trotz seines Triumphes gestern in Paris noch immer nicht gelten. In diesem Ruf steht auch weiterhin Eddy Merckx aus Brüssel. Denn Hinault war stets ein Mann, der sich große Zurückhaltung bei Eintags- und Bahnrennen auferlegte, um die jeweils angepeilten Ziele zu erreichen: Dreimal siegte er beim Giro d'Italia (1980, 1982, 1985), zweimal bei der Vuelta, der Spanien-Rundfahrt (1978, 1983), fünfmal bei der Tour, einmal war er Straßen-Weltmeister (1980), zweimal gewann er den Halbklassiker Fleche Wallone (1979, 1983), doch nur zweimal triumphierte er bei Eintagsklassikern, so 1977 bei Lüttich–Bastogne–Lüttich und 1981 bei Paris–Roubaix. Sechstagerennen sind ihm ebenso ein Greuel wie Straßenklassiker und Weltrekordfahrten auf der Bahn.

Eine Starparade der besten Radprofis aller Zeiten, berechnet nach Siegen in allen großen Rundfahrten, Eintagsklassikern und nach gelungenen Weltrekorden, ergibt denn auch folgenden Stand: 1. Merckx – 45 Siege, 2. Fausto Coppi (Italien) – 21, 3. Anquetil – 21, 4. Rik van Looy (Belgien) und Hinault (Frankreich) – jeweils 19. Dazu noch folgende Erklärung: Merckx, der 1978 zurücktrat, gewann in seiner Laufbahn nur zwei berühmte Rennen nicht: Bordeaux–Paris und den Herbstpreis (Paris–Tours–Paris).

Eine notwendige Einordnung, die zugleich auch erklärt, warum die Spezialisierung Hinaults das Nach-Tour-Geschäft bei den Kriterien Ende Juli und Anfang August in Frankreich, Belgien und Holland in den letzten Jahren kaputtgemacht hat. Radsport, das scheint nämlich mittlerweile für das breite Publikum gleichbedeutend mit der Tour de France und mit dem Namen Bernard Hinault zu sein. Laut Umfrage gibt es in Frankreich derzeit nur noch zwei französische Radrennfahrer, die einem größeren Publikum bekannt sind: Bernard Hinault und der zweimalige Tour-Sieger Laurent Fignon. Er nahm im vorigen Jahr Hinault mehr als zehn Minuten bei der Tour ab, doch diesmal konnte er wegen einer Achillessehnen-Operation nicht starten. Die Folgen dieser Interessen-Reduzierung: Waren es vor zehn Jahren noch an die 50 Kriterien, in denen die Tour-Stars gefeiert wurden und fleißig Geld verdienten, so sind es heute nur noch knapp die Hälfte. Und auch das sind sehr oft schon Zusatzgeschäfte, weil das Publikum ausbleibt, wenn Hinault oder Fignon nicht dabei sind. Die beiden aktuellen Stars der Tour 1985 werden sich dort ohnehin nicht blicken lassen, denn Hinault und sein amerikanischer Adjutant Greg Lemond werden statt dessen in den USA die Colorado-Rundfahrt bestreiten.

Hinault hat zum fünften Mal die Tour gewonnen – trotz eines doppelten Nasenbeinbruchs, trotz der Attacken seines eigenen Mannschaftskollegen Greg Lemond, trotz der Verwarnung der Tour-Direktion, er habe sich auf einer schweren Berg-Etappe der unerlaubten Hilfe des kolumbianischen Kontrahenten Luis Herrera bedient. Was zwar uneingeschränkt stimmt, doch nichts daran ändert, daß der Bergspezialist Herrera den Alleskönner Hinault auch dann nicht bezwungen hätte, hätte er ihm in der Not nicht beigestanden. Das läßt sich allein schon mit Zahlen belegen: Herrera machte gegenüber Hinault auf den schweren Bergetappen in den Alpen und in den Pyrenäen 7:48 Minuten gut, Hinaults Bilanz auf den anderen Etappen weist gegenüber Herrera aber ein Plus von über 17 (!) Minuten auf.

Hinault hat schon vor Abschluß dieser Tour de France gesagt: „Eine Rundfahrt gewinnt man in erster Linie mit dem Kopf und nicht mit den Beinen", und das so erklärt: „Ich bin der Patron oder der Direktor, und jeder meiner Mitarbeiter hat sein fest abgegrenztes Gebiet, für das er verantwortlich ist." Dominique Arnaud, 30 Jahre alt, und seit eineinhalb Jahren beim Hinault-Team, sagt dazu: „Eine Mannschaft, in der man zum Abendessen ein Glas Wein trinken darf, ist eine gute Formation. Ein solches Detail zeigt, daß einem Vertrauen eingeräumt wird, daß man eine gewisse Lebensführung respektiert. Als Profi weiß man schließlich, wie weit man gehen darf."

Bernard Hinault, der Patron, der Direktor eines Teams mit rund drei Millionen Mark Jahresetat, wird im nächsten Jahr dafür sorgen, daß Greg Lemond an seiner Stelle die Tour gewinnt. So ist es geplant und beschlossen. Wie das vor sich gehen soll, hat Hinault bereits angekündigt: „Man wird mich als Angreifer erleben, der nicht mehr Rücksicht nehmen muß auf das Morgen." KLAUS BLUME

STAND●PUNKT

Ein Polizist sperrt Cruz Warum nur?

Armer Andy Norman! Da hat er einst Recht und Ordnung, Planung und Disziplin ausgerechnet dort gelernt, wo man es von der Pike auf pauken kann – als Polizist bei Scotland Yard – und dann kommt ausgerechnet ein Brasilianer daher und sagt: „No, Sir." Nicht mit Andy Norman, nicht mit dem Chef des Londoner Leichtathletik-Sportfestes. Der ließ sich gar nicht erst auf eine Diskussion ein, sondern machte kurzen Prozess: Er sperrte Olympiasieger Joaquin Cruz und obendrein vier seiner brasilianischen Landsleute bei seiner Gladiatoren-Gala aus, rief die Kollegen in Edinburgh und Oslo an und verlangte moralischen Beistand nebst tatkräftiger Schützenhilfe. Beides wurde gewährt, keine Frage. Die Südamerikaner dürfen auch dort nicht laufen.

Warum? Hatten sie etwa versucht, die abendländische Kultur umzukrempeln? Aus Andy Normans Sicht hätte es damit seinen Anfang genommen, wäre er nicht eingeschritten.

Andy Norman, der große Planer, hatte nämlich eine geradezu pfundbringende Idee: Sebastian Coe, der englische Weltrekordhalter über 800 Meter, sollte gegen Joaquin Cruz antreten, den Olympiasieger über 800 Meter. Doch Cruz wollte nicht. Er wollte stattdessen über 1000 Meter starten – aber nicht gegen Coe. Und er wollte dafür mehr als die vereinbarte Gage von 12 000 Dollar haben – und eine bessere Unterkunft. Armer Cruz! Er hat die Europäer noch immer nicht begriffen. *Er glaubt*, was diese *Leute* sagen, habe Gültigkeit – ewig und drei Tage lang ...

Denn diese Angelegenheit hat schließlich eine Vorgeschichte. Im vorigen Jahr nämlich wollte Cruz ebenso wie der Marokkaner Said Aouita in Zürich gegen Sebastian Coe antreten. Damals teilte ihnen der Zürcher Veranstalter Res Brügger brüsk *mit*, Coe akzeptiere die beiden nicht als direkte Konkurrenz in einem Rennen. Außerdem – so drohte Normans lieber Freund Brügger – brauche derjenige sich ohnehin nie mehr in *Zürich* blicken zu lassen, der Coe vor die Füße laufe, sprich: ihn besiege.

Die letzte Maske war gefallen, das war Leistungssport pervers.

Cruz und Aouita lamentierten damals lange über die verdorbenen Krämerseelen der Europäer und schworen sich dann, künftig genauso zu handeln. Denn sonst kämen *sie ja auf keinen grünen Zweig*. In London hat es Cruz versucht. Er wollte nur so handeln, wie die Europäer.

Wäre Cruz nicht Brasilianer, sondern *Rumäne und auch kein Mann*, sondern eine Frau, dann hätte ihn Andy Norman für sein Verhalten belobigt. Öffentlich und unter dem Tisch mit einem Bündel Pfundnoten. Da war nämlich noch eine Olympia-Revanche, zwischen der Amerikanerin Mary Decker-Slaney und Zola Budd, der Südafrikanerin mit britischem Paß. Dabeisein wollte auch Olympiasiegerin Maricica Puica aus Rumänien. Sie hatte Zola Budd noch in Helsinki gezeigt, wie man richtig rennt.

Norman regelte die Sache auf seine Weise. Er bot der Rumänin 2000 Dollar Startgage, noch nicht einmal den zehnten Teil des Decker- und Budd-Salärs. Die Rumänin blieb daheim. Ob sie Joaquim Cruz begreifen kann? KLAUS BLUME

LEICHTATHLETIK / Mary Decker gegen Zola Budd – ein Werbelauf ohne sportlichen Wert

Die gute Nachricht: Diesmal fiel niemand hin Die schlechte Nachricht: Es gab nur Verlierer

TONY KORNHEISER, *London*

Erst die gute Nachricht: Niemand fiel hin. Und nun die schlechte Nachricht: Weil niemand hinfiel, mußte man sich die gesamten 3000 Meter ansehen. Mary gegen Zola, zweiter Teil: Es sollte eins der größten Rennen aller Zeiten werden. Doch es wurde nicht einmal eins der besten Rennen dieser Woche. Rund 200 Millionen TV-Zuschauer in aller Welt und 9000 im Londoner Crystal Palace waren Augenzeuge einer Olympia-Revanche, die keine war. Mary Decker-Slaney siegte zwar, lief mit 8:32,91 Minuten auch die schnellste 3000-m-Zeit dieses Jahres, doch gewonnen hat sie nichts. Das Nicht-Rennen hatte nur Verlierer.

Vor elf Monaten waren die Doppel-Weltmeisterin aus den USA und die im Eilverfahren in Großbritannien eingebürgerte Südafrikanerin Zola Budd im ungünstigsten Moment kollidiert – im 3000-m-Finale bei den *Olympischen Spielen von Los Angeles*. Die Favoritin war gestürzt, hatte geweint und zunächst alle Schuld auf die 18 Jahre alte „Barfuß-Elfe" abgewälzt. Zeitlupenbilder bewiesen das Gegenteil. Zola Budd war *zwar* weiter gelaufen, doch halbherzig: Sie hatte ihr Idol stürzen sehen, da fehlte die innere Kraft für mehr als Platz sieben.



„Ich bin froh, daß alles vorüber ist." – Mary Decker-Slany (links) und Zola Budd nach dem Lauf von London. FOTO: AP

Doch der Stoff, aus dem ein Drama *ist*, ließ die Sportwelt *nicht ruhen*, vor allem den Fernseh-Giganten ABC nicht. Am Samstag war es dann soweit, die Revanche war angerichtet. Je 25 000 Dollar von ABC erleichterten den beiden Frauen die Zustimmung zu diesem Rennen, Mary Dekker-Slaney soll außerdem noch ein Startgeld von 35 000 Dollar erhalten haben. Doch schon hier war der Beigeschmack mehr als bitter. Zu einer Revanche hätte auch die in glänzender Form befindliche rumänische Olympiasiegerin Maricica Puica gehört, von den anderen Medaillengewinnerinnen ganz zu schweigen. Doch ABC wollte nur „Mary gegen Zola" und sonst nichts. Um Puica *auszubooten, machte der TV-Gigant* eine beleidigende Offerte: Für die Entsendung einer kompletten Mannschaft mit der Olympiasiegerin wurde dem rumänischen Verband ein Start*geld von 2000 Dollar geboten*. Die erwünschte Absage kam prompt.

Über den Ausgang des Rennens bestand schon vorher Klarheit. Zola Budd: „Ich werde verlieren." Und so geschah es dann auch: Fünf Runden lang hielt sie sich knapp hinter oder an der Seite von *Mary Decker-Slaney*, dann war die Kraft weg. Am Ende reichte es für Zola Budd nur zum vierten Platz, 70 Meter hinter der Siegerin. Über das Rennen sagte Mary Decker-Slaney *hinterher*: „Hätte ich nicht selbst laufen müssen, hätte ich mir dieses Rennen höchstens im *Fernsehen angesehen. Selbst wenn* ich in London wohnen würde, wäre ich nicht ins Stadion gegangen." Die Feindseligkeiten, wenigstens die, scheinen begraben. Vor dem Lauf ein *Handschlag: „Alles Gute, viel Erfolg."* Nach dem Rennen noch ein Handschlag: „Prima Rennen, bist gut gelaufen." Zola Budd war mit ihrer Leistung zufrieden, doch wichtig war *ihr nur eins: „Ich bin froh, daß* alles vorüber ist." Die Siegerin erkannte: „Bewiesen hat das alles nichts." Oder vielleicht doch dieses: Wenn Sport ausschließlich vom Geschäft be*stimmt wird, schaufelt er sich sein* eigenes Grab.

*

Autor Tony Kornheiser ist Sportredakteur der Washington Post.

Sebastian Coe vorne

Neben Mary Decker-Slaney ließen sich zwei weitere Amerikaner in London als große Sieger feiern. Steve Scott gewann das hochklassige 3000-m-Rennen der Männer (7:43,79 Minuten) und Jim Howard den Hochsprung (2,34 m). Steve Cram begnügte sich vier Tage nach seinem 1500-m-Weltrekord (3:29,67 Minuten) mit einem leichten Meilensieg in 3:56,13 Minuten. Den 800-m-Lauf der Männer gewann der britische Weltrekord-Läufer Sebastian Coe in 1:44,34 Minuten.

Für die Höhepunkte des ersten Tages hatten Australiens Olympia-Finalist Darren Clark mit 44,80 Sekunden über 400 m sowie die beiden Sowjetrussen Sergej Bubka (5,80 m im Stabhochsprung) und Jury Sedych (82,70 m im Hammerwerfen) gesorgt. Bubka hatte dreimal vergeblich die neue Weltrekord-Höhe von 6,02 m auflegen lassen und sollte am nächsten Tag noch einmal springen. Er meldete sich dann jedoch verletzt.

FUSSBALL / Klubs noch nicht in Schwung

Schwere Beine, weiche Knie und viele Fouls

sid/dpa, **Bonn**

In drei Wochen beginnt die 23. Saison der Fußball-Bundesliga. Noch liegt das Hauptaugenmerk der Trainer darauf, die Spieler bis zu diesem Zeitpunkt in die bestmögliche konditionelle Verfassung zu bringen. Derzeit scheinen die Profis aber bei dieser harten Arbeit schwere Beine und weiche Knie zu bekommen, denn anders sind die *teilweise* schwachen Vorstellungen in der Intertoto-Runde kaum zu erklären. Lediglich die beiden Bundesliga-Absteiger Eintracht Braunschweig und Arminia Bielefeld *konnten für positive Schlagzeilen* sorgen. Vizemeister Werder Bremen und Fortuna Düsseldorf dagegen mußten gleich deftige Niederlagen hinnehmen.

Die *meiste Aufregung* gab es beim Spiel von Eintracht Braunschweig gegen Viking Stavanger. Hektik, böse und viele Fouls, drei Elfmeter, zwei Platzverweise und sieben Verwarnungen sind eine schlimme Bilanz der Begegnung, die die Braunschweiger in Helmstedt mit 6:3 (3:2) gewannen. Mittelstürmer Sjoeveland und Mittelfeldspieler Anderson vom norwegischen UEFA-Cup-Teilnehmer wurden vom Hamburger Bundesliga-Schiedsrichter Udo Horeis vom Platz gestellt. Die Tore für die Braunschweiger erzielten Ellmerich (3, davon zwei Elfmeter), Posipal, Gorski *und Tripbacher. Braunschweig* liegt nun mit 4:4-Punkten auf Platz drei der Gruppe fünf. Es führt Wismut Aue (5:3) nach einem 4:2-Erfolg über Slavia Prag. Die Braunschweiger besitzen noch die Chance auf den Gruppensieg und die damit verbundene Prämie von 15 000 Schweizer Franken.

Von den Klubs aus der Bundesliga darf außerdem noch Werder Bremen mit einem Gruppensieg rechnen, obwohl die Mannschaft von Trainer Otto Rehhagel die erste Niederlage hinnehmen mußte. *Vor 3000 Zuschauern* gab es in Svenstorp gegen Malmö FF gleich eine deutliche 1:5-Niederlage. Nationalspieler Rudi Völler hatte die Bremer in der 20. Minute sogar mit *1:0 in Führung gebracht. Manager* Willi Lemke meinte zu der ersten Niederlage in der Intertoto-Runde: „Malmö hat uns eine Lehrstunde erteilt. Wir haben saft- und kraftlos agiert." *Die Bremer haben bei 4:2-Punkten* nun zwei Punkte Rückstand auf das schwedische Team, das am nächsten Sonntag im niedersächsischen Twistringen zum Rückspiel erwartet wird. *Doch fraglich ist, ob Rudi Völler in* diesem vorentscheidenden Spiel um den Gruppensieg mitwirken kann. Denn der Mittelstürmer mußte in Malmö wegen einer Zerrung in der Halbzeit in der Kabine bleiben.

Keine Chance mehr auf Platz eins besitzt Arminia Bielefeld trotz des 1:0-Erfolges über Beitar Jerusalem. Nach dem Spiel in Heidenoldendorf *stellte Trainer Gerd Roggensack* trotzdem fest: „Wir haben den Tiefpunkt, den wir beim 0:2 gegen Sturm Graz erkennen mußten, noch nicht überwunden." Den Treffer vor 2000 Zuschauern erzielte der von Bayer Leverkusen ausgeliehene Stephan Kohn in der 70. Minute bei seinem ersten Einsatz für den Bundesliga-Absteiger.

Was Fortuna Düsseldorf bei der 0:3-Niederlage in Ratingen gegen Rot-Weiß Erfurt bot, war bestimmt nicht dazu angetan, die Fans für die neue Saison neugierig zu machen. Schon das Hinspiel in der „DDR" wurde mit 1:6 verloren. Besonders enttäuschend spielte für Düsseldorf Calle Del'Haye, der vom FC Bayern München gekommen ist. Fortuna-Trainer Dieter Brei war von der Leistung des früheren Nationalspielers so wenig angetan, daß er ihn in der Halbzeitpause in der Kabine ließ.

ZAHLEN • • • • • • ZAHLEN • • • • • • ZAHLEN • • • • • •

FUSSBALL

Intertoto-Runde, 4. Spieltag: Gruppe 1: Malmö – Bremen 5:1, Jena – Antwerpen 2:0. – Gruppe 2: Düsseldorf – Erfurt 0:3, FC Lüttich – Enschede 1:0. – Gruppe 3: Göteborg – Posen 0:2, Bröndby Kopenhagen – Wacker Wien 3:1. – Gruppe 4: Stockholm – Bohemians Prag 2:1, St. Gallen – Szekesfehervar 2:3. – *Gruppe 5: Aue – Slavia Prag* 4:2, Braunschweig – Stavanger 6:3. – Gruppe 6: Sparta Prag – Zürich 1:1, BK Kopenhagen – Danzig 4:1. – Gruppe 7: Zabrze – Aarhus 2:1, Zalaegerszeg – Bern 4:0. – Gruppe 8: Bielefeld – Jerusalem 1:0, Graz – Haifa 1:2. – Gruppe 9: Vejle – *Ostrau 1:0*, Sofia – *Linz 4:1*. – Gruppe 10: Oslo – Hammarby 4:2, Dozsa Budapest – Eisenstadt 3:0. – Gruppe 11: Aarau – Kristiansand 4:2, MTK Budapest – Burgas 5:1. – **Freundschaftsspiele:** Lörrach/Stetten – Hamburg 1:12, Kusel – Aachen 1:6, Herdorf – Frankfurt 0:8, Lehnsahn – Hertha BSC 0:8, Marathon Krefeld – Uerdingen 0:13, Hildesheim – Dortmund 0:3, Baumberg/Monheim – Leverkusen 2:11, Hatzenbühl – München 1:6, Lohne – Hannover 1:5, Altshausen – Stuttgart 0:14, Worms – Kaiserslautern 0:2, Villingen – Hamburg 0:4, Weißenthurm – Mönchengladbach 1:9, Wattenscheid – Bochum 3:1, Hänigsen – Dortmund 0:8, Baunatal – Köln 0:5, Obersteirische Bezirksauswahl – Nürnberg 0:6, Gleschendorf – Hertha BSC 0:7, Grünstadt – Aachen 1:2, Lüttringhausen – Standard Lüttich 3:0, Korbach – Kassel 1:7. – **WM-Qualifikation**, Asienzone, zweite Runde, Gruppe 3: Südkorea – Indonesien 2:0. – **Rhein-Neckar-Pokal-Turnier** in Mannheim: Spiel um Platz 3: Waldhof Mannheim – Wacker Innsbruck 2:1. – *Finale: VfR Mannheim* – Bürstadt 2:1.

MOTOR

Großer Motorrad-Preis von Frankreich in Le Mans, Klasse bis 80 ccm (17 Rd. = 72,08 km): 1. Nieto (Spanien) Derbi 32:43,35 Min., 2. Dörflinger (Schweiz) Krauser 32:56,46, 3. van Kessel (Holland) Casal 33:06,63, 4. Velay (Frankreich) Casal 33:06,86, 5. Waibel (Deutschland) Seel 33:07,50, 6. Domingo (Spanien) Audisa 33:11,37, ... 13. Schirnhofer, Krauser, ... 18. Bay, Rupp, ... 21. Auer, Eberhardt, ... 25. Engl (alle Deutschland) Esch-SEB. – WM-Stand nach sechs von sieben Läufen: 1. Dörflinger 76 Punkte, 2. Martinez (Spanien) Derbi 52, 3. Kafka (Österreich) Seel 42, 4. Herreros (Spanien) Derbi 40, 5. Waibel 32. – Klasse bis 125 ccm (22 Runden = 93,28 km): 1. Gianola auf Garelli 39:11,68 Min., 2. Gresini (beide Italien) Garelli, 3. Kneubühler (Schweiz) LCR 39:23,87, 4. Brigaglia MBA 39:26,52, 5. Bianchi (beide Italien) MBA 39:28,96, 6. Selini (Frankreich) MBA 39:33,53, ... 25. Lökcke (Deutschland) MBA. – WM-Stand nach sieben von zehn Läufen: 1. Gresini 76, 2. Bianchi 75, 3. Gianola 57, 4. Kneubühler 50.

WASSERBALL

Sechs-Länder-Turnier in Konstanz: Deutschland – Australien 13:9, UdSSR – Spanien 12:7, Jugoslawien – Frankreich 15:4, Jugoslawien – Deutschland 7:6, Spanien – Frankreich 10:6, UdSSR – Australien 11:6.

LEICHTATHLETIK

8. **Grand-Prix-Fest** in London, erster Tag, Männer: 400 m: 1. Clark (Australien) 44,80 Sek. – 800 m: 1. Coe (England) 1:44,34, 2. Barbosa (Brasilien) 1:45,11, 3. Marshall 1:45,25. – 1500 m: 1. Flynn (Irland) 3:37,96. – 5000 m: 1. Muir (England) 13:33,65, ... 3. Wessinghagen (Deutschland) 13:33,79. – Stabhoch: 1. Bubka (UdSSR) 5,80, 2. Tulley (USA) 5,70, 3. Krupski (UdSSR) 5,60. – Dreisprung: 1. Banks 17,05, 2. Joyner (beide USA) 16,90, 3. Jaros (Deutschland) 16,70. – Hammer: 1. Sedych (UdSSR) 82,70. – Speer: 1. Vilhjalmsson (Island) 89,06, 2. Ottley (England) 88,90. – *Zweiter Tag*: Eine engl. Meile: 1. Cram (England) 3:56,13. – Hochsprung: 1. Howard (USA) 2,34, 2. Ottey (Kanada) 2,31. – **Frauen:** 800 m: 1. McDermott (England) 1:59,26, ... 7. Klinger (Deutschland) 2:02,00. – 400 m Hürden: 1. Brown-King (USA) 54,92. – Hochsprung: *1. Bykowa (UdSSR) 1,95, 2. Ritter* (USA) 1,95, 3. Brill (Kanada) 1,95. – Zweiter Tag: 3000 m: 1. Decker-Slaney (USA) 8:32,91 (Jahres-Weltbestzeit), 2. Bürki (Schweiz) 8:37,81, 3. Kristiansen (Norwegen) 8:40,34, 4. Budd (England) 8:45,43. – Kugel: 1. Fibingerova (CSSR) 20,04.

TISCHTENNIS

Europameisterschaft für Nachwuchsspieler in Den Haag, Mädchen-Einzel: Nemes (Deutschland) – Ojstersek (Jugoslawien) 21:9, 21:14. – Doppel: Kasalova/Davidkova (CSSR) – Nemes/Nolten (Deutschland) 21:7, 21:12.

TENNIS

Internationale Meisterschaften in Bastad: Herren-Einzel, Halbfinale: Wilander (Schweden) – Keretic (Deutschland) 6:3, 4:6, 6:4. – ***Internationales Damen-Turnier*** *in Bregenz*: Halbfinale: Ruzici (Rumänien) – Keppeler (Deutschland) 6:2, 6:4. – **Damenturnier** in Newport, Viertelfinale: Pfaff (Deutschland) – Cordwell (Neuseeland) 6:4, 6:3.

MILITARY

Internationale Deutsche Meisterschaft in Walldorf/Heidelberg, Gesamtklassement nach Dressur und Geländeritt: 1. van der Schans (Holland) mit Mistral 53,2 Punkte, 2. Stolle (Westerstede) mit Obidiah Ghossip *54,0, 3. Ehrenbrink (Warendorf) mit* Huntsman 60,8, 4. Richter (Düsseldorf) mit Nurmi 65,2, 5. Koch (Waiblingen) mit Davidoff 67,2.

FECHTEN

41. **Weltmeisterschaften** in Barcelo*na*, Säbel-*Mannschaft: Viertelfinale:* Frankreich – Italien 8:8 (57:59), Ungarn – Polen 9:6 (UdSSR und Bulgarien hatten Freilos). – Halbfinale: UdSSR – Frankreich 9:3, Bulgarien – Ungarn 9:6. – Finale: UdSSR – Bulgarien 8:6; um den dritten Platz: Ungarn – Frankreich *9:6, 5.* Italien, 6. Polen, 7. Deutschland.

GOLF

114. **Open Championship** in Sandwich/England: Stand nach der dritten von vier Runden (Par 70): 1. Langer (Deutschland) 72+79+68=209 Schläge, *Graham (Australien) 68+71+70=209, 3.* Lyle (Schottland) 68+71+73=212, O'Connor jun. (Irland) 64+76+72=212, Woosnam (England) 70+71+71=212, O'Meaa (USA) 70+72+70=212, 7. Kite (USA) 73+73+67=213, Jacobsen (USA) 71+74+68=213, 9. Norman (Australien) 71+72+71=214, Weibring jun. (USA) 69+71+74=214.

RAD

72. Tour de France, 21. Etappe, Einzelzeitfahren in Limousin (45,7 km): 1. Lemond (USA) 1:02:51 Std., 2. Hinault (Frankreich) 1:02:56, 3. Anderson (Australien) 1:03:22, 4. Kelly 1:03:45, 5. Roche (beide Irland) 1:03:50. – Gesamtwertung: 1. Hinault 108:10:27 Std., 2. Lemond 1:54 Min. zur., 3. Roche 4:29, 4. Kelle 6:26, 5. Anderson 7:44, 6. Delgado (Spanien) 11:53. – **Junioren-WM** in Stuttgart: Vierer-Mannschaftsfahren über 70 km: 1. Italien 1:21,16,99 Std., 2. UdSSR 1:22,41,39, 3. Holland 1:23,48,87, 4. „DDR" 1:24,10,44, 5. England 1:24,31,07, 6. CSSR 1:25,31,56, ... 12. Deutschland (Schleicher, Klaus, Dittberner, Klebsch) 1:27,38,40.

GALOPP

Rennen in Düsseldorf: 1. R.: 1. Paraklet (J.C. Dettori), 2. Ostgote, 3. Intschu Tischuna, Toto: 40/12, 10, 11, ZW: 116, DW: 272, 2. R.: 1. Organistin (P. Faulstich), 2. Strabo, 3. Katmai, Toto: 144/26, 21, 26, ZW: 636, DW: 10 472, 3. R.: 1. Königsfarm (*P. Alafi*), 2. Socke, 3. Liederprinz, Toto: 60/21, 20, 13, ZW: 832, DW: 2448, 4. R.: 1. Noble Son (E. Schindler), 2. Carolus Rex, 3. Schwanensee, Toto: 152/34, 22, 34, ZW: 640, DW: 7008, 5. R.: 1. Agimo (R. Suerland), 2. Nashville, 3. Ben Cara, Toto: 20/15, 17, —, ZW: 68, DW: 172, 6. R.: 1. Nouva Stella (L. Mäder), 2. Kaiserfahrt, 3. Alfarata, Toto: 60/22, 14, 78, ZW: 348, DW: 22 256, 7. R.: 1. Sovereign (F. Puchta), 2. Beretta, 3. Obligado, Toto: 96/34, 50, 30, ZW: 1896, DW: 17 676, 8. R.: 1. Stroganow (B. Selle), 2. Santa Isnah, 3. Gstaad, Toto: 172/46, 50, 30, ZW: 5496, DW: 61 876, 9. R.: 1. Golden Berry (G. Ording), 2. New Commander, 3. Once Again, Toto: 17/11, 17, —, ZW: 112, DW: 248, 10. R.: 1. Libertas (H. Horwart), 2. Lover, 3. Feuerschuh, Toto: 140/30, 21, *34, ZW: 1244, DW: 17 776.*

GEWINNZAHLEN

Lotto: 2, 15, 16, 22, 30, 35, Zusatzzahl: 7. – **Spiel 77:** 7 5 9 0 2 9 5. (Ohne Gewähr).

TISCHTENNIS

Nemes: Gold und Silber

dpa/sid, **Den Haag**

Je einmal Gold, Silber und Bronze: Das ist die Medaillenausbeute für den Deutschen Tischtennis-Bund (DTTB) nach den 28. Jugend-Europameisterschaften in Den Haag. Gold und Silber holte die ehemalige Rumänin Olga Nemes. Die 17jährige, die jetzt für *Saarbrücken spielt, sicherte sich mit* einem 21:9 und 21:14 über die gleichaltrige Vesna Ojstersek aus Jugoslawien den Titel im Einzel.

Zusammen mit Katja Nolten (Duisburg) gelangte Olga *Nemes, die nun* bereits fünfmalige Europameisterin ist, auch im Doppel ins Endspiel. Hier unterlagen die Deutschen Renata Kawalova und Daniela Davidkova (CSSR) glatt mit 7:21, 12:21.

Als Dritte im Einzelwettbewerb – nach Siegen über Svensson (Schweden) und die Mitfavoritin Batorfi (Ungarn) – kam auch Katja Nolten zu ihrer zweiten Medaille. Die 15jährige scheiterte erst im Halbfinale an Ojstersek.

Das insgesamt zumindest in den Mädchen-Wettkämpfen erfreuliche Abschneiden in Den Haag kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland in der Gefahr befindet, Boden zu verlieren. Olga Nemes wird nun aus dem Jugendkader ausscheiden. Eva Jeler, *Bundestrainerin im* DTTB: „Wir müssen alles daran setzen, daß der Zug nicht ohne uns abfährt." Es müsse unter anderem ein noch engerer Kontakt zu den Chinesen *geknüpft* werden.

RADSPORT

Titel für Italiener

sid, **Stuttgart**

Zum Auftakt der Rad-Weltmeisterschaften der Junioren in Stuttgart holte Italiens Straßen-Vierer die erste Goldmedaille. Der Nachwuchs des Olympiasiegers von Los Angeles verwies in 1:21:16,9 Stunden auf der 70-Kilometer-Distanz Titelverteidiger Sowjetunion (1:22:41,3) und die Niederlande (1:23:48,8) auf die nächsten Medaillen-Ränge. Das Quartett des Bundes Deutscher Radfahrer (BDR) belegte wie im vergangenen Jahr im *französischen Caen in 1:27:38,4 Stunden* nur den zwölften Platz und blieb hinter den Erwartungen zurück.

Vor 5000 Zuschauern erreichten die körperlich sehr robusten Italiener eine für die 17- und 18jährigen Teilnehmer erstklassige Durchschnitts-Geschwindigkeit von 51,743 km/Std. Sie konnten dabei auf das neueste Material mit Karbonfieberscheiben verkleideten Rädern, *stromlinienförmigen* Helmen und Hornlenker zurückgreifen. Selbst die Sonnenbrillen waren aerodynamisch geformt. Der sowjetische Vierer, der bei den Junioren-Titelkämpfen bislang viermal auf der Straße die Goldmedaille gewann, trat dagegen mit gewöhnlichen Rädern an.

Insgesamt 21 Mannschaften waren im Neckar-Stadion an den Start gegangen. Der deutsche Vierer mit Schleicher (Schlüchtern), Klaus (Berlin), Klebsch (Rastatt) und Dittberner (Bremen) blieb über sechs Minuten *hinter den Italienern zurück.*

Nach langem, erfülltem Leben starb unser Vater

Hasso v. Petersdorff

Oberst a. D.

* 23. 8. 1899 Gumbinnen † 18. 7. 1985 Boye

Wir trauern um ihn.
Im Namen seiner Freunde und Verwandten.

Die Kinder
Hans Hasso v. Petersdorff
Henning v. Petersdorff
Dr. Annette v. Petersdorff

31 Celle/Boye, Fuhrenstieg 2

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 25. Juli 1985, um 13.30 Uhr in der Kapelle des Stadtfriedhofs Celle, Lüneburger Heerstraße.

FECHTEN / Beste deutsche Bilanz aller Zeiten bei Weltmeisterschaften

Emil Beck trieb Degen-Fechter mit harten Worten doch noch ins Finale

GREGOR DERICHS, Barcelona

Emil Beck zog alle Register, um seine Degenfechter zu motivieren. Die Mannschaftssitzung am Abend vor dem Finaltag dauerte nur fünf Minuten. Nur der Bundestrainer strafte seine Fechter mit Liebesentzug. „Ich fordere von euch eine Medaille. Die Probleme in der Mannschaft könnt ihr selbst ausräumen. Sonst noch Fragen?", donnerte der Franke im Fernsehraum des Hotels „Hesperia" in Barcelona seinen fünf Athleten entgegen. Weder die Routiniers Alexander Pusch und Volker Fischer, denen er besonders die Leviten las, hatten etwas einzuwenden, noch die WM-Neulinge Achim Bellmann, Thomas Gerull und Arnd Schmitt. Beck verließ den Raum und kehrte zu seinen an der Hotelbar wartenden Gästen zurück. Die Stimmung wollte sich der Tauberbischofsheimer an seinem 50. Geburtstag nicht verderben lassen.

Mit seinem psychologischen Schachzug trieb der durchtriebene Franke seine Schützlinge in das Finale (bei Redaktionsschluß noch nicht beendet). Die sechste Medaille wollte der ehrgeizige Bundestrainer unbedingt gewinnen. Schon vor dem Kampf um das Degen-Gold gegen den 16maligen Weltmeister Italien stand fest, daß der deutsche Fechter-Bund (DFB) bei der WM in Barcelona das beste Resultat seiner Geschichte erreichte. „Das ist die WM der Superlative. Erfolgreicher kann man nicht sein", meinte Beck. Nach einem 9:2 über Südkorea im Viertelfinale setzte sich der Mannschafts-Olympiasieger im Halbfinale gegen die UdSSR mit 9:6 durch. Alexander Pusch, besonders hart getroffen von Becks Entzug der Aufmerksamkeit und Anerkennung, zeigte seine beste Leistung am letzten WM-Tag. Im Einzel-Turnier hatte der zweimalige Weltmeister und Olympiasieger von 1976 nur den 13. Rang belegt. Im Achtelfinale am Samstag beim knappen 8:5 gegen Österreich hatte der 30jährige gegen die international nur zweitklassigen Katzlberger und Strohmeyer peinliche Niederlagen bezogen. „Du bewegst dich nicht. Du stehst da wie eine Mauer", rief Beck und wechselte Pusch aus. „Das wird er mir nie verzeihen", sagte der Bundestrainer, der Pusch für die Medaillenjagd in der letzten Zeit häufiger unter Druck setzt. Schon beim Sieben-Nationen-Turnier in Tauberbischofsheim, dem letzten Mannschaftstest für die WM, hatte Beck auf seinen ehemaligen „Lieblingsschüler" verzichtet. „Nach 16 Jahren Zusammenarbeit hat mich das verletzt", meinte damals Pusch. „Am nächsten Tag hat er mir die beste Fecht-Lektion geliefert seit seinem Weltmeisterschaftsgewinn 1978", sagte Beck.

Vor dem Finaltag setzte Bundestrainer Beck seinen Fechtern wieder die Daumenschrauben an. Fischer und Pusch deutete er an, daß Barcelona ihre letzte WM sei. „Der wird sich auf den Knien zerreißen und fechten wie ein Teufel", meinte Beck über Pusch. „Die Reflexe stimmen nicht und mir schwimmt alles vor den Augen", meinte der sechsmalige deutsche Meister vor dem Drittelfinale gegen Südkorea, in dem er erneut zwei Niederlagen bezog. Im Halbfinale aber ebnete der „weltbeste Techniker" (Beck über Pusch) mit vier Siegen den Einzug in den Endkampf.

Einen handfesten Skandal gab es kurz vor Beendigung des Kampfes. Die deutsche Mannschaft feierte schon einen 9:5-Sieg, Emil Beck eilte vor die Rundfunkmikrophone, als der Sowjetrusse Alexander Mojajew reklamierte, sein Körperkabel für die elektrische Anzeige sei defekt. „Du bist ein Gauner", schrie der aufgebrachte Beck, der dem UdSSR-Fechter unterstellte, er habe den Defekt selbst herbeigeführt. Erst nach 20minütiger Unterbrechung wurde der Kampf wieder aufgenommen. Diesmal setzte Mojajew den Treffer zum 5:4 gegen Thomas Gerull, der Ausgang des Gefechtes war mit 8:6 wieder offen. Der deutsche Meister Bellmann, im vergangenen Jahr noch im Olympia-Team der Modernen Fünfkämpfer, mußte noch einmal auf die Planche. Der 27jährige, kurz zuvor nur eingewechselt für den Junior Arnd Schmitt, machte gegen Andrej Schuwalow mit einem 5:1-Erfolg den entscheidenden Punkt zum 9:6-Sieg über die UdSSR.

Für den Deutschen Fechter-Bund war mit der Finalteilnahme die sechste Medaille unter Dach und Fach. Nie waren die deutschen Fechter bei einer WM erfolgreicher, sogar das glänzende Olympia-Resultat von Los Angeles mit zwei Gold- und drei Silbermedaillen wurde übertroffen. Auch gegen die starken Ostblockländer, die Los Angeles boykottierten, gab es Siege. Eigentlich als „Aufbau"-WM in Hinsicht auf Olympia 1988 in Seoul konzipiert, war die 20köpfige Mannschaft, in der neun Neulinge standen, überaus erfolgreich. „Wenn mir das einer vorausgesagt hätte, wäre ich gar nicht nach Barcelona gereist," meinte Bundestrainer Beck. Angereist war die DFB-Equipe, um zwei Medaillen zu holen. Beck's Motivationskünste trugen dazu bei, daß es dreimal so viel wurden.

Mit sechs Plätzen unter den ersten Drei gewann die deutsche Mannschaft die meisten Medaillen in Barcelona: Zwei Gold-, zwei Silber, eine Bronzemedaille (vor dem Degenfinale). Italien (2/1/1), Ungarn (1/1/1), die UdSSR (1/0/2), Frankreich (1/0/1), Bulgarien (0/2/1) und die CSSR (0/1/1) folgen erst danach. Besonders hoffnungsvoll: Neun Neulinge kamen im deutschen Team zum Einsatz.

TENNIS

Zweimal im Halbfinale

dpa/sid, Bastad/Newport

Der Stuttgarter Damir Keretic ist im Halbfinale der internationalen schwedischen Meisterschaften in Bastad mit 3:6, 6:4, 4:6 am großen Favoriten Mats Wilander gescheitert. Trotz der Niederlage bei dem mit 100 000 Dollar dotierten Turnier zeigte der 25jährige eine beherzte Partie gegen den schwedischen Weltranglisten-Dritten.

Keretic, der auf der internationalen Bestenliste bisher auf Platz 114 zu finden war, gab im ersten Satz sein Aufschlagspiel zum 2:4 ab. Anschließend gelang es ihm, gegen den an Nummer eins gesetzten Wilander den zweiten Satz für sich zu entscheiden. Den dritten und entscheidenden Durchgang holte sich Wilander nach wiederum hart umkämpften Spielen. Er trifft im Finale auf seinen Landsmann Stefan Edberg. Nach seiner Halbfinalteilnahme und dem vorangegangenen Viertelfinalsieg über den Schweden Hendrik Sundström dürfte Keretic wieder unter die ersten 100 der Weltrangliste zurückgekehrt sein.

Ebenfalls bis ins Halbfinale gelangte Eva Pfaff aus Königstein beim internationalen 150 000-Dollar-Turnier in Newport. Hier unterlag die 24jährige Chris Evert-Lloyd mit 5:7, 2:6. Die amerikanische Weltranglisten-Erste und diesjährige Wimbledon-Finalistin spielt im Finale gegen ihre Landsmännin Pam Shriver, die sich gegen die Australierin Wendy Turnbull durchsetzte.

Lange konnte die ungesetzte Eva Pfaff das Match gegen Chris Evert-Lloyd offen gestalten. Im ersten Satz erspielte sie sich, nachdem sie im Turnier bis dahin keinen Satz abgegeben hatte, sogar drei Satzbälle, konnte sie aber nicht verwandeln. Im zweiten Durchgang hatte die Amerikanerin weniger Mühe und verwandelte den vierten Matchball zum glatten 6:2.

MILITARY / Reiter schonten ihre Pferde

Keine Klarheit um das Team für die Europameisterschaft

dpa/sid, Walldorf

Vor einem Jahr starb die Würzburgerin Sonja Sterzinger bei der deutschen Military-Meisterschaft in Achselschwang; sie wurde von ihrem Pferd erdrückt. Bei den diesjährigen deutschen Titelkämpfen im badischen Walldorf stürzten acht Reiter. Am Start waren 52 Pferde, acht fielen aus, mehr als bei solchen Veranstaltungen üblich. Aber Sensationen hatte die Vielseitigkeitsprüfung in Walldorf diesmal nicht zu bieten: Keine gebrochenen Knochen, keine blutenden Gesichter, keine ausgepumpten Pferde.

Die deutschen Reiter werden die erste Military-Meisterschaft nach den Olympischen Spielen von Los Angeles so schnell nicht vergessen. War sie vor einem Jahr noch Gewinner der Bronzemedaille, so spielte die Equipe der Erfahrenen in Walldorf keine große Rolle mehr – obwohl die Meisterschaft für die deutschen Aktiven auch Sichtung für die Europameisterschaft Anfang September im englischen Burghley war.

Ex-Meister Claus Erhorn (Luhmühlen) blieb mit Fair Lady gleich zu Hause, er ist schon für Burghley qualifiziert. Die Aktiven, die am Start waren, konnten sich unter einer Sichtung wenig vorstellen. Helmut Rethemeier: „Ich habe gefragt, und als Antwort erhielt ich keine Antwort." Nach dem Geländeritt lag der Vize-Weltmeister mit Santiago als einziger der erfolgreichen „Alten" auf einem der aussichtsreichen Plätze (Rang acht).

Bettina Overesch (Rheine), Mitglied der Bronze-Equipe von Los Angeles: „Ich habe gefragt, ob ich auf Order reiten soll, also verhalten und dann dennoch meine Chance für Burghley erhalte. Darauf wurde mir vom Bundestrainer gesagt, ich solle verhalten reiten. Als ich weiter fragte, ob ich dann als 20. der Meisterschaft auch noch eine Chance hätte, sagte man mir: dann nicht."

Das unerwartet schlechte Abschneiden der Bronze-Crew in der Geländeprüfung von Los Angeles wirbelte sämtliche Prognosen durcheinander. Nach Dressur und Cross-Reiten lag der Holländer Wout van der Schans auf Mistral mit 53,2 Strafpunkten an erster Stelle vor Jörn Stolle (Westerstede/Oldenburg) auf Obidiah Ghossip (54,0 Punkte) und dem Warendorfer Ralf Ehrenbrink auf Huntsman (60,8 Punkte). Der 24jährige Ehrenbrink, der nach der Dressur an erster Stelle gelegen hatte, belegte mit seiner Stute Bettina außerdem den sechsten Platz.

Das Erfolgsteam von Los Angeles machte in erster Linie durch vorzeitiges Aufgeben von sich reden. Dietmar Hogrefe (Hövelhof) zog seinen Holsteiner Foliant nach der Dressur zurück, da der Wallach noch unter den Nachwirkungen eines Blutergusses litt. Bettina Overesch, erste Anwärterin auf den Meisterschaftstitel in Walldorf, wurde in Absprache mit dem Tierarzt vor Beginn des Querfeldein-Ritts über 30 Hindernisse auf einer Länge von 6,5 km herausgenommen. Bettina Overesch: „Mir ist mein Peacetime viel zu lieb, als das ich ihn quäle."

Burkhard Tesdorpf (Bad Oldesloe) war nach einem Sturz bei der vorausgegangenen Prüfung beim Geländeritt gar nicht mehr am Start. Aufgegeben hatte im Gelände auch der Sassenberger Rüdiger Schwarz auf Sugril, nachdem er sich bei einem Sturz an der rechten Hand verletzt hatte und das Pferd nicht mehr steuern konnte. Endgültig vom großen Sport verabschiedet hat sich wohl Horst Karsten (49). Sein Irish Cap blieb einmal stehen, mit Eldorado trat er nicht mehr an. Der fünfmalige deutsche Meister ist wahrscheinlich einer der kommenden Trainer.

MOTORRAD / Stefan Dörflinger wurde zum vierten Mal Weltmeister

„Saubere Bögen – wie beim Ski-Slalom"

DW. / sid, Le Mans

Stefan Dörflinger ist zum vierten Mal Weltmeister. Bereits vor dem letzten Lauf zur Motorrad-WM hat der Schweizer seinen Titel in der Klasse bis 80 Kubikzentimeter erfolgreich verteidigt. Beim Großen Preis von Frankreich, dem sechsten von sieben WM-Läufen in Le Mans, genügte dem gebürtigen Schwarzwälder auf einer Krauser-Maschine der zweite Platz hinter dem Spanier Angel Nieto auf Derby zum erneuten Triumph. Mit 76 Weltmeisterschafts-Punkten kann Dörflinger nicht mehr eingeholt werden.

Der in Nagold geborene Dörflinger profitierte in Le Mans allerdings vom Ausfall seiner beiden hartnäckigsten Herausforderer Jorge Martinez und Manuel Herreros. Nachdem Martinez in der zweiten Runde gestürzt war, ereilte Herreros in der dritten Runde das gleiche Schicksal. Somit war der Weg frei für Dörflinger, der am Ende den 13maligen Weltmeister Angel Nieto noch den Sieg in Le Mans überließ. Der deutsche Fahrer Gerhard Waibel wurde auf Real Fünfter.

Was der 36jährige Stefan Dörflinger geschafft hat, ist ein Novum in der Geschichte der Motorrad-Weltmeisterschaften. Niemals zuvor gelang es einem Fahrer, viermal hintereinander den Titel in den kleinsten Klassen zu gewinnen. Dörflinger siegte 1982 und 1983 in der damals noch bestehenden Kategorie bis 50 Kubikzentimeter, anschließend setzte er sich in der neugeschaffenen 80er-Klasse durch. Warum, erklärt er so: „Ich vergleiche die 80er-Rennen mit dem Riesenslalom im alpinen Skisport. Bei den 80er ist es wichtig, die Kurven in sauberen Bögen zu fahren, damit man den Schwung auf die Geraden mitnimmt. Hier machen meine Konkurrenten die größten Fehler. Sie fahren viel zu brutal in die Kurven hinein, bremsen zu spät und verlieren zuviel Schwung. Bei den größeren Klassen sind Fehler in die Kurven dank der größeren Motorenleistung wieder aufzuholen."

Natürlich zahlt sich auch seine große Erfahrung aus, und vielleicht ist Dörflinger neben dem Amerikaner Freddy Spencer der größte Motorrad-Rennfahrer der letzten Jahre. Dörflinger meint dazu: „Mein Traum ist schon seit längerer Zeit ein All-Star-Rennen. Das heißt, jeder der vier Solo-Weltmeister legt in seiner Klasse eine Rundenzeit vor und jeder hat dann mit jeder Maschine zu fahren. Ich glaube, ich würde da so schlecht nicht aussehen und hätte einen Vergleich mit Spencer nicht zu scheuen."

Das Rennen der Halbliter-Klasse gewann auch in Le Mans wieder Freddie Spencer auf Honda.

Afrikas Politiker beschließen Fünfjahresplan zur Selbsthilfe

OAU-Gipfel fordert UNO-Sondersitzung zur Krise des Kontinents

Mit der Wahl des nigerianischen Außenministers Idi Oumaru zum Generalsekretär der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und einem Schlußwort des neuen OAU-Präsidenten Abdou Diouf aus Senegal ist am Samstag in Addis Abeba die 21. OAU-Gipfelkonferenz zu Ende gegangen. Die Staats- und Regierungschefs der fünfzig afrikanischen Länder hatten zuvor einen Fünfjahresplan beschlossen, durch den sich der Kontinent selbst aus der größten Not heraushelfen soll. In der „Deklaration von Addis Abeba" wird der Nahrungsmittelversorgung der eigenen Bevölkerung sowie dem Wiederaufbau der dürregeschädigten Landwirtschaft oberste politische Priorität für die kommenden fünf Jahre eingeräumt. Auf internationaler Ebene verlangt die OAU die Einberufung einer UNO-Sondersitzung zur „afrikanischen Krise". Zur Lösung des Problems der Auslandsverschuldung solle eine „internationale Schuldenkonferenz" einberufen werden.

BERND RÜTTEN, Bonn

Von der früher üblichen Festtagsstimmung war auf dem OAU-Gipfel diesmal nichts zu spüren. Selbst die Attacken auf Ausbeutung und Kolonialismus fanden kaum Widerhall. Afrikas Krise hat Wirkung gezeigt. Die in Addis Abeba versammelten Staats- und Regierungschefs versagten sich die enthusiastische Beschimpfung der westlichen Welt im früher gewohnten Umfang. Realismus gewann die Oberhand.

Nur am Gastgeber Mengistu Haile Miriam, Staatschef von Äthiopien, das im hungergeplagten Kontinent noch immer den traurigen Rekord an Elend hält, schien all dies spurlos vorüberzugehen: „Während wir verarmt sind und Hunger leiden, setzen die entwickelten Länder die Ausbeutung unserer Naturschätze fort, was sie noch reicher macht", las er vom Blatt. Er forderte Streichung der rund 510 Milliarden Mark Auslandsschulden und mehr Entwicklungshilfe. Für ihn ist alles einfach: „Die westlichen Industrieländer haben nicht den politischen Willen zu helfen, und das ist das Hauptproblem."

Selbst Tansanias Staatschef Julius Nyerere, der scheidende OAU-Vorsitzende, vermochte Mengistu nicht mehr die Stange zu halten: „Wir müssen die Fehler erkennen, die wir begangen haben", mahnte er und rief dazu auf, an die Erfahrungen der europäischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg anzuknüpfen. Auch UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar warnte, daß es ohne grundlegenden Strukturwandel in Afrika keinen Ausweg aus der Krise geben werde. Mit der Wahl des senegalesischen Präsidenten Abdou Diouf zum neuen OAU-Vorsitzenden dürfte im kommenden Jahr ein Mann an der Spitze stehen, der besser die gemäßigte Mehrheit repräsentiert als Nyerere oder gar Mengistu.

Afrikas Probleme lassen sich mit Resolutionen nicht beseitigen. Aber die diesjährige Gipfelkonferenz zeigte, daß wirtschaftlicher Niedergang und vor allem die durch erschreckende Hungersnöte erregte Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf Afrikas Führer nicht ohne Wirkung geblieben ist.

Man kann nicht mehr – so scheint die Mehrheit zu fühlen – weitermachen, als ob nichts geschehen wäre. Die viel gescholtenen politischen Bedingungen, die der Internationale Währungsfonds (IWF) zur Voraussetzung für seine Hilfe macht, haben die meisten von ihnen schon längst akzeptiert, und dabei nolens volens in Kauf genommen, daß ihr politisches Überleben schwieriger geworden ist. Sich die Loyalität der Städter zu Lasten der politisch unartikulierten Landbevölkerung durch billige Nahrungsmittel zu erkaufen, geht dann nicht mehr. Doch der IWF ist die einzige Institution, die ein wirksames Konzept zur Gesundung maroder Volkswirtschaften bietet. In der Schlußresolution des Gipfels ist der IWF-Politik Rechnung getragen: verstärkte Investitionen in die Landwirtschaft und höhere Erzeugerpreise für Agrarprodukte. Es bleibt zu hoffen, daß diesmal anders als im Fall des „Aktionsplans von Lagos" den Worten Taten folgen.

Der Westen – aus dem Ostblock kommt nur wenig Entwicklungshilfe – wird noch einmal kräftig in die Tasche greifen müssen, um Afrika bei der Überwindung der Krise zu helfen. Links liegenlassen kann er es längst nicht mehr. Selbst hierhin ist die weltwirtschaftliche Verflechtung vorgedrungen. Doch auch der Westen wäre gut beraten, Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit zu ziehen. Falsch verstandene Mildtätigkeit und Großzügigkeit ruinieren auf Dauer jede Fähigkeit zur Selbsthilfe.

Strauß will Honecker treffen

WERNER KAHL, Bonn

Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Erich Honecker wird voraussichtlich am 1. September zur Eröffnung der Leipziger Herbstmesse mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß zusammentreffen.

Nach der Verschiebung der Reisepläne Honeckers im vergangenen Jahr und entsprechend knapper Begrüßung der westdeutschen Repräsentanz in Leipzig während der Herbstmesse 1984 gehe es Moskau jetzt offensichtlich darum, eine Normalität der Beziehungen zu entwikkeln, um vor allem den Handel mit der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft (EG) optimal für die desolate Planwirtschaft auszunutzen, sagte der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Eduard Lintner, in seinem fränkischen Wahlkreis Bad Kissingen der WELT.

Honorarkürzung für Kassen-Ärzte

AP, Kassel

Ärzten darf bei übermäßiger Ausdehnung ihrer Kassenpraxis das Honorar für die Behandlung von Krankenkassen-Patienten gekürzt werden, entschied das Bundessozialgericht in Kassel. Das geht auch dann, wenn von den Prüfungsinstanzen früher auf eine Honorarkürzung gegenüber dem betreffenden Arzt verzichtet worden ist.

Dieses Urteil machte in letzter Instanz die Klage einer Ärztin aus Nordrhein-Westfalen erfolglos, die mehr als doppelt soviele Krankenkassen-Patienten (2244 im Quartal) wie vergleichbare andere Ärzte behandelt hat. Die Anwendung der Kürzungsregelung gegenüber der Ärztin stelle keinen so starken Eingriff in ihre Berufsfreiheit dar, heißt es in dem Urteil, daß demgegenüber das öffentliche Interesse an der Verhütung einer übermäßigen Ausdehnung der Kassenpraxis zurückzutreten hätte (Az.: 6 RKa 39/83).

Polizei sucht Libyer mit Sprengstoff

AP, Bonn/Berlin

Die Bonner Polizei hat die am Donnerstag begonnene Bewachung der diplomatischen Vertretung Libyens in der Bundesrepublik Deutschland gestern, wenn auch in vermindertem Umfang, weitergeführt. Die Sicherheitsbehörden suchten am Wochenende nach libyschen Staatsangehörigen, die nach Polizeiangaben „von Berlin aus Sprengstoff in das Bundesgebiet verbringen wollen". Reisenden war aufgefallen, daß mit Maschinenpistolen bewaffnete Beamte an den deutsch-deutschen Transitkontrollpunkten insbesondere solche Autos durchsuchten, in denen Ausländer fuhren. Der Sprecher machte keine Angaben darüber, ob die Suche bereits zu Ergebnissen geführt habe. Die Abriegelung des „Libyschen Volksbüros" in Bonn war vorgenommen worden, nachdem bei den Innenbehörden „ernstzunehmende Hinweise" auf mögliche Terroranschläge eingegangen waren.

„US-Sanktionen träfen die Schwarzen"

WELT-Gespräch mit Südafrikas Vize-Außenminister Louis Nel / Reformen gehen weiter

MANFRED NEUBER, Bonn

Als „politisch widersinnig" und „moralisch verwerflich" hat der stellvertretende Außenminister Südafrikas, Louis Nel, die vom US-Kongreß beschlossenen Wirtschaftssanktionen gegen Pretoria verurteilt. Unter den Auswirkungen hätten die Schwarzen im eigenen Lande und in den Nachbarstaaten am meisten zu leiden.

In einem Gespräch mit der WELT äußerte er sich enttäuscht darüber, wie wenig Anerkennung im Westen die grundlegenden Reformen in Südafrika finden. Auch werde verkannt, daß der illegale „African National Congress" (ANC) keinen friedlichen Wandel, sondern einen gewaltsamen Umsturz wolle.

Der südafrikanische Minister rechtfertigte die Präventivschläge gegen Kommando-Zentralen von Terroristen in angrenzenden Ländern und sagte: „Jede Nation mit Selbstachtung muß sich wehren." Jene Regierungen, die Ausbildungslager der Revolutionäre zuließen, lebten selber auf einer Zeitbombe.

Unbeeindruckt von den Rückschlägen, die Südafrika bei seiner Befriedungspolitik seit dem Nkomati-Abkommen mit Moçambique (16. März 1984) erlitten hat, bemüht sich Pretoria weiter um einen Dialog mit gemäßigten Politikern in Schwarzafrika. Wie Louis Nel mitteilte, hatte seine Regierung auch Hilfe für die Hungergebiete in Afrika angeboten, war jedoch von UNO-Stellen zurückgewiesen worden. Unterdessen leiste Südafrika mehr Unterstützung für Moçambique als alle westlichen Nationen zusammen.

Pieter Bothas Vertrauter

Der aus Johannesburg stammende Jurist Nel (47) gehört zu den engsten Vertrauten von Präsident Pieter Botha und zu den eifrigsten Fürsprechern dessen Kurses eines behutsamen Abbaus der Apartheid. Seit 1970 sitzt er im Parlament. Nel gilt als führender Kopf der Liberalen (Verligten) in der Nationalen Partei und wurde 1979 vom damaligen Parteichef in Transvaal, Andries Treurnicht, als „gefährlicher Abweichler" vorübergehend ausgeschlossen.

Nel nannte konkrete Beispiele dafür, daß jeder Boykott Südafrikas vor allem die schwarze Bevölkerung treffe:

– Die South African Transport Services sind der größte Arbeitgeber für Schwarze auf dem ganzen Kontinent. Im Durchschnitt 45 Prozent der Ein- und Ausfuhren von Malawi, Sambia, Zaire und Zimbabwe „rollen über unsere Schienen und durch unsere Häfen"; Botswana, Lesotho und Swasiland sind völlig auf Südafrika angewiesen.

„Wenn infolge der US-Sanktionen keine weiteren Anleihen zum Ausbau der Transportwege auf dem internationalen Kapitalmarkt aufgenommen werden könnten", betonte Louis Nel, „wird daraus ein direkter Schlag gegen die Wirtschaft und den Wohlstand der Schwarzen nicht nur in unserer Republik, sondern im ganzen südlichen Afrika."

– Die südafrikanische Elektrizitätsbehörde versorgt unter anderem die Nachbarländer Lesotho und Swasiland mit Strom und liefert 65 Prozent der Energie, die in Maputo, der Hauptstadt Moçambiques, benötigt werden. Sie ist der größte Kreditnehmer der öffentlichen Hand Südafrikas auf ausländischen Geldmärkten.

– Die südafrikanischen Goldminen sind der zweitgrößte Arbeitgeber für Schwarze im gesamten Afrika. Von den 352 000 Kontraktarbeitern aus Nachbarstaaten (ohne die Homelands), die aufgrund internationaler Abkommen nach Südafrika kommen, hängen 1,8 Millionen Schwarze wirtschaftlich ab. Sie machen wichtige Devisenbringer aus (51 Prozent des Bruttosozialproduktes von Lesotho).

„Von jedem Krügerrand, der in New York für 350 Dollar verkauft wird", erläuterte Louis Nel, „fließen 47 Dollar in schwarze Nachbarstaaten Südafrikas." Deshalb sei es schon eine merkwürdige Moral, wenn man in den USA zum Boykott Südafrikas aufrufe.

So würden Computer keineswegs für die Streitkräfte benötigt, sondern vielmehr bei der medizinischen Versorgung von Schwarzen und Weißen in Krankenhäusern und bei der Rentenzahlung für schwarze und weiße Lehrer eingesetzt. Manche Amerikaner dächten wohl: Stoppt die Computer! Laßt uns das Wirtschaftssystem Südafrikas erschüttern!

„Wir sind der festen Überzeugung, daß diese Kampagne kein Beitrag zum friedlichen Wandel im südlichen Afrika ist", unterstrich der stellvertretende Außenminister. „Sie wird die Positionen bei uns nur versteifen. Veränderungen können in Zeiten des wirtschaftlichen Wachstums leichter herbeigeführt werden als unter Druck und in einer Depression."

Weiter mit Pretoria reden

Auf die Frage, ob nach den Sanktionsbeschlüssen des US-Kongresses Präsident Reagans Afrika-Politik des „konstruktiven Engagements" als beendet angesehen werden müsse, sagte Nel: „Wir haben schon unter Präsident Carter mit Washington konstruktiv gesprochen, und man wird weiter mit Südafrika reden müssen, weil wir eine regionale Macht im südlichen Afrika sind. Die großen Veränderungen, die in den vergangenen Jahren in Südafrika vorgenommen worden sind, geschahen aus eigenem Antrieb und nicht auf Drängen der Amerikaner. Ebensowenig kann behauptet werden, die Entwicklung stagniere."

Mit der zusätzlichen Autorität als Informationsminister deutete Nel in dem WELT-Gespräch ein gewisses Befremden in Pretoria darüber an, daß auch in der Reagan-Ära über diplomatische Kanäle finanzielle Mittel an politische Gegner geflossen seien.

Die jüngsten Unruhen seien von radikalen Kräften entfacht worden, deren gewaltsamen Zielen die friedlichen Veränderungen in Südafrika und die Verhandlungsbereitschaft der Regierung zuwiderliefen. Durch Terror versuchten sie die Stellung und den Einfluß gemäßigter farbiger Politiker zu vernichten.

Südafrika wolle mit seinen Nachbarn, ungeachtet der Hautfarbe und der Ideologie, friedlich zusammenarbeiten, versicherte Louis Nel, der in Bonn eine Arbeitsbesprechung mit südafrikanischen Diplomaten in Westeuropa führte und in München mit „deutschen Wirtschaftskreisen" zusammentraf.

Moskau ersetzt Saizew durch Pjotr Luschow

hrk. Berlin

Mit einer äußerst knappen Sechs-Zeilen-Notiz meldeten die „DDR"-Zeitungen am Wochenende die Ernennung des Moskauer Armeegenerals Pjotr Luschow zum neuen Oberbefehlshaber der „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland" (GSSD). Sie umfaßt etwa 400 000 Mann mit modernster Raketen- und Panzertechnik.

Luschow ist 61 Jahre alt und damit nur wenige Tage jünger als sein Vorgänger Michail Saizew. Der neue Chef war zuvor Kommandeur des Militärbezirks Moskau und hatte in dieser Funktion die großen Paraden auf den Roten Platz inszeniert. Luschow dürfte in den nächsten Tagen von Staats- und Parteichef Erich Honekker empfangen werden, dessen Abschied von Saizew und seinem Stellvertreter Alexej Lisitschew in den „DDR"-Medien in umfangreicher Aufmachung auf den Titelseiten abgehandelt worden war.

„Neue Generation" an Chinas Spitze

rtr, Peking

Der chinesische Spitzenpolitiker Deng Xiaoping hat eine weitere Verjüngung der chinesischen Führung angekündigt. Deng sagte nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Neues China, im Anschluß an den Parteikongreß der chinesischen Kommunisten im September würden mehr jüngere Leute in die Führungspositionen der Partei aufrükken. Die Agentur zitierte Deng mit den Worten, gegenwärtig gehe es um die Auswahl von Führungspersönlichkeiten der dritten Generation, denen bald andere nachfolgen würden.

Athen lehnt Kauf von „Tornados" ab

dpa, Athen

Griechenland kauft 40 französische Kampfflugzeuge vm Typ „Mirage 2000". Ein entsprechender Vertrag wurde am Samstag in Athen zwischen den griechischen Luftstreitkräften und der französischen Firma Dassault unterzeichnet. Das erste der Flugzeuge soll Anfang 1988 geliefert werden. Der Kaufpreis pro Flugzeug soll rund 14 Millionen Dollar betragen. Als Gegenleistung für den Großauftrag wurde vereinbart, daß Teile des Flugzeugs in Griechenland produziert und auch an dritte Länder exportiert werden sollen.

Die sozialistische griechische Regierung hatte sich vor mehreren Monaten nach langwierigen Verhandlungen entschlossen, für die Modernisierung der griechischen Luftstreitkräfte im nächsten Jahrzehnt je 40 „Mirage 2000" und 40 amerikanische Kampfflugzeuge vom Typ „F 16" zu kaufen. Über die letzten Einzelheiten des Vertrags über den Kauf der „F 16" wird gegenwärtig noch verhandelt. Ein Angebot des deutsch-italienisch-britischen Firmenkonsortiums Panavta für den Tornado hatte die griechische Regierung abgelehnt.

Vorsprung Banzers wird kleiner

dpa, La Paz

Der Vorsprung des früheren Diktators Hugo Banzer (59) gegenüber seinem schärfsten Rivalen Victor Paz Estenssoro (77) bei den Wahlen vom 14. Juli in Bolivien ist im Laufe der langsamen Auszählung kleiner geworden. Nach der am Samstag vorliegenden inoffiziellen Auszählung von 63 Prozent der rund 1,8 Millionen abgegebenen Stimmen entfielen auf Banzer 31,2 Prozent, auf Paz Estenssoro 28,64 Prozent und auf Jaime Paz Zamora 9,46 Prozent der Stimmen. In politischen Kreisen von La Paz wird nicht ausgeschlossen, daß sich der Abstand zwischen den beiden führenden Präsidentschaftskandidaten weiter verringert, sobald mehr Ergebnisse aus den ländlichen Gebieten vorliegen.

Banzer, der die rechtsorientierte „Nationaldemokratische Aktion" (ADN) anführt, hat bereits Verhandlungen mit der „Nationalrevolutionären Bewegung" (MNR) von Paz Estenssoro und der „Bewegung der Revolutionären Linken" (MIR) von Paz Zamora vorgeschlagen, um eine Mehrheit für seine Nominierung im Parlament zu erreichen.

Da bei den Wahlen vom 14. Juli keiner der 18 Kandidaten eine absolute Mehrheit gewonnen hat, muß das neue Parlament zwischen den drei Bewerbern mit den höchsten Stimmenzahlen entscheiden.

Moskau: Keine Annäherung an Israel

dpa, Moskau/Jerusalem

Die Sowjetunion hat am Samstag mit einem knappen Dementi auf israelische Rundfunkmeldungen über eine bevorstehende israelisch-sowjetische Annäherung reagiert. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass sprach in einer Fünf-Zeilen-Meldung zu dem Vorgang von „Erfindungen des israelischen Rundfunks", die jeglicher Grundlage entbehrten.

Sende-pause

nl. – Bauchgrimmen packt manchen Manager, wenn es um Messebeteiligungen geht. Eine realistische Kosten-Nutzen-Analyse erbringt nur in relativ wenigen Fällen den Nachweis dafür, daß sich der Aufwand für Ausstellungen auch lohnt. Vielfach ist man einfach mit von der Partie, weil die Konkurrenz eben auch präsent ist. Keiner mag den Anfang machen, aus diesem teuren Reigen auszuscheren. Jene für die Messegesellschaften einträgliche Perspektive bekommt neuerdings mehr und mehr Risse. Nachdem beispielsweise eine ganze Reihe nahmhafter Hausgeräte-Hersteller beim Einjahres-Rhythmus der Kölner „Domotechnica" nicht mehr mitmachen will, beginnt man nunmehr auch bei den Herstellern der Unterhaltungselektronik die Einstellung zu ihren Messeaktivitäten zu überdenken.

Nur wenige Wochen vor dem Start der diesjährigen Internationalen Funkausstellung (IFA) in Berlin ist die „hifivideo" in Düsseldorf ins Blickfeld geraten. Grundig, Blaupunkt und Saba haben bereits *kundgetan, daß sie an dieser im* kommenden Jahr stattfindenden Düsseldorfer Unterhaltungselektronik-Messe nicht teilnehmen werden. Andere spielen mit dem gleichen Gedanken. Die angespannte wirtschaftliche Situation der Branche erlaube es nicht, „weiter tra*ditionelle Zöpfe zu flechten*", *heißt* es da. Hinzu komme, daß jene Ausstellung ausgerechnet in eine Zeit falle, in der in mehreren Bundesländern Schulferien seien.

Kein Zweifel, das Düsseldorfer Messekonzept ist in diesem Bereich ins Wanken geraten, auch wenn man es dort noch nicht wahrhaben möchte. Die Branche scheint auf Sendepause eingestellt zu sein. Ihr reicht offenbar auch mit Blick auf das Innovationstempo die Berliner Funkausstellung und deren Zweijahresrhythmus.

Einfälle

fu. (London) – Die Regierung *Thatcher demonstriert, daß es* durchaus Alternativen zur Arbeitsplatz-Beschaffung um jeden Preis gibt, vorausgesetzt, man läßt sich etwas einfallen. Die Abschaffung von Mindestlöhnen für Jugendliche unter 21, die „Roßkur" für den Amtsschimmel, ein wenig Einfluß bei der Vergabe von Aufträgen, damit auch die unterprivilegierten Regionen etwas vom Kuchen abbekommen: Dies sind keine spektakulären Maßnahmen, gleichwohl werden sie einen nicht unerheblichen Effekt haben. Denn Unternehmen werden künftig eher bereit sein, *nicht oder nur kaum ausgebildete* Jugendliche einzustellen, nachdem ihnen jetzt die Bezahlung realistischer Bezüge ermöglicht wird. Die vorwurfsvolle Frage, die man Frau Thatcher stellen muß, ist die, warum sie nicht schon viel früher mit solchen Ansätzen kam.

LÄNGERE ZAHLUNG VON ARBEITSLOSENGELD / Rechnung des Hauses Blüm

Etat der Nürnberger Bundesanstalt würde mit 1,5 Milliarden belastet

HEINZ HECK, **Bonn**

Mit einer ganzen Serie von Änderungsvorschlägen geht das Bundesarbeitsministerium an eine Reform der Arbeitslosenversicherung. Ein solches Vorhaben ist in dieser Legislaturperiode nicht mehr in vollem Umfang zu realisieren. Doch will das Haus Blüm angesichts der zunehmenden Durchschnittsdauer der Arbeitslosigkeit (zum Vergleich 1967: 4,6 und 1984: 11,6 Monate) erste Maßnahmen rasch auf den Weg bringen.

Eine vom Ministerium erarbeitete „Sachdarstellung" enthält den Vorschlag einer gestaffelten Erhöhung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld. Nach geltendem Recht beträgt dieser Anspruch ein Jahr mit anschließendem Übergang (nach Bedürfnisprüfung) in die Arbeitslosenhilfe. Seit Anfang des Jahres haben Arbeitnehmer ab 49 Jahre einen Anspruch bis *zu maximal 18 Monaten (nach Versi*cherungszugehörigkeit gestaffelt).

Der Änderungsvorschlag sieht für Arbeitnehmer ab 39 Jahre eine Ausdehnung bis auf 16 Monate, ab 49 Jahre bis auf 20 und ab 54 Jahre bis auf 24 Monate vor. Damit soll die „soziale Funktion der Arbeitslosenversicherung" wiederhergestellt werden. Zur Begründung wird auf das stark verschobene Verhältnis von Ar*beitslosengeld und -hilfe verwiesen:* 1967 bezog nur jeder zehnte Leistungsempfänger Arbeitslosenhilfe. In diesem Jahr verschiebt sich dieses Verhältnis immer mehr zu einer Relation 1 zu 1 (Mai 1985: 55 Prozent Arbeitslosengeld und 45 Prozent -hilfe). Arbeitsminister Blüm hatte am Wochenende erklärt, daß sich ein Versicherungssystem bei solchen Relationen „selbst in Frage" stelle.

*Die hierdurch bedingten Mehraus*gaben (etwa 200 000 Personen wären begünstigt) werden für die Bundesanstalt für Arbeit, die für die Auszahlung des Arbeitslosengeldes zuständig ist, auf jährlich 1,3 Milliarden Mark veranschlagt, während der Arbeitsminister, der aus seinem Etat die Arbeitslosenhilfe bestreitet, rund 750 Millionen Mark sparen würde.

Ein weiterer Ansatzpunkt ist die *Erhöhung der Freibeträge für die An*rechnung von Ehegatteneinkommen auf die Arbeitslosenhilfe um 50 Prozent (1986) und 100 Prozent (1987). Der Grundfreibetrag macht derzeit 325 Mark zuzüglich 150 Mark je Kind aus. Er würde dann 715 (1986) und 950 Mark (ab 1987) betragen.

Zur Begründung wird daran erinnert, daß die Freibeträge seit 1969 unverändert sind und damit der *„Wert der Arbeitslosenhilfe verheira*teter Arbeitsloser im Vergleich zur Arbeitslosenhilfe Alleinstehender drastisch gesunken" sei. „Besonders betroffen" seien Arbeitnehmer mit geringen Arbeitsentgelten; denn bei ihnen entfalle der Anspruch auf Hilfe schon dann, wenn der Ehegatte nur über ein geringes Arbeitseinkommen verfüge. Die vorgeschlagene Verdoppelung entspreche dem Anstieg der *Lebenshaltungskosten seit 1969.* Der begünstigte Personenkreis wird auf 67 000 geschätzt, die finanziellen Auswirkungen für den Bund auf 190 Millionen 1986 und 380 Millionen jährlich ab 1987.

Zu den weniger kostspieligen Änderungsvorschlägen gehört zum Beispiel eine Erhöhung der Leistungen auch für Zahlväter, also etwa des Arbeitslosengeldes von 63 auf 68 Prozent des Nettoentgelts (für Kinderlose war dieser Satz von 68 auf 63 Prozent gesenkt worden). Bundesanstalt und Bund würden durch diese Änderung schätzungsweise mit sechs Millionen Mark belastet.

Wenn man den Freibetrag beim Nebenverdienst von *jetzt 15 auf 30 Mark* wöchentlich (als Konsequenz aus der vorgeschlagenen Verdoppelung der Ehegattenfreibeträge bei der Arbeitslosenhilfe) erhöhen würde, so entstünden beiden Trägern Kosten von jährlich 13 Millionen Mark.

Ein weiterer Vorschlag betrifft die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Nach geltendem Recht gibt es Lohnkostenzuschüsse nur für Arbeitslose ab 55 Jahre. Als Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer mit besonders geringen Vermittlungsaussichten wird vorgeschlagen, das Eintrittsalter auf das 51. Lebensjahr herabzusetzen. Eine solche Maßnahme würde die Bundesanstalt jährlich mit 50 Millionen Mark belasten und den Bund um 20 Millionen entlasten, netto also 30 Millionen Mark kosten.

LIRA-ABWERTUNG

Lohn- und fiskalpolitischer Sanierungsplan beschlossen

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

Italien hat mit der Abwertung der Lira innerhalb des Europäischen Währungssystems um sechs Prozent und eine gleichzeitige Aufwertung der anderen Währungen um zwei Prozent, erreicht, was es wollte. In einer Stellungnahme betonte Schatzminister Giovanni Goria, daß dieses Ergebnis „dem höchsten entspricht, was sich die italienischen Währungs- und Kreditbehörden im Interesse des Landes zum Ziel gesetzt hatten". Mit der Änderung der Leitkurse in dem jetzt beschlossenen Umfang verschwindet die Überbewertung der Lira gegenüber den anderen EWS-Währungen, die von Experten auf fünf bis zehn Prozent geschätzt worden war. Gleichzeitig gestattet die Anpassung der EWS-Paritäten nach den Worten von Goria der italienischen Wirtschaft, „die in letzter Zeit kumulier*ten Wettbewerbsverluste auszuglei*chen, die durch andere wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht korrigiert werden konnten".

Um die Abwertung der Lira wirtschaftspolitisch abzusichern, beschloß die italienische Regierung, das bis zum Jahresende erwartete Staatsdefizit von 111 000 auf 100 000 Milliarden Lire zu vermindern und damit auf den Voranschlag vom Jahresanfang zurückzuführen. Davon sollen in einer Sofortaktion etwas über 6000 Milliarden Lire (zehn Milliarden Mark) noch in den Sommermonaten und der Rest im Rahmen eines im Herbst zu erlassenen *Fiskalpakets* aufgebracht werden. Gleichzeitig vereinbarte die Regierung mit den Gewerkschaften, daß die Anpassung der Löhne und Gehälter an die vorange*gangenen Preiserhöhungen (gleiten*den Lohnskala), nicht mehr wie bisher quartalsweise, sondern ab November dieses Jahres nur noch halbjährlich erfolgen soll.

Darüber hinaus beschloß die Regierung einen dreijährigen Haushalts-Sanierungsplan, nach dem von Schatzminister Giovanni Goria bereits dieses Jahres vorgelegten Grundkonzept. Unter anderem ist damit vorgesehen, das heutige Staatsdefizit bis auf den durch den Zinsendienst hervorgerufenen Fehlbetrag auf Null zu bringen. Da der Zinsendienst für die Staatsschuld derzeit rund 60 000 Milliarden Lire (100 Milliarden Mark) verschlingt, bedeutet dies, daß in drei Jahren Einnahmen erhöht und Ausgaben so gekürzt werden sollen, daß 40 000 Milliarden Lire eingespart werden können.

Verzichtet hat die italienische Regierung dagegen auf eine Zinsanhe*bung, um damit den haushalts- und* lohnpolitischen Interventionen Flankenschutz zu gewähren. Nach einer Erklärung von Schatzminister Giovanni Goria bestehe derzeit kein Anlaß zu einer Zinserhöhung, da alle „kreditpolitischen Faktoren bereits unter Kontrolle" stünden.

Die Bilanz für die italienische Exportwirtschaft erscheint ziemlich positiv. Auf die Kehrseite hat Schatzminister Giovanni Goria selbst hingewiesen: Durch die Abwertung der Lira ist das ursprüngliche Ziel, die Senkung der Inflationsrate von elf Prozent im vergangenen, auf sieben Pro*zent im laufenden Jahr, erneut in wei*tere Ferne gerückt. Gegenwärtig beläuft sich die Inflationsrate auf 8,7 Prozent und wird bis zum Jahresende schwerlich weiter zurückgehen können.

Frau Thatchers Dilemma

Von WILHELM FURLER, London

Seit Jahren hat sich der britische Industrieverband nicht mehr so entschieden gegen die Regierungspolitik ausgesprochen wie im Augenblick. Die Interessenvertreter der britischen Wirtschaft *fordern* von Permierministerin Thatcher, das „unerträglich hohe Zinsniveau" umgehend um mindestens zwei Punkte zu senken. Doch das Zugeständnis, das unlängst gemacht wurde, ist äußerst mager: Um lediglich einen halben Prozentpunkt nahmen die großen Geschäftsbanken Anfang letzter Woche ihre Basis-Ausleihezinsen zurück, nachdem die Notenbank die Geldmarktsätze entsprechend gesenkt hatte.

Damit liegt der Ausleihesatz bei zwölf Prozent. Das heißt, daß Kreditnehmer erster Bonität mindestens *13,5 Prozent zu zahlen haben*, andere können mit einem Aufschlag auf den Basiszins von vier Prozent und mehr rechnen. Dieses Niveau liegt deutlich über dem in nahezu allen anderen Industrieländern.

Die Führung des Industrieverbandes argumentiert, daß eine Zinssenkung um zwei Punkte jährliche Einsparungen für die Wirtschaft des Landes in Höhe von zwei Milliarden Mark bedeutet. Doch mehr noch als unter den hohen Zinsen leidet die Wirtschaft gegenwärtig unter dem sehr starken Pfundkurs, der die Exportentwicklung bereits sichtbar zu beeinträchtigen beginnt.

Das Aussteigen aus dem US-Dollar, das seit kurzem spürbar wird, bedeutete gleichzeitig Anlage im zinsträchtigen Pfund Sterling. Und zinsträchtig dürfte die britische Währung für einige Zeit bleiben, nachdem bei der Thatcher-Administration eigentlich keine Anzeichen auszumachen sind, die auf eine Aufgabe oder auch nur Lockerung ihres Antiinflationskurses schließen lassen könnten.

Frau Thatcher ist sich sehr wohl bewußt, daß ihre Weigerung, die Notenbank zu einer weiteren Lockerung der Geldmarktsätze und damit zu einer Senkung der Basiszinsen aufzufordern, für sie ein erhebliches Dilemma bedeutet. Es ist ja nicht nur die Dollar-bedingte Pfundstärke gegenüber der amerikanischen Währung, die einem Teil der britischen Exportwirtschaft zunehmend Probleme bereitet. Sondern es ist vor allem auch die Zins-bedingte Pfundstärke gegenüber den europäischen Währungen, die der britischen Wirtschaft zunehmende Wettbewerbsnachteile beschert. Allein gegenüber der Mark ist das Pfund in den letzten Monaten um mehr als *15 Prozent* gestiegen.

Ein Einbruch insbesondere bei den Ausfuhren in die EG-Länder könnte auf den gegenwärtigen Erholungsprozeß erheblich beeinträchtigen. Doch *die Premierministerin heftet* ihren Blick unverwandt auf ihren „Feind Nummer eins", die Inflation.

Daß sie dazu durchaus Veranlassung hat, signalisieren sowohl die auf *gegenwärtig sieben Prozent gestiege*ne Jahresinflationsrate, als auch die jüngste Geldmengenentwicklung. So ist die Geldmenge Sterling M3 – diese am weitesten gefaßte Geldmengen-Definition umfaßt Notenbankgeld im Umlauf, sowie Sterling-Sicht- und Terminkonten einschließlich Spareinlagen – in den vergangenen drei Monaten um nicht weniger als 25,5 Prozent auf Jahresbasis nach oben geschnellt; die von der Regierung festgelegte Bandbreite lautet zwischen sechs und ein Prozent.

So gesehen ist es nur verständlich, wenn die Preimierministerin und ihr Schatzkanzler die Zinsen auf einem Niveau halten, um den erforderlichen Druck auf die inflationäre Entwicklung auszuüben. Stärker als in den meisten übrigen Ländern kann die Regierung in Großbritannien mit ihrem Einfluß auf die Notenbank, die weisungsabhängig ist, eine wirkliche Zinspolitik betreiben. Und im übrigen hat Frau Thatcher völlig recht, als sie Kritiker ihrer Zins- und Wechselkurs-Politik zurechtwies: Natürlich ist es ein großer Fehler, sich bezüglich der eigenen Wettbewerbsfähigkeit auf einen „angenehmen" Wechselkurs zu verlassen.

Dennoch kann man auch etwas anders argumentieren: Ganz abgesehen davon, daß niedrigere Basiszinsen die direkte Kostenbelastung für die Wirtschaft merklich reduzieren und über eine wahrscheinliche Abschwächung des Pfundkurses die Wettbewerbssituation verbessern würden, könnte auch ein positiver Einfluß auf die Inflationsentwicklung geltend gemacht werden – vorausgesetzt, die grundsätzliche Sparpolitik wird weiter fortgesetzt. Und daran hat Frau Thatcher bislang niemanden zweifeln lassen.

AUF EIN WORT

» In der Lage, in der sich unser Steinkohlenbergbau befindet, sind die Probleme nicht im Krampf und nicht im Kampf gegeneinander zu regulieren. «

Adolf Schmidt, 1. Vorsitzender des *Vorstandes der IG Bergbau und Energie*, Bochum FOTO: JUPP DARCHINGER

Kakaoabkommen verlängert

AP, **London**

Nach knapp zweiwöchigen Beratungen in London haben am Freitag *die Vertreter* von *mehr als 40 kakao*erzeugenden Ländern und Verbraucherstaaten beschlossen, das derzeitige internationale Kakaoabkommen um ein Jahr zu verlängern. Das Abkommen, das einer Stabilisierung der Kakaopreise dient, wäre Ende September ausgelaufen. Die Konferenz vereinbarte ferner die Wiederaufnahme von Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen für Februar 1986. Gegen eine Verlängerung des Abkommens hatten sich die Sowjetunion, Ungarn, die Tschechoslowakei und die „DDR" gewandt.

EXISTENZGRÜNDUNGEN

In den ersten fünf Jahren gibt fast jeder zweite auf

HEINZ STÜWE, **Bonn**

Von den Existenzgründern in der gewerblichen Wirtschaft muß in den ersten fünf Jahren fast jeder zweite wieder aufgeben. Dies ergibt sich aus einer Erhebung der Industrie- und Handelskammer zu Münster, die in ihrem Bezirk die Gewerbeanmeldungen und Eintragungen neuer Unternehmen ins Handelsregister seit 1981 *ausgewertet hat. Dabei stellte sich* heraus, daß das zweite Jahr nach der Gründung besonders kritisch ist. Rund 20 Prozent der Neuen blieb in den zweiten zwölf Monaten auf der Strecke. Von den 7925 Firmen, die im Jahr 1981 im IHK-Bezirk Münster gegründet wurden, bestanden im April dieses Jahres noch 54 Prozent.

Die Ergebnisse der Untersuchung stützen die These, daß die weiter steigende Zahl von Firmenzusammenbrüchen auch mit der anhaltenden Neugründungswelle zusammenhängt. Risikofaktoren für neue Unternehmen sieht die IHK Münster vor allem im unflexiblen Arbeitsrecht, der Benachteiligung eigenkapitalschwacher *Unternehmen im Steuer*recht sowie in den hohen Lohnnebenkosten, die arbeitsintensive junge Firmen besonders belasteten.

Die hohe Sterberate junger Unternehmen *führt die IHK aber auch auf* unsolide Finanzierung und fehlende persönliche Voraussetzungen bei den Gründern zurück. Die Zahl derjenigen wachse, die ohne entsprechende fachliche Qualifikation und ausreichendes Eigenkapital eine Existenzgründung anstreben. Die in diesem Jahr anlaufende Ansparförderung für Gründer dürfte, so hoffen die IHK-Experten, in dieser Hinsicht Fortschritte bringen, vor allem eine solidere Vorbereitung der Gründung.

US-AKTIENMÄRKTE

Dow-Jones-Index erreicht einen neuen Höchststand

DW. **New York**

Mit einem neuen Rekordstand des 30 Werte umfassenden Dow-Jones-Index beendete die Wall Street die vergangene Woche. *In den letzten fünf* Börsentagen legte der Index 20,94 Punkte auf 1359,54 zu. Der allgemeine Börsenindex (NYSE) stieg um 1,16 Punkte auf 113,29, konnte aber seinen *am 17. Juli erreichten Höchststand* nicht ganz behaupten. Umgesetzt wurden im Tagesdurchschnitt 128,5 Millionen Aktien nach 106,92 Millionen in der Vorwoche.

Begründet wird die neuerliche Kursbefestigung am Freitag – bereits am Mittwoch hatte der Dow Jones ein neues Hoch erzielt – mit Kaufprogrammen von Brokern und Arbitragegeschäften. Auch das Übernahmeangebot von Searle für Monsanto und Gerüchte über weitere Fusionen gaben der Wall Street Anregungen. Auch der am Freitag wieder freundlicher gestimmte Rentenmarkt nach dem Einbruch am Donnerstag beeinflußte den Aktienmarkt positiv.

Marktbeobachtern imponierte in den letzten Tagen besonders die Fähigkeit der Börse, schlechte Nachrichten zu verkraften. Dies gilt für die Erkrankung des Präsidenten wie auch für das Ausbleiben einer Dis*kontsenkung, mit der manche Börsi*aner geliebäugelt hatten. Auch die neuesten Konjunkturzahlen waren eigentlich nicht dazu angetan, die Kurse nach oben zu treiben. Schließlich mußte die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts für das zweite Quartal von ursprünglich geschätzten 3,1 auf 1,7 reduziert werden. Offensichtlich vertraute die Börse eher auf die Ausführungen von US-Handelsminister Malcolm Baldrige, der Anzeichen dafür sieht, daß sich das Wachstumstempo in den USA wieder beschleunigt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

DER: Steigende Nachfrage bei Pauschalreisen

Frankfurt (dpa/VWD) – Eine „erfreuliche Nachfrage" nach Pauschalurlaubsreisen hat das Deutsche Reisebüro (DER) in den ersten sechs Monaten dieses Jahres registriert. Nach der neuen Erhebung des DER nahm *der Umsatz der Fachreisebüros im 1.* Halbjahr 1985 im Bereich Pauschaltouristik um 7,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. Wie das Unternehmen gestern mitteilte, erhöhte sich der Gesamtumsatz der Agenturen im ersten Halbjahr um knapp sechs Prozent. Während auch im Flugbereich der Umsatz um 6,5 Prozent zunahm, verlief das Bahngeschäft mit minus 1,1 Prozent bisher etwas schwächer als im Vorjahr. Die Umsatzentwicklung der Reisebüros war jedoch regional unterschiedlich.

Arbed-Mutter zahlt nichts

Luxemburg (dpa/VWD) – Die luxemburgische Regierung hat den Bund und die saarländische Landesregierung aufgefordert, alles zu tun, um die noch *immer vom* Zusammenbruch bedrohte Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, mit ihren rund 14 000 Beschäftigten zu retten. Gleichzeitig unterstrich der luxemburgische Regierungschef Jacques Santer, daß von Luxemburg oder der Luxemburger Arbed-Mutter keine neuen finanziellen Beiträge zur Rettung des saarländischen Stahlkonzerns verlangt werden könnten.

Neuer Budgetdirektor

Washington (rtr) – US-Präsident Ronald Reagan hat am Freitag James *Miller, den Chef des Bundeskartell*amtes (FIC), zum neuen Budgetdirektor ernannt. Miller ersetzt David Stockman, der einen Posten in der Privatwirtschaft angenommen hat. Präsidialamtssprecher Larry Speakes sagte, Reagan sehe in Miller einen Mann mit beträchtlicher Erfahrung, der für die Regierung von außerordentlichem Wert sei.

Chancen für Ausländer

Bonn (AP) – Etwa die Hälfte aller in der Bundesrepublik in der Berufsausbildung befindlichen ausländischen Jugendlichen werden nach Angaben des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks von Handwerksmeistern ausgebildet. Nach einem am Sonnabend in Bonn veröffentlichten Bericht *lernten Ende 1984 in 126 Hand*werksberufen insgesamt 26 981 ausländische Jugendliche. Das seien fast zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Der Anteil an der Gesamtzahl aller *Lehrlinge* im *Handwerk* sei damit von 3,6 auf 3,9 Prozent angewachsen.

US-Kredit für UdSSR

London (VWD) – Die sowjetische Außenhandelsbank Uneshtorgbank erhält von einem Bankenkonsortium unter Leitung der First Chicago Ltd. einen Kredit von 200 Mill. Dollar mit einer Laufzeit von acht Jahren. Es ist der erste Kredit einer US-Bank an Moskau seit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979. Mit weiteren Krediten von US-Banken an die UdSSR wird gerechnet. First Chicago gab keinen Kommentar zu dem Kredit, der ¼ Punkt über Libor verzinst wird und dessen Tilgung nach vier Jahren beginnt.

Aufsichtsrat komplett

Hamburg (DW.) – Die Hauptversammlung der Axel Springer Verlag AG hat am Freitag vier weitere Auf*sichtsräte bestellt: Dr. F. Wilhelm* Christians (63), Sprecher des Vorstands der Deutsche Bank AG, Horst Kramp (54), Vorstandsmitglied der Schering AG und Präsident der Industrie- und Handelskammer Berlin, Dr. Michael Otto (42), Vorstandsvorsitzender der Otto Versand GmbH & Co., und Dr. Johannes Semmler (62), Mitglied des Vorstands der Mercedes Automobil Holding AG. Die Unternehmen der neuen Aufsichtsratmitglieder halten keine Aktien der Axel Springer Verlag AG. Bereits am 24. Juni waren die durch die Verlegergruppe benannten Friede Springer, Ernst J. Cramer, Dr. Bernhard Servatius, Dr. Hubert Burda und Frieder Burda in den Aufsichtsrat berufen worden. Auf der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats wurden am 19. Juli Dr. Bernhard Servatius zum Vorsitzenden und Frieder Burda zum Stellvertreter gewählt.

Londoner Kassapreise

	18.7.	12.7.
Kupfer(£/t)	1069,5	1046,5
Blei(£/t)	290,5	287,5
Zink(£/t)	539	513,5
Zinn(£/t)	9152,5	9060
Gold($/Unze)	318,75	316,25
Silber(p/Unze)	436,55	436,40
Kakao[1](£/t)	1677,5	1694,5
Kaffee[1](£/t)	1595	1671
Zucker(£/t)	91	86,5
Kautschuk(p/kg)	64,5	65
Wolle(p/kg)	438	440
Baumwolle[2](cts/lb)	60,90	61,60

[1]Abladung September;
[2]A-Index-Preis Liverpool

Verhandlung vertagt

Brüssel (VWD) – Auf eine Unterbrechung in den Stahlverhandlungen zwischen den USA und der Europäischen Gemeinschaft über mögliche neue Limits für die EG-Stahlausfuhren nach den USA hätten sich beide Parteien geeinigt. Dies erklärte ein Diplomat, der namentlich nicht genannt werden wollte. Er sagte weiter, *nach zwei Verhandlungstagen sei die* US-Delegation wieder nach Washington zurückgereist.

Arco-Tankstellen verkauft

Los Angeles (VWD) – Rund 400 Tankstellen der Atlantic Richfield Co im Nordosten der USA werde Shell Oil kaufen, teilte Arco mit. Ein ent*sprechender Vertrag sei bereits unter*zeichnet worden. Die Übernahme dürfte bis 30. Oktober weitgehend abgeschlossen sein. Finanzielle Einzelheiten wurden nicht genannt.

Wochenausweis

	15.7.	8.7.	15.6.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	61,8	61,6	60,8
Kredite an Banken	102,3	102,1	100,2
Wertpapiere	3,6	3,7	3,8
Bargeldumlauf	109,5	110,8	108,1
Einl. v. Banken	50,1	48,4	48,6
Einlagen v. öffentl. Haushalten	4,5	2,3	3,5

US-KONJUNKTUR

Auslastung schrumpft, und die Produktion stagniert

H.-A. SIEBERT, **Washington**

In den USA ist im Juni die industrielle Kapazitätsauslastung zum drittenmal hintereinander gesunken – diesmal wieder um 0,1 auf 80,7 Prozent. Der Index, der das verarbeitende Gewerbe, den Bergbau und die Versorgungsgesellschaften erfaßt, liegt damit um 1,3 Prozent unter dem im vergangenen Juli erreichten Höchststand von 82 Prozent. So etwas ist in Boomzeiten in Amerika noch nicht vorgekommen. Immerhin hat sich die Wertschöpfung seit dem Ende der letzten Rezession im vierten Quartal 1982 *real um 12,8 Prozent* erhöht.

Schuld daran ist der stark überbewertete Dollar, der die US-Unternehmen einer scharfen Importkonkurrenz aussetzt und ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt unterminiert. Dies spiegelt auch die Industrieproduktion, die im Juni und Mai *jeweils um nur 0,1 und seit Jahresfrist* um bescheidene 1,8 Prozent zugenommen hat. Das kommt einer Stagnation gleich. Ohne die Rüstungsindustrie, die im Juni um ein und übers Jahr um *10,9 Prozent wuchs, wäre die* gewerbliche Wirtschaft tief im Minus.

Nach Angaben der US-Notenbank ist zum erstenmal auch wieder die Auslastung der Automobilindustrie geschrumpft, und zwar gegenüber Mai von 80,5 auf 79,2 Prozent. Im Maschinenbau, der Computer einschließt, sackte sie von 77,1 auf 76,8 Prozent. Dagegen sind jetzt 84 (83,3) Prozent der Kapazitäten in der Luft- und Raumfahrtindustrie genutzt. Einen Rückgang um 0,2 auf 78,3 Prozent verzeichneten die Hersteller von langlebigen Gebrauchsgütern, während die Auslastung bei Konsumgütern mit 83,2 Prozent konstant blieb.

KREDITGEWÄHRUNG / BIZ: Zurückhaltung bei Darlehen an Entwicklungsländer

Trend zu längeren Fristen festgestellt

VWD, **Basel**

Die international tätigen Banken haben sich bei der Kreditgewährung *insbesondere an Entwicklungsländer* deutlich zurückgehalten. Bei der Fälligkeitsstruktur dieser Kredite zeigt sich eine Tendenz zu längeren Fristen. Dies geht aus dem Bericht der Bank *für internationalen Zahlungs*ausgleich (BIZ), Basel, über die Kredite und deren Fälligkeitsverteilung für das zweite Halbjahr 1984 hervor. Die Gesamtforderungen der berichtenden Banken gegenüber *Außenge*bietsländern beliefen sich Ende 1984 auf 567,3 Mrd. Dollar. Zu jeweiligen Dollarkursen eine Zunahme um etwa fünf Mrd. Dollar gegenüber Mitte 1984, wechselkursbereinigt belief sich die Zunahme auf rund 18 Mrd. Dollar.

Die Fälligkeitsverteilung zeigt eine leichte Verlängerung auf. Der Anteil von Forderungen mit Restlaufzeiten bis zu einem Jahr nahm von 42 Prozent auf 41,3 Prozent ab. Die BIZ begründet dies in erster Linie mit dem Übergang zu vollständig konsolidierten Meldungen von allen Banken mit Hauptsitz in allen berichtenden Ländern, da die vorwiegend kurzfristigen Interbankforderungen bei der Konsolidierung ausscheiden. Bei den gesamten offenen Kreditzusagen der berichtenden Banken fällt in der Berichtszeit ein starker Rückgang von 98,6 Mrd. Dollar Mitte 1984 auf 86,7 Mrd. Dollar Ende 1984 auf. Dies reduzierte den Anteil der gesamten offenen Kreditzusagen von 17,5 auf 15,3 Prozent der gesamten ausstehenden Forderungen zum jeweiligen Dollarkurs.

Am stärksten nahmen die offenen Kreditzusagen gegenüber den entwickelten Ländern außerhalb des Berichtsgebiets und Nicht-Opec-Entwicklungsländern ab. Darin sieht die BIZ die vermehrte Inanspruchnahme von alternativen Quellen der Auslandsfinanzierung durch etliche Länder, wie auch die Zurückhaltung der Banken bei der Gewährung neuer Kredite an stark verschuldete Länder. Bei den entwickelten Ländern war der Anstieg der Bankforderungen mit zehn Mrd. Dollar am stärksten. Bei den offenen Kreditzusagen kam es in dieser Gruppe zu einem spürbaren Rückgang auf 29,4 (33,33) Mrd. Dollar.

Die Forderungen der Banken gegenüber Nicht-Opec-Entwicklungsländern stiegen in der Berichtszeit um 6,5 Mrd. auf 297 Mrd. Dollar. Der Anteil kurzfristiger Forderungen ging von 38 auf 36,4 Prozent zurück. Die offenen Kreditzusagen der Banken gegenüber dieser Ländergruppe wurde von 41,4 Mrd. auf 35,4 Mrd. DM zurückgenommen, während es zum jeweiligen Dollarkurs zu einer Zunahme um 2,6 Mrd. Dollar kam. Davon waren vor allem die lateinamerikanischen Länder betroffen.

CHILE / Erdbeben hemmte Wirtschaftsaufschwung

Neue Kredite stehen bereit

FLORIAN NEHM, Frankfurt

Um „fresh money" für sein mit über 20 Milliarden Dollar im Ausland verschuldetes Land aufzutreiben, besucht der chilenische Finanzminister *Ernán Buchi seit Anfang Juli* die Finanzzentralen des Nahen und des Fernen Ostens, Europas und Nordamerikas. In der Frankfurter Zentrale der Dresdner Bank stellte Buchi das geschnürte Paket vor. *Demnach* erhält Chile von einem internationalen Bankenkonsortium 785 Mill. Dollar neuer Mittel. Zusätzlich gewähren die Privatbanken einen Kredit über 300 Mill. Dollar – zur Hälfte von der Weltbank garantiert. Das Abkommen sieht ferner eine längere Tilgungsfrist für die zwischen 1985 und 1987 fälligen *öffentlichen und privaten* Schulden Chiles vor. Diese 4,5 Mrd. Dollar und ein nicht genannter Schuldbetrag chilenischer Unternehmen müssen *so, bei sechs Freijahren,* erst in zwölf Jahren zurückgezahlt sein.

Außerdem wurde für 5,2 Mrd. Dollar die Zinsbemessung von der Prime Rate auf den günstigeren Londoner *Interbankenzins (Libor)* umgestellt. Der neue Zinssatz liegt 1¼ und 1⅜ über Libor. 1,7 Mrd. Dollar kurzfristiger Handelskredite wurden bis Ende 1987 verlängert.

Schon im Februar verständigte sich die Regierung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) auf ein Wirtschaftsprogramm, das die Kreditwürdigkeit des Landes fördern soll. Es sieht nach Buchis Worten insbesondere Sparmaßnahmen der *öffentlichen Hand* und zurückhaltende Lohnabschlüsse vor. Schon Ende Juni beschloß die Regierung in Santiago eine neunprozentige Abwertung des chilenischen Peso, die dritte größere Abwertung in zehn Monaten. Ein „realistischer Wechselkurs" soll auch in Zukunft bestehen.

Bei den Verhandlungen wurde für *das laufende Jahr* ein Wachstum von drei bis vier Prozent und eine Inflationsrate von 23 Prozent zugrunde gelegt. Chiles Wirtschaft, die 1984 mit einer Zunahme des Bruttosozialprodukts um 6,4 Prozent eine kräftige Erholung einleitete, erlitt mit der Erdbebenkatastrophe vom 3. März einen schweren Rückschlag.

Für die Wirtschaftsentwicklung entscheidend sind der Kupferpreis, dem *Hauptausfuhrerzeugnis,* die Exportfähigkeit chilenischer Früchte und die innenpolitische Stabilität, die von der Arbeitslosigkeit von derzeit 15 Prozent stark abhängt. Minister Buchi kündigte an, daß wahrscheinlich 1988 und 1989 die nächsten *Umschuldungen anstehen; 2,4 Mrd. und 2* Mrd. Dollar.

BILLIGFLAGGEN

Dritter Anlauf brachte Erfolg

IRENE ZÜCKER, Genf

Der dritte Anlauf, ein internationales Abkommen über die Registrierung von Handelsschiffen zu erreichen, *endete am Freitag in Genf mit* einem Erfolg. Die Vertreter von 100 Ländern, die im Rahmen der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad) seit Montag in Genf *tagten, einigten sich* darüber, daß ein Teil der Besatzungsmitglieder der Schiffe unter sogenannten Billigflaggen dem Registerland angehören müssen. Außerdem sollen Angehörige der Flaggenstaaten am Kapital der Reedereien beteiligt werden, die ihrerseits ständige Vertreter *in den* Flaggenstaat entsenden müssen.

Mit dem Managementbüro am Ort muß die Reederei im Flaggenstaat eine Niederlassung, den Stammsitz *oder im Minimum einen Vertreter* domizilieren, der die juristischen und finanziellen Verpflichtungen des Schiffseigentümers übernimmt, ein handlungsbefugter und einklagbarer Repräsentant, der für den Flaggenstaat greifbar ist.

Die Besatzungsfrage ist für die Industriestaaten akzeptabel ausgefallen: *Ein befriedigender Anteil an Offizieren* und Mannschaft müssen die Staatsangehörigkeit oder ihren Wohnsitz im Flaggenstaat haben.

Für die Kapitalbeteiligung werden die Flaggenstaaten in ihrer Gesetzgebung „die Regeln einer angemessenen Beteiligung von Staatsangehörigen an den Schiffen festlegen sowie eine Beteiligungshöhe, die Gerichtsbarkeit und Kontrolle über die Schiffe gewährleistet. An der nächsten Sitzung Anfang 1986 sollen die noch offenen Punkte verhandelt werden wie die Schlußklauseln und der rechtliche Charakter des Vertragstextes.

China / Geschäftspartner spüren den Sparkurs

Konsumgüterimport sinkt

dpa/VWD, Peking

Vier Monate nach dem Nationalen Volkskongreß, auf dem Ministerpräsident Zhao Ziyang die Bremse gegen inflationäre Ausgabenpolitik und konjunkturelle Überhitzung zog, spüren Chinas westliche Geschäftspartner die Folgen. Bei den Importen, insbesondere von Konsumgütern, zeichnet sich nach dem Boom des vergangenen Jahres für 1985 ein scharfer Knick nach unten ab. Viele mittlere und kleinere Gemeinschaftsprojekte, die mit amerikanischen, westeuropäischen und japanischen Beteiligungen kurz vor dem Abschluß standen, wurden in den vergangenen Monaten nach Auskunft westlicher Bankenfachleute von den Chinesen abgesetzt oder in die Warteschlange eingereiht. Die einstige deutsche *Kolonie* Tsingtao *gehört zu* den zehn von insgesamt 14 für das Auslandsengagement geöffneten Küstenstädten, denen die Zentralregierung zugunsten verstärkter regionaler Schwerpunktförderung kürzlich bis auf weiteres Zurückhaltung beim wirtschaftlichen Ausbauprogramm verordnet hat.

Bei *ausländischen Lieferanten und* Projektpartner schlägt sich der kontrollierte Umgang mit den chinesischen Devisenreserven nieder, die innerhalb eines halben Jahres bis Ende März um 30 Prozent auf 11,3 Mrd. Dollar schrumpften. Westliche Experten sind trotz dieser Geschwindigkeit von diesem Stand, der fünf bis sechs *Monatsimporte* abdeckt, absolut nicht beängstigt. Die Bank of China deutete aber an, daß mit Rücksicht auf die Anforderungen des 1986 einsetzenden neuen Fünf-Jahres-Plans und die Kreditwürdigkeit im Ausland ein Devisenpolster von mindestens zehn Milliarden Dollar erhalten werden soll.

So müßten die Provinzen bei den Devisenzuteilungen für 1985 Kürzungen um durchschnittlich ein Viertel bis zu einem Drittel im Vergleich zum *Vorjahresniveau* hinnehmen, und ihre bereits Ende 1984 aufgestellten Projektpläne entsprechend kürzen. Zusätzlich gefördert wird die Sparsamkeit mit den Währungsreserven *durch* voraussichtliche Ausfälle in diesem Jahr auf der Einnahmeseite. Die chinesischen Exporte sind bislang erheblich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Bei einer Steigerungsrate von zehn Prozent auf insgesamt 24,4 Mrd. Dollar im vergangenen *Jahr, betrug der Zuwachs im* 1. Quartal 1985 lediglich 2,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Chinesische Handelsexperten geben zu, daß diese Entwicklung zum Teil eine unerwünschte Folge der im vergangenen Oktober eingeleiteten Industriereform ist. Dabei wurden einerseits im Interesse gestärkter Unternehmensautonomie die vorher staatlich festgelegten Produktionsquoten für den Export abgeschafft, und andererseits fielen auch die Subventionen weg, *mit denen das* Außenhandelsministerium die Differenz zwischen *Inlandsmarkt-* und den gewöhnlich niedrigeren Weltmarktpreisen ausgeglichen hatte. Bei steigender Kaufkraft und Nachfrage auf dem Binnenmarkt zogen es deshalb viele Unternehmen vor, ihre Waren mit besseren Profiten in China selbst zu verkaufen, *was die* Regierung dazu veranlaßte, im Mai die Subventionspraxis wieder aufzunehmen und den Export zur ersten Priorität zu erklären. Die chinesische Führung versichert jedoch, daß eine Revision der Öffnungspolitik beziehungsweise der wirtschaftlichen Entwicklungsziele nicht zur Debatte steht.

CO OP-GUTACHTEN

Miete für Sarstedt war nicht überhöht

dpa/VWD, Hamburg

Die Vorstandsmitglieder der co op AG, Frankfurt, die über einen geschlossenen Immobilienfonds am co *op-Lager in Sarstedt bei Hannover* Beteiligungen erwarben, haben keine unberechtigten Vorteile erlangt. Dies geht aus einem Gutachten der GWP Wirtschaftsberatungs- und Treuhandgesellschaft *mbH, Hamburg, hervor,* das auf Verlangen des co op-Aufsichtsratspräsidiums in Auftrag gegeben worden war.

Wie gestern in Hamburg bekannt wurde, war die Höhe der Miete, die der Fonds – Herbert Unger Grundstücksverwaltungs-KG – von der co op *für das Lager- und Verwal*tungsgebäude verlangte, laut Gutachten „angemessen". Die Mietvereinbarung sei auf der Grundlage einer langfristigen Abdeckung der Investitions- und Betriebskosten der Unger KG vereinbart worden. Ansätze für „überhöhte Mietsätze" seien in dem am 1. Juni 1981 geschlossenen Vertrag nicht festgestellt worden.

Die co op AG hatte bereits am 9. Juli auf Vorwürfe des Norddeutschen Rundfunks (NDR), Vorstandsmitglieder der co op hätten sich „zu Lasten des Unternehmens bereichert", mit dem Hinweis reagiert, daß die Verzinsung für das in Sarstedt eingesetzte Privatkapital von co op-Managern bei 6,4 Prozent gelegen habe. Ein*schließlich der von Fall zu Fall* unterschiedlichen Steuervorteile habe die Rendite im Schnitt zwölf Prozent betragen. Co op-Chef Bernd Otto hatte die einmalige, mit dem Aufsichtsrat abgestimmte Beteiligung am Immobilienfonds mit der 1981 angespannten Kapitaldecke des Unternehmens begründet.

OPEC

Einigung schwer vorstellbar

dpa/VWD, Genf

Zu einem neuen Versuch, die Erdölpreise und Produktionsmengen der Lage auf dem internationalen *Markt* anzupassen, treffen sich die Fachminister der 13 Mitgliedsstaaten der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) heute in Genf. Nach dem Scheitern der *Konferenz* in Wien erwarten Beobachter auch von den Beratungen in Genf keine Resultate, die das einst mächtige Kartell aus der anhaltenden Krise führen könnten. *Die* Befürchtungen werden genährt von den unterschiedlichen Äußerungen, die im Vorfeld des Treffens zu hören sind.

Saudi-Arabien setzt sich für eine Änderung der Preis-Differentials (Auf- und Abschläge für verschiedene Rohölsorten gegenüber dem Richtpreis für die Basissorte „Arabian Light") ein. Die Vereinigten Arabischen Emirate und Iran hingegen lehnen eine Preisänderung ab, wären aber zu einer Verringerung der Fördermenge bereit.

In den vorhergegangenen Ministertreffen *waren zwar* Beschlüsse über die Einhaltung des Richtpreises von *28 Dollar pro Barrel (159 Liter)* und der Gesamtfördermenge von 16 Millionen Barrel täglich gefaßt worden, aber sie wurden vor allem von den Ländern nicht eingehalten, für die der Ölverkauf die einzige Möglichkeit darstellt, ihre hohen Schulden abzutragen. Dazu gehören außer Nigeria vor allem auch die kriegführenden *Golfstaaten Iran und Irak. Yamani,* der sich in der Vergangenheit stets um eine bessere Preis- und Förderdisziplin bemüht hatte, drohte für den Fall weiterer Verstöße gegen die Vereinbarungen jetzt mit einem Preiskrieg.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

SCHENKER / Startschuß zum größten Einzelauftrag

Sparen für Kapitalerhöhung

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Der Startschuß für die Ausführung des größten Einzelauftrags in der Geschichte des Speditionsunternehmens Schenker & Co. GmbH, Frankfurt, fiel letzten Donnerstag: Von einer irakischen Öl-Verladestelle aus machte sich der erste von 520 Tank-Sattelschleppern auf den *1300* Kilometer langen Weg zum jordanischen Hafen Akaba, wo das Öl in Richtung Brasilien verschifft wird.

Zwei Jahre lang werden die Tankwagen im Pendelverkehr 2,5 Millionen Tonnen befördern, Auftragswert für Schenker: 250 Mill. DM. Das Öl ist die Gegenleistung für 90 000 VW-Santana, die vom brasilianischen VW-Werk an Irak geliefert werden.

Mit diesem Geschäft wird der Auslandsanteil am Schenker-Geschäft – gut drei Viertel der Weltumsätze von 6,8 (5,9) Mrd. DM wurden 1984 auf internationalen Strecken erzielt – weiter gestärkt. Schon im vergangenen Jahr hatte das Ausland mit einem Zuwachs von knapp 18 Prozent mehr Schub gebracht als das Inland mit plus 14 Prozent.

Die Verkehrserträge (Umsätze bereinigt um durchlaufende Posten wie Frachten und Zölle) nahmen bei der GmbH um 6 Prozent auf 303 (291) Mill. DM zu, im Weltkonzern um fast 10 Prozent auf 869 (793) Mill. DM. Während die Verkehrserträge im reinen Inlandsverkehr nur um gut 4 Prozent stiegen, kamen die internationalen Land- und Seeverkehre auf ein Plus von 14 Prozent, das Luftfrachtgeschäft gar auf 16 Prozent Zuwachs.

Wenn trotz der günstigen Entwicklung das Geschäftsergebnis auf 7 (9) Mill. DM zurückging, so stehen dahinter die volle Nutzung der Abschreibungsmöglichkeiten (auf Investitionen unter anderem in das Bahn-Fährschiff Railship II, die mit 44 nach 43 Mill. DM zum zweiten Mal extrem hoch lagen) und die Bildung umfangreicher Rückstellungen.

Der Jahresüberschuß von 4,5 (4,2) Mill. DM wird nicht an die Muttergesellschaft Deutsche Bundesbahn ausgeschüttet, sondern zur Vorbereitung einer Kapitalerhöhung auf 80 (60) Mill. DM den Rücklagen zugeführt.

BOSCH-SIEMENS-HAUSGERÄTE/ Auf hart umkämpftem Markt neue Wachstumsimpulse durch Mikrowelle

Erfolg mit Geschirrspülern und Wäschetrocknern

DANKWARD SEITZ, München

Hohe Überkapazitäten in Europa und der immer härter werdende Wettbewerb bei einem im hohen Maße gesättigten Hausgeräte-Markt werden nach Ansicht von Helmut Plettner, Vorsitzender der Geschäftsführung der Münchner Bosch-Siemens-Hausgeräte GmbH (BSHG), über kurz oder lang zwangsläufig zu einer deutlichen Kapazitätsbereinigung führen müssen, die vor allem italienische Wettbewerber treffen wird. Besonders ärgerlich empfindet er es dabei, daß derzeit angesichts der schlechten Branchenkonjunktur – der Geräteabsatz deutscher Hersteller ging im ersten Halbjahr 1985 um 2,5 Prozent zurück – im Zuge des allgemeinen Preisverfalls der Handel *auch zunehmend die Preise für* Bosch-Siemens-Geräte zurücknimmt.

Mit Neuentwicklungen und Qualitätsverbesserungen hofft Plettner, sich nicht nur dem Branchentrend weiterhin entziehen, sondern auch noch im Herbst durchschnittliche Preiserhöhungen von 4 bis 5 Prozent durchsetzen zu können. Als besonders erfolgreiches Beispiel nennt er dafür die von BSHG Anfang 1983 auf den Markt gebrachten Mikrowellengeräte. 1984 habe man davon schon 75 000 Stück verkaufen können. Im laufenden Jahr sollen es 150 000 Stück sein bei einem Marktvolumen von etwa 260 000 Geräten. Die Nachfrage nach diesen Mikrowellengeräte sei so groß, daß man Lieferzeiten von zwei bis drei Monaten habe und im Herbst die Produktion vom 2- auf den 3-Schicht-Betrieb umstellen müsse.

Stärke demonstriert die BSHG 1985 auch mit einem Investitionsvolumen von *150 (106) Mill. DM* mit, so Plettner, steigender Tendenz in den nächsten Jahren. Eine für die Branche „stolze Zahl", die aus eigener Kraft finanziert werden soll. Zudem wurde seit Jahresanfang die Zahl der Beschäftigten um 550 auf 13 530 Mitarbeiter aufgestockt – das sind 800 mehr als Ende 1983. Insgesamt hofft Plettner, daß 1985 wieder ein überdurchschnittliches Wachstum erreicht werden kann, nachdem im ersten Halbjahr der Umsatz um 8 Prozent über dem Vorjahresniveau lag. Der Export nahm sogar um eine zweistellige Steigerungsrate zu.

Bereits im vergangenen Jahr verzeichnete die BSHG mit 4 (6) Prozent auf 3,01 Mrd. DM ein leicht höheres Umsatzwachstum als die Branche. In der Gruppe – einschließlich der Neff GmbH – waren es plus 3,1 (13,1) Prozent auf 3,21 Mrd. DM. Zu diesem Erfolg trugen nach Angaben von Plettner neben Mikrowellengeräten *im wesentlichen noch Geschirrspüler* und Wäschetrockner bei. Vom Gesamtumsatz entfielen 24 Prozent auf Herde/Wärmegeräte, 19 Prozent auf Kälte- und Wäschepflegegeräte, 10 Prozent auf Geschirrspüler, 8 Prozent auf Kleingeräte und 3 Prozent auf Küchen sowie 11 Prozent auf Braune Ware. Die Exportquote wird mit 33 (32) Prozent angegeben.

Unter dem harten Preiswettbewerb mußte allerdings trotz besserer Kapazitätsauslastung von 94 (92) Prozent eine leichte Verschlechterung der „noch immer guten Ertragslage" hingenommen werden. Das Ergebnis nach Steuern verminderte sich auf 44 (44,5) Mill. DM. Daraus wurden 20 (20,5) Mill. DM in die Rücklagen eingestellt und wieder 24 Mill. DM an die beiden Mütter Bosch und Siemens – sie sind mit je 50 Prozent am Stammkapital von 240 Mill. DM beteiligt – abgeführt. Auch der Cash-flow sank auf 175 (210) Mill. DM bei Abschreibungen von *unverändert 91 Mill. DM* und Aufstockung der Rückstellungen auf 540 (468) Mill. DM, wovon 304 (263) Mill. DM auf Pensionen entfallen.

HEMPEL

Stark im Nuklear-Geschäft

J. G. Düsseldorf

Mit 350 Mill. DM Jahresumsatz und 50 Beschäftigten nennt Alfred Hempel den Umfang der von ihm aufgebauten und geleiteten Firmengruppe rings um die seinen Namen tragende GmbH & Co. KG in Düsseldorf. Der Firmenchef startete erst vor 20 Jahren als Unternehmer mit der Vermittlung von Lizenzen und dem Exklusiv-Vertrieb von Isotopen aus der Sowjetunion. Mit Moskau konnte er auch einen Exklusiv-Agenturvertrag über den Verkauf von Urananreicherungs-Dienstleistungen an deutsche Kernkraftwerke abschließen (mit inzwischen mehr als 5 Mrd. DM vermitteltem Vertragsvolumen).

Mit seiner Düsseldorfer Inter-Nuclear GmbH nebst Schweizer Tochter strebt Hempel auch einen Agenturvertrag mit China für sein Projekt an, die Entsorgung europäischer Kernkraftwerke mit Wiederaufbereitung und Endlagerung abgebrannter Brennelemente in China zu betreiben. In der Sowjetunion und in China liegen denn auch die Haupt-Bezugsquellen für den neuerdings verstärkten Rohstoffhandel der Gruppe, der nebst Chemiehandel 1984 bei 35 Mill. DM *Umsatz lag* und in diesem Jahr auf *50* bis 60 Mill. DM kommen soll.

RENTENMARKT / Bundesbank nahm Material auf

Zinsen gehen weiter zurück

Am Rentenmarkt sezte sich in der letzten Woche der Trend fallender Renditen fort. Die Beschlüsse des Zentralbankrats und die neue Liquiditätshilfe für die Banken mit günstigeren Konditionen als bei dem letzten, jetzt abgelaufenen Zinstender, haben den abwärtsgerichteten Zinstrend nochmals bestätigt, auch wenn *es bis jetzt noch nicht zu einer Sen*kung der Leitzinsen gekommen ist. Die von der Börsen-Daten-Zentrale, Frankfurt, berechnete Durchschnittsrendite für die Anleihen von Bund, Bahn und Post ermäßigte sich in den letzten fünf Börsentagen weiter von 6,34 auf 6,29 Prozent. Allerdings mußten die kursregulierenden Stellen zuletzt Material aus dem Markt nehmen. (lf)

Emissionen	19.7.1 85	12.7. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,29	6,34	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,43	6,50q	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,34	6,42	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,87	6,87	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,43	6,46	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,12	6,18	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,95	6,98	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,41	6,46	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,00	7,06	7,20	8,08	8,45

KALIKO-GRUPPE / Konsequente Innovations-Politik

Investitionen aufgestockt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Ihre Linie, Innovationen in technisch hochwertigen Produkten zu suchen und auf den ausländischen Märkten eine Nischenpolitik zu betreiben, will die zum Continental-Konzern in Hannover gehörende Kaliko-Gruppe, Eislingen, konsequent fortführen. Für das laufende Jahr erwartet der Sprecher der Geschäftsführung, Dieter Encke, ein Umsatzplus von „mehr als 10 Prozent". In den ersten fünf Monaten belief sich der Umsatzzuwachs der Kaliko-Gruppe, deren *Umsatzschwerpunkt* bei Kunststoff- und Kunstlederprodukten vor allem für die Autoindustrie liegt, auf 15 Prozent.

1984 war der Umsatz der Gruppe trotz arbeitskampfbedingter Einflüsse schneller als im Vorjahr um 17,7 (6,3) Prozent auf 195 Mill. DM angewachsen. Dabei kam das Stammhaus, die Göppinger Kaliko- und Kunstleder Werke GmbH, Eislingen, auf einen Umsatz von 159 Mill. DM (plus 18,5 Prozent). 16 (6) Prozent dieses *Umsatzes entfielen auf den für den* Einbau in Pkw entwickelten Formhimmel, der sich mehr und mehr als ein Umsatzrenner erweist.

Die Innovationsfreudigkeit des Unternehmens wird darin deutlich, daß im vergangenen Jahr 55 Prozent des Umsatzes mit Produkten erzielt wurde, die weniger als zwei Jahre im Programm sind. Die Exportquote verbesserte sich auf 15,4 (12,8) Prozent des Gruppenumsatzes. Nach Investitionen von 10 (8) Mill. DM sind für das laufende Jahr insbesondere zum Ausbau der Formteile-Produktion 15 Mill. DM eingeplant. Darüber hinaus wird ein spezielles Großprojekt für die Herstellung eines bestimmten Rohstoffs einen zusätzlichen Aufwand von 10 Mill. DM erfordern.

Der Anstieg des Brutto-Cash-flow auf 14,2 (11,7) Mill. DM signalisiert eine weiter verbesserte Ertragslage. Wenn lediglich 1,4 (4) Mill. DM Gewinn an die Mutter abgeführt werden, so ist dies auf Sonderabschreibungen und andere Vorsorgemaßnahmen zurückzuführen. Die Eigenkapitalquote wird mit 31,4 (34,8) Prozent angegeben. Ende des Berichtsjahres be*schäftigte die Firmengruppe 1115* Mitarbeiter (plus 8 Prozent). Die Aufstockung der Beschäftigtenzahl geht zügig weiter.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Kapital erhöht

Hannover (dos) – Die bundeseigene Prakla-Seismos GmbH, Hannover, hat ihr Stammkapital von bisher 26 Mill. DM auf 50 Mill. DM erhöht. Mitte 1986 soll das Unternehmen, das sich weltweit mit der Aufsuchung von Rohstoffen befaßt, teilprivatisiert werden. In diesem Herbst ist die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft vorgesehen.

Sandoz steigert Umsatz

Nürnberg (dpa/VWD) – Die Sandoz AG, Nürnberg, erreichte mit der Tochter Wander Pharma GmbH 1984 eine Umsatzsteigerung von 2,2 Prozent auf 403 Mill. DM. Für 1985 wird ein Umsatz von 412 Mill. DM erwartet. Mit ihren 1175 Mitarbeitern erwirtschaftete die Tochter des Schweizer Arzneimittelherstellers einen Jahresüberschuß von 25 (33) Mill. DM. Die Dividenden-Ausschüttung liegt bei 24 Mill. DM.

Marathon meldet Verlust

München (dpa/VWD) – Die Deutsche *Marathon Petroleum GmbH*, München, meldet im Jahresabschluß 1984 einen Verlust von 50,4 (78,6) Mill. DM. Der Verlust sei ein Resultat hoher Rohölpreise in Verbindung mit nicht kostendeckenden Verkaufspreisen, sagte William H. King, Geschäftsführer der deutschen Tochter der US-Gesellschaft Marathon Oil Co., Ohio. Der Verlust pro Tonne verarbeiteten Rohöls betrug 23 DM (35,60 DM). Der Marathon-Umsatz hat 1984 die Rekordhöhe von 1,9 (1,7) Mrd. DM erreicht. Der Raffineriedurchsatz ist um 4,5 Prozent auf 2,31 Mill. Tonnen gestiegen.

Streit gewonnen

Ingolstadt (os.) – 60 Mill. DM hat das Schiedsgericht der Internationalen Handelskammer in Genf der Ingolstädter Arbeitsgemeinschaft Südrohrbau zugesprochen. Mit diesem Schiedsspruch endete ein jahrelanger Streit, der zwischen dem süddeutschen Unternehmen und der Kuwait Metal Pipe Industries (KMPI) schwelte. Südrohrbau hofft nun auf eine schnelle Begleichung seitens der KMPI. Dabei vertraut die Geschäftsleitung auf die kuwaitische Regierung, die Gesellschafter der KMPI ist. *Um das Schiedsgerichtsverfahren er*folgreich durchzustehen, entstanden den Ingolstädtern Kosten von mehr als 2 Mill. DM.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Joerg E. Staufenbiel / Axel G. Koetz: Die wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten. iba-Institut, Köln, 406 S., 19,80 Mark.

Durch den Dschungel von Prüfungsordnungen, Fächerkombinationen und Studiengängen führt das Handbuch „Die wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten". Die beiden Autoren geben Studierenden und Abiturienten aus dem deutschsprachigen Raum (Bundesrepublik, Österreich, Schweiz) einen Leitfaden an die Hand, der die Wahl des Studienortes erleichtert. Ergänzt wird die Übersicht durch Berichte über neue Entwicklungen in der Wiso-Hochschulschaft und die wichtigsten Wirkungsfelder für Wirtschaftsakademiker. Zahlreiche Stellenangebote renommierter Unternehmen runden das Handbuch ab.

Adam Schaff: Wohin führt der Weg? Europa Verlag, Wien 1985, 184 S., 26,80 Mark.

Als folgenreichstes Buch des Frühjahrs wurde Adam Schaffs Analyse der Weltprobleme – als Club-of-Rome-Bericht ausgewiesen – von der Verlagswerbung angekündigt. Wer aber angetreten ist, auf 166 Seiten im Taschenbuchformat den Königsweg zur Technologiefolgenabschätzung aufzuzeigen und dabei weder den Hungernden in Afrika noch den Neomystiker in Europa auslassen will, der kann nur an der Oberfläche kratzen und Denkanstöße vermitteln. Dennoch werden die Probleme präzise formuliert und ihre Implikationen und die eventuellen Alternativlösungen exakt herausgearbeitet. Es ist ein Buch, das dem Leser mehr Raum zum Weiterdenken schenkt, als es manchem lieb sein wird.

W. Henninger / H. Linder (Hrsg.): Das Umsteigerbuch für arbeitslose Hochschulabgänger. Athenäum Verlag, Königstein 1985, 288 S., 19,80 Mark.

Heute sind in wachsendem Umfang nicht mehr nur die geistes- und sozialwissenschaftlichen Studienabgänger von der Arbeitslosigkeit betroffen, sondern zunehmend auch die früher als „karrierefest" geltenden wirtschaftswissenschaftlichen, naturwissenschaftlichen, juristischen und technischen Studiengänge sowie das Medizinstudium. Zum „Umsteigerbuch" sollte übrigens nicht erst nach dem Studienabschluß gegriffen werden, denn es enthält eine Fülle von Ratschlägen, wie man bereits während des Studiums die Chancen für einen Berufseinstieg verbessern kann.

Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik: Die Arbeitsmotivation von Führungskräften der deutschen Wirtschaft. Bonn 1985, 72 Seiten.

Seit geraumer Zeit diagnostizieren Wissenschaftler, Politiker und Demoskopen in der Bundesrepublik einen entscheidenden Werte- und Bewußtseinswandel in den Einstellungen der Menschen zu Arbeit und Beruf: Die uns allen traditionell nachgesagte Hochschätzung von Arbeit und Leistung ist stark abgeblättert, das Interesse an Freizeit hat enorm zugelegt. Stellt diese Entwicklung schon in bezug auf die Führung in Wirtschaft und Verwaltung erhebliche Anforderungen, so würden noch gravierende Probleme hinzutreten, wenn auch die „Führenden" selbst diesem Bewußtseinswandel folgten. Die Befragung, an der sich 1065 Unternehmer und leitende Angestellte beteiligten hat alles in allem ein recht positives Bild von der Arbeitsmoral und -motivation der Führungskräfte erbracht.

NAMEN

Dr. **Klaus Geiger** und Dr. **Eberhard Martini** wurden von bisher stellvertretenden zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank AG, München, bestellt. Zudem ist Dr. **Joachim Hausser**, Direktor bei der Deutschen Bank AG, als stellvertretendes Mitglied in den Vorstand berufen worden.

Dr. **Heinz Reichmann** wurde zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden des Haftpflichtverbandes der Deutschen Industrie (HDI), Hannover, berufen.

John F. Cunningham ist von seinem Posten als Präsident und Chief Operating Officer der Wang Laboratories zurückgetreten um als Chairman und Chief Executive bei der Computer Consoles Inc. einzutreten. Er bleibt jedoch im Verwaltungsrat von Wang.

Michael Hamer, bisher Direktor bei der Wardley London Holdings Limited und Wardley London Limited, ist in die Geschäftsleitung der Arbuthnot Latham Bank Limited, London, berufen worden.

Rudolf Wasner, Gründer von Datarent und mehreren Leasing-Firmen im In- und Ausland, vollendet heute das 65. Lebensjahr.

Wochenschlußkurse

New York

	19.7.	12.7.
Adv. Micro Dev.	29,75	26,5
Aetna Life	48	47,75
Alcan Aluminium	27	24,5
Alcoa	36,25	34
Allied Chemical	45	44,375
AMR Corp.	47,75	50,375
Amax	15,875	15,875
Am. Cyanamid	54,625	52,5
Am. Express	46,75	47
Am. Motors	3,375	3,75
Am. Tel. & Telegr.	22,5	23,25
Amoco Corp.	64,125	62,875
Asarco	24,5	22,5
Atlantic Richfield	58,5	58,25
Avon Products	22,874	22,375
Bally	18,125	17,625
Bk. of America	17,125	19,625
Bethlehem Steel	18,25	17,375
Black & Decker	20,375	20,25
Boeing	48,625	47,25
Brunswick	39	38,375
Burroughs	61,75	56,875
Caterpillar	36,5	34,75
Celanese	126,25	129,125
Chase Manhattan	61,5	62,5
Chrysler	35,875	34,375
Chicorp	48,125	50,625
City Investing	29,75	36,125
Clorox	39,75	39,875
Coca-Cola	74,5	73,75
Colgate	26,875	23,375
Commodore	11,125	9
Comwth. Edison	32	32,5
Comm. Satellite	37,875	36,75
Control Data	27,625	27,5
CPC Int.	44,125	44,625
Curtiss Wright	37,25	35,5
Deere	30,875	31,625
Delta Airlines	51,625	52,125
Digital Equipm.	100,375	94,25
Dow Chemical	36,5	35,875
Du Pont	60,25	57,75
Eastern Gas-Fuel	23	22,5
Eastman Kodak	46,375	45,625
Exxon	52,875	52,5
Firestone	22,125	21,125
Fluor	17,125	17,625
Ford	43,25	43,125
Foster Wheeler	13,5	13
Fruehauf	25,25	23,25
GAF Corp.	35	35
General Dynamics	79,375	78,75
General Electric	62,75	60,625
General Foods	81,125	83,25
General Motors	69,5	68,25
Gen. T. & E.	42,5	41,625
Goodrich	31,25	31
Goodyear Tire	28,75	28,5
Grace	41,75	41,25
Halliburton	28,625	28,25
Heinz	56	56,25
Hewlett Packard	37,125	35,75
Homestake	25,125	24,625
Honeywell	65	62,625
IBM	129,375	124,25
Int. Tel. & Tel.	31,625	31,625
Int. Harvester	8,75	8,5
Int. Paper	50,625	49,375
Int. North. Inc.	42,625	42,875
Jim Walter	36,125	36,25
Litton Industries	84,25	81,875
Lockheed Corp.	54,625	54,875
Loew's Corp.	52,25	49,5
Lone Star	26,375	27
Louisiana Land	32,5	32,75
LTV Corp.	8,75	7,375
Mc Dermott	26,75	26,625
Mc Donnel Doug.	86,25	83,5
Merck & Co.	117	115
Merrill Lynch	35	34,25
Mesa Petroleum	14,625	15,125
MGM (Film)	16,25	16
Minnesota M.	80,875	78,625
Mobil Oil	30,5	29,75
Monsanto	52,625	50,75
Morgan J.P.	57,75	52,75
Nat. Semiconductor	13,5	13
National Steel	28,125	26,5
NCR	35,375	31,625
Newmont	46	42,75
PanAm World	7,25	7,25
Pfizer	52	52
Phibro	45	44
Philip Morris	85,25	82,875
Phillips Petroleum	12	11,75
Pittston	12,375	11,125
Polaroid	31	32,5
Prime Computer	19,875	19,25
Procter & Gamble	58,875	57,875
RCA	45,5	46,25
Revlon	42,5	43,125
Reynolds Ind.	29	29
Rockwell Int.	40,875	38,875
Rorer Group	36	35
Schlumberger	38	37,875
Sears, Roebuck	38	34,5
Shell Oil	–	–
Singer	40,125	39,875
Sperry Corp.	50,75	51,75
Stand. Oil Calif.	36,625	37,25
Storage Techn.	2,375	2,375
Tandy	31,75	31,125
Teledyne	259,5	261,5
Telex Corp.	42,5	37,75
Tesoro	10,625	10,375
Texaco	36,75	36,375
Texas Instrum.	100,375	97,625
Tosco	4	4,75
Trans World Corp.	40,625	39,75
Transamerica	31	30,625
Travellers	48	47,25
UAL	54,875	56,75
Uccel Corp.	16,375	15
Union Carbide	48,25	48,625
Union Oil of Calif.	28	27,25
US Gypsum	41,25	42,75
US Steel	28	26,625
United Technologies	43,25	43,25
Walt Disney	90	87,75
Warner Comm.	38,375	37,75
Westinghouse El.	35,25	33,575
Weyerhaeuser	29,625	29,5
Whittaker	26,125	24,875
Woolworth	46,375	46,375
Xerox	54,125	54,75
Zenith Radio	18,375	17,75
Dow Jones Index	1359,54	1338,60
Stand. & Poors	195,13	193,29

Toronto

	19.7.	12.7.
Abitibi-Price	17,75	17,5
Alcan Alu.	36,25	33,125
Bk. of Montreal	31,25	31,25
Bk. of Nova Scotia	14	13,625
Bell Cda Enterprises	44,125	43,125
Bowsky Oil	3,45	3,85
Bow Valley Ind.	15,25	15
Brenda Mines	9,25	–
Brunswick M & Sm.	14,25	12,375
Cdn. Imperial Bk.	37,875	36,625
Cdn. Pacif. Enterpr.	29,125	28
Cdn. Pacific Ltd.	19,375	18,625
Cominco	12,375	12
Conwest Res.	2,9	2,9
Denison Mines	13,75	12,25
Dome Petroleum	2,82	2,85
Domtar	21,5	21,25
Falconbridge Ltd.	20,5	18,75
Great Lakes Forest	22,75	21,5
Gulf Canada	17,5	17,5
Gulfstream Res.	1,12	1,15
Hiram Walker Res.	33,5	33,125
Hudson Bay Mng. Sp.	6,75	6,375
Husky Oil	9,5	9,75
Imperial Oil -A-	51,5	50,875
Inco	20	18,5
Inter City Gas Ltd.	14,625	14,5
Interprov. Pipeline	42,75	42,25
Kerr Addison	–	16
Lac Minerals	31,25	28,5
Massey Ferguson	2,72	2,88
Moore Corp.	28,625	27,875
Noranda Mines	15,75	15,25
Norcen Energy Res.	13,75	14,5
Northgate Expl.	–	4,75
Northern Telecom.	52,5	49,5
Nova An Alberta "A"	6,75	6,5
Nu West Group	0,45	0,46
Oakwood Petrol	7,75	7,375
Provigo Inc.	24,25	21
Ranger Oil	4,4	4,4
Revenue Properties	1,9	1,88
Rio Algom	22,25	20,75
Royal Bk. of Can.	31,5	32
Seagram	56,75	54,125
Shell Canada	24,875	25,875
Sherritt Gordon	7	6,625
Stelco -A-	23,375	22,25
TransCdn. PipeLines	27,875	27,5
Westcoast Transm.	18	18,5
Index: TSE 300	2804,10	2757,40

Tokio

	19.7.	12.7.
Alps	1300	1350
Bank of Tokyo	887	958
Banyu Pharma	730	–
Bridgestone Tire	565	546
Canon	971	1000
Daikin Kogyo	625	622
Daiwa House	730	719
Daiwa Sec.	995	1000
Eisai	1240	1250
Fuji Bank	1790	1800
Fuji Photo	1900	1850
Fuji Radio	1910	1950
Hitachi	710	690
Honda	1460	1450
Ikegai Iron	375	361
Isetan	660	600
Ito Yokado	2650	2500
Japan Air	7160	7180
Japan Met.	395	385
Japan Syn. Rubber	374	367
Kajima	410	409
Kansai Elec.P.	1950	1930
Kao Soap	814	810
Kawasaki H	186	181
Kawasaki S	153	149
Kirin Brewery	671	675
Komatsu	540	520
Kubota Iron	358	351
Kyocera	3840	3750
Makita El.	911	949
Marui	1300	1240
Matsushita El. Ind.	1340	1280
Matsushita El. Wks.	745	760
Mitsubishi CP	676	697
Mitsubishi El.	364	377
Mitsubishi Estate	921	911
Mitsubishi Heavy I.	329	327
Mitsui Co. Ltd	437	427
Mitsukoshi	640	610
Mitsumi El	684	751
Nichicon	680	–
Nihon Cement	354	375
Nikko Sec.	870	896
Nippon El.	944	930
Nippon Kokan	150	148
Nippon Oil	882	940
Nippon St.	168	157
Nippon Yusen	301	299
Nissan Motor	632	626
Nomura Sec.	1310	1350
Olympus	1080	1170
Pacific-Ocean	385	373
Pioneer	1710	1730
Renown	735	709
Ricoh	872	909
Sankyo	1120	1080
Seiyu Stores	701	675
Sekisui Pref.	734	700
Sharp	815	810
Shiseido	1090	1060
Sony	3750	3830
Sumitomo Bank	1990	2080
Taisei Corp.	323	312
Taisho Marine	676	688
Takeda Chem.	782	775
Teijin	447	447
Tokyo Elec.	870	969
Tokyo Gas	233	232
Tokio Marine	976	1020
Tokyo El. Power	2240	2180
Toray Ind.	470	468
Toshiba Elec.	352	338
Toto	755	740
Toyo Kogyo	452	450
Toyota Motor	1230	1230
Yamaichi	905	910
Yamanouchi	2960	2700
Yamaha	675	715
Yamazaki	804	800
Index	1044,70	1048,30



„Was bin ich?" – Guido Baumann, Annette von Aretin, Hans Sachs und Marianne Koch entschlüsseln die „mysteriösesten" Handbewegungen und tasten sich an die Antwort auf die bereits zur Fernseh-Legende gewordene Frage heran. FOTO: DW

Von Anfang an dabei (1): Robert Lembke, Struppi und ein Finanzminister

Charivari aus der Blindenanstalt

Es war wohl weder Mitleid noch Vorsicht, sondern schlicht Platzmangel, der den Bayerischen Rundfunk veranlaßte, den neuen Direktionsbereich „Fernsehen" für die Versuchsphase in der Blindenanstalt in der Lothstraße anzusiedeln. Der Spott aus dem Funkhaus war zu naheliegend, zu billig, als daß er wirklich getroffen hätte. Was uns aber irritierte, war die Erkenntnis, daß doch eine Reihe von Produktionen noch zu sehr vom Wort lebte, daß es zuviel bebilderter Text war. Unsere Blinden hätten von den Sendungen durchaus etwas gehabt.

Den ersten großen Ärger bekamen wir ironischerweise gerade von Sendungen, in denen wir extrem auf Bild setzten. Es waren die Playback-Mozart-Opern von Kurt Wilhelm. Er übernahm die Stimmen von Sängerinnen und Sängern und ließ ihre Rollen von Schauspielern spielen. Es war ein Genuß, ich bin ganz sicher, daß Mozart Vergnügen an dieser Form gefunden hätte. Nicht nur, daß Opernsängerinnen früher nicht so hübsch waren wie heute – Wilhelm mißtraute auch ihren schauspielerischen Talenten. Es gab einen Sturm der Entrüstung, der mir auch heute noch immer unverständlich ist. Schwindel war das höflichste Wort, das wir in diesem Zusammenhang zu hören bekamen. Den Damen und Herren des Opernensembles warf man einfach Verrat vor.

Eine ganz andere, eher bittersüße Erinnerung verdanke ich auch Kurt Wilhelm. Er produzierte damals eine bunte Unterhaltungssendung, eine Mischung aus Musik und Wortbeiträgen, die er nach den in Bayern sehr beliebten Ketten mit Anhängseln aller Art „Charivari" nannte. Als Parodie auf die damals in allen Hitlisten auftauchenden Heimatschnulzen schrieb er, mit der Musik seines Bruders Rolf ein Lied vom alten Nachtwächter, der einsam seine Runden dreht und sich dabei seine Gedanken macht. Es tropfte vor Schmalz, aber wir hatten alle Hände voll zu tun, um zu verhindern, daß dieses Liedchen zu einem Riesenschlager wurde. Ironie und Satire haben nur dann eine kleine Chance, wenn sie wenigstes in der richtigen Schublade liegen.

In diese Zeit fiel auch der Anfang von „Was bin ich". Ich war damals einige Zeit in England und fand bei der BBC eine Sendung, die fernsehgerecht aufbereitet, einem Spiel glich, mit dem unser Mathematikprofessor seine Horde von Lausbuben bei verregneten Schulausflügen bei Laune zu halten versuchte.

Das Ding hieß „What's my line", war ganz amüsant – und vor allem billig zu produzieren. Ich kaufte also die Rechte für den Bayerischen Rundfunk und fing nach meiner Rückkehr an, ein Team zusammenzustellen. Das gelang auch, nur einen Moderator fand ich nicht – die Kollegen vom Hörfunk waren nicht so ohne weiteres bereit, ihr Millionenpublikum gegen unsere paar Zuschauer einzutauschen. Also machte ich es zunächst einmal selbst. Daß daraus 300 Sendungen und dreißig Jahre werden sollten, konnte ich damals wirklich nicht ahnen.

Das Markenzeichen der Sendung war damals mein Foxl „Struppi". Die Stellprobe war am Neujahrstag 1955, und damit der arme Kerl nicht ganz allein zu Hause bleiben mußte, nahm ich ihn mit. Bei der abschließenden Besprechung waren alle Kameraleute und der Regisseur der Meinung, daß das beste an der Sendung der Hund sei. Mein schüchterner Einwand, was



Terrier Jacky trat die Nachfolge des ersten Fernsehhundes Struppi an der Seite von Robert Lembke an FOTO: FRED LINDINGER

denn der Hund solle, wurde weggewischt – er könne ja auf das Geld aufpassen.

So kam der Hund in die Sendung. Am Anfang tat sich nichts. Einige Zuschauer meinten, der Hund sei nett, andere fragten, was denn der Hund eigentlich solle. Das änderte sich sehr plötzlich, als ich den damaligen Bundesfinanzminister Schäffer als Gast im Studio hatte. Um den Struppi bei Laune zu halten und sein Interesse an den Geldhäufchen vorzutäuschen, legte ich hinter die Münzen ein Stück Schokolade. Bei der Begrüßung kam Schäffer der Schokolade zu nahe und Struppi fuhr wie ein Wilder auf ihn los.

Schäffer schrak zurück, stolperte, warf seinen Stuhl um – es war das reine Chaos. Von diesem Moment an war der Hund etabliert. Er bekam Geschenke und Briefe, alle mit dem selben Tenor: Wir als Steuerzahler können den Finanzminister ja nicht beißen, Du aber hast das stellvertretend für uns getan.

*

In den ersten Jahren wurden alle Sendungen live gefahren. Magnetaufzeichnungen gab es noch nicht, und die Filmaufzeichnungen waren sehr teuer und wurden selten gemacht. Der größte Teil ist dann später verbrannt oder bei den Löscharbeiten verloren gegangen. Es gibt eine Reihe von Produktionen, die ich gerne noch einmal gesehen hätte.

Von Anfang an fiel mir auf, daß die Reaktion auf Kommentare und andere politische Meinungsäußerungen wesentlich heftiger war als im Hörfunk. Auch das Gedrängel vor den Kameras des Fernsehens wurde immer heftiger. Vor allem die zweite und dritte Garnitur der Politik zeigte hier einen unvermuteten Einfallsreichtum. Bei den Versuchen der Parteien, auf die Personalpolitik der Häuser einzuwirken, gab es noch eine Schamschwelle, die inzwischen weitgehend abgetragen ist.

Daß uns Journalisten beim Fernsehen ganz besonders auf den Mund gesehen werden würde, liegt an gewissen Eigenheiten unseres Berufs. In diesem Land kommen täglich einige tausend Züge pünktlich und ordentlich an. Das betrachten alle als normal. Die Nachricht ist der eine Zug, der entgleist. Natürlich gibt das ein etwas schiefes Bild von der Wirklichkeit, es ist, wie es jetzt so schön heißt, nicht ausgewogen.

Sicher berechtigt ist die Forderung nach Ausgewogenheit des Programms, es von jeder einzelnen Sendung zu verlangen, ist weltfremd. Immerhin – das früher übliche Verfahren den Überbringern schlechter Nachrichten die Köpfe abzuschlagen, wird von den Großen dieser Erde als zu auffällig kaum mehr geübt. Dies gilt übrigens nur für einen immer kleiner werdenden Teil unserer Welt – Toleranz ist rückläufig.

*

Eine der interessantesten Einrichtungen der ARD war die ständige Programmkonferenz, an der die Fernsehdirektoren aller Anstalten und häufig auch die am Programm besonders interessierten Intendanten teilnahmen. Es gab heftige und doch fruchtbare Debatten. Unsere Protokollführerin hat über Jahre hinaus besondere Leckerbissen aufgezeichnet und die Sammlung zum Abschied eines Kollegen verteilt. Der konnte dann lesen: „Sie haben eine Art, Ihre Programme anzubieten, daß man immer glaubt, es steckt was dahinter", oder, mit einem Hauch von Karl Kraus, „Professor M. gehört zu den deutschen Psychiatern, die sich mit ihren Patienten verwechseln." Später kriegten dann auch die Kollegen aus anderen Programmen ihr Fett ab: „Klassisches Fernsehen ohne Zuschauer, das nennt man Drittes Programm".

Die Sätze sind ohne Kenntnis der Zusammenhänge und der handelnden Personen wahrscheinlich gar nicht so lustig. Aber sie zeigen doch, mit wieviel Engagement und Spaß damals alle an die Aufgabe gegangen sind. Die Konferenzen sind ernster geworden; vielleicht wird das Programm jetzt lustiger.

ROBERT LEMBKE

Am 30. 7. erzählt Werner Baecker vom Wert eines „Empfehlungsschreibens" des Schriftstellers Thomas Mann.

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.03 Ankomme Dienstag – stop – fall nicht in Ohnmacht
Lustspiel von Jean Stuart
11.45 Es ist angerichtet
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Fury
Giftlattich
15.25 Fauna Iberica
Die Herren des Waldes (1)
15.50 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Unglaublich – aber auch wahr?
Reportagen und Gespräche über Legenden und Tatsachen
17.20 Im Schatten der Eule
9. Teil: Das Picknick
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Eine italienische Legende
Giuseppe Verdi
6. Teil: Melancholie
Regie: Renato Castellani
Mit Ronald Pickup, Carla Fracci u.a.
In Mailand hat sich eine Künstlergruppe zusammengeschlossen, junge Männer, die die italienische Kunst erneuern wollen.
Verdi lassen sie links liegen, ihr Favorit heißt Richard Wagner.
21.15 Alltag in Asien
Made in Hongkong
Bericht von Winfried Scharlau
Im Stadtteil Kwun Tong, wo fast eine Million der insgesamt 5,6 Millionen Menschen leben, liegen Wohngebiete und Industrieansiedlungen eng beieinander. Weil der Platz in der Kronkolonie begrenzt ist, werden Hochhäuser nicht nur zum Wohnen, sondern auch zur industriellen Produktion gebaut. Wie seiht es heute in der britischen Kronkolonie aus, die am 1. Juli 1997 von den Chinesen übernommen wird? Der Bericht will diese Frage beantworten.
21.45 Zeit zu zweit
Désirée Nosbusch empfängt im Studio Klaus Kinski
22.30 Tagesthemen
23.00 Dr. Murkes gesammeltes Schweigen
Fernsehspiel
Nach einer Erzählung von Heinrich Böll
Regie: Rolf Hädrich
23.45 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.03 Die Vogelscheuche
Nach einer Erzählung von Barabara Euphan-Todd
3 mal 3 ist 8
15.30 Ferienkalender
Hinweise auf Ferienaktivitäten der Städte und Gemeinden
Moderation: Benny
16.05 Charlie Brown
Du bist auserwählt, Charlie Brown
16.30 Lassies Abenteuer
Die Fahrt mit dem Schlepper
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Schwerpunkt:
Aus der Rock-Pop-Szene
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Mein Freund Charlie
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Krieg heißt ihr Handwerk
Von Alexander Niemetz
Ihre frühere Bedeutung als Streitmacht hat die Fremdenlegion längst verloren. Doch noch immer finden sich Deutsche – aus Ost und West –, die für Frankreich als Söldner dienen wollen.
20.15 Cutter duldet keinen Mord
Amerikanischer Spielfilm (1969)
Mit John Gavin, Marisa Pavan u. a.
Regie: Vincent McEveety
Deutsche Erstaufführung
21.45 heute-journal
22.05 Auf Tournee
Mit einem Tourneetheater durch Deutschland
Film von Gabriele Röthemeyer
22.50 Sommerfestival im ZDF
Zum Jahr der Musik
Domenico Scarlatti
zum 300. Geburtstag
Ein Neapolitaner in Spanien
23.50 Nero Wolfe
Wer kennt Blake Ritchie?
Ein mysteriöser Unglücksfall beschäftigt diesmal den schwergewichtigen Meisterdetektiv und Orchideenzüchter Nero Wolfe: Der Anwalt Leonard Drake wurde auf dem Weg in sein Büro überfahren. Und bei ihm fand sich eine äußerst seltsame Namensliste.
0.35 heute

Ein Marshall muß vor Banditen fliehen, die ihn umbringen wollen – Mrisa Pavan, Manuel Padilla und John Gavin in „Cutter duldet keinen Mord" (ZDF). FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST
18.30 Der Regenbogenprinz (3)
Komische Menschen
19.00 Aktuelle Stunde
Regionalmagazin mit Nachrichten und Sport
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD
18.30 Der Regenbogenprinz (3)
19.00 Nahaufnahme
Das Wort hat Herr Jedermann
Hyde Park Corner – eine englische Institution
19.45 Das internationale TV-Kochbuch: Australien (2)

HESSEN
18.30 Der Regenbogenprinz (3)
19.05 Ein Platz für Tiere
Mit Prof. Bernhard Grzimek
Aussetzen von Schimpansen auf der Insel Rubondo / Menschenaffen im Zoo / Sekretär-Vögel gegen Schlangen
Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Schafft das neue DAGU-Land
Ein Entscheidungsspiel über Möglichkeiten und Grenzen von Entwicklungsprojekten
DAGU-Land ist auf keiner Karte zu finden. Es existiert nur in einem Computer-„Hirn". Sechs Fachleute haben sich die fiktive Aufgabe gestellt für eine Region zwischen der Sahara und der afrikanischen Urwaldzone ein Entwicklungsprogramm zu erarbeiten. Alle wichtigen Daten sind bereits elektronisch gespeichert.
Von und mit Franz Reither
Leitung der Sendung: Hans-E. Pries
21.45 Kottan ermittelt: Wien-Mitte
Im Bahnhof Wien-Mitte ist ein Mann erschossen worden. Kriminaloffizier Kottan und seine Leute untersuchen den Unbekannten. Sie finden in den Taschen des Toten einige Tausendschilling-Scheine. Wie sich schnell herausstellt, stammen sie aus der Beute eines Banküberfalls.
23.15 Helmut Qualtinger liest:
„Der ewige Spießer" von Ödön von Horvath (3)
23.45 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
16.00 Alter schützt vor Liebe nicht
Amerikanischer Spielfilm (1950)
Mit Ronald Reagan u. a.
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Little Joes schlimmste Stunden
20.15 Hans Hass (4)
Das Schwimmtauchgerät
21.00 Flash Gordon
21.20 Rückblende
21.35 Arenal/Mallorca
22.20 Jazz
The Dirty Dozen Brass Band
23.20 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Von der Gewöhnung zur Sauberkeit
Aus der Reihe „Welt unserer Kinder"
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
Julitag
22.50 Die Untersuchungsrichterin
Autopsie eines Zeugen
0.15 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold Hits
Amerikanische Hitparade
Mit Alicia Bridges, Culture Club, Kool & The Gang u.a.
14.00 Tarzan
Abenteuerserie, USA 1966/68
Der Zauberdoktor
Regie: Barry Skear
15.00 NEUE SERIE
Black Beauty
Teil 1
Ned kommt aus London
15.30 Musicbox
Musik, die unter die Netzhaut geht
Aktuelle Videoclips
Infos aus der Popszene
16.30 Marco
Mein Freund Rocky
Japanischer Zeichentrickfilm
17.00 Mondbasis Alpha 1
Science-fiction Serie
Rühr' die Pflanze nicht an
Eines ist sicher über den Planeten, dem sich der Mond nähert: Es gibt dort eine üppig wuchernde Vegetation – aber es stehen Kommandeur König und Maya auch schreckliche Ereignisse bevor.
18.00 Westlich von Santa Fé
Pferdediebe
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Gauner gegen Gauner
Gesundheit, Mr. Huntington
Regie: Hy Averback
19.40 Die Rache des Samurai
Teil 15
Regie: Kenji Tanaka
20.30 WM
Das Wirtschaftsmagazin
Moderation: Dr. Friedhelm Busch
Jeanette Enders
21.00 Galerie Buecher
Die Idee
Start der SAT-1-Sommer-Aktion „Sommerautoren gesucht"
Die Produzenten der Galerie Buecher bieten Ihnen die Gelegenheit, mit eigenen Geschichten den Fortgang der Familienserie mitzubestimmen.
Der oder die beste Sommerautor(in) gewinnt ein gemeinsames Wochenende mit der Familie Buecher.
Regie: Karin Howard
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Der Verführer läßt schön grüßen
Englischer Spielfilm (1965)
Mit Michael Caine, Shelley Winters u. a.
Regie: Lewis Gilbert
Eigentlich ist Alfie kein schlechter Junge. Doch er hat einen Fehler: Er kann kein Mädchen sehen, ohne sie verführen zu wollen, und er bekommt sie alle.
0.10 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
31. Der Zauberlehrling
Kompaß
Hell und Dunkel (2)
19.00 heute
19.30 Sportreport
mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Der Clan der Sizilianer
Französischer Spielfilm (1969)
Mit Jean Gabin, Alain Delon, Lino Ventura u. a.
Regie: Henri Verneuil
Der Gangster Roger Sartet hat im Gefängnis Informationen erhalten, wie man den sensationellsten Coup der Kriminalgeschichte landen könnte . . .
23.45 3SAT-Nachrichten

STUDIO

Südwestfunk und Süddeutscher Rundfunk planen eine Umstellung ihrer **Vorabendprogramme.** Wichtigstes Merkmal: Die „Abenschau" wird vom Ersten in das Dritte Programm verlegt. Aber auch die „Landesschau" ist betroffen. Diese Nachrichtensendung bleibt zwar im Ersten, wird aber von elf auf acht Minuten verkürzt und anstatt wie bisher um 19.47 Uhr – einem günstigen Termin vor der Tagesschau – bereits um 18.30 Uhr gesendet. Spätestens bis zum April sollen die Umstrukturierungen vollzogen sein.

Landtagsabgeordnete in beiden Rundfunkräten hatten vor allem gegen die neue Plazierung der „Landesschau" protestiert. Sie fürchten um die Resonanz der Landespolitik im Vorabendprogramm angesichts starker Konkurrenz im Dritten ebenso wie im ZDF. Inzwischen stimmten jedoch die Gremien beider Sender den geplanten Programmverschiebungen zu.

Danach gestalten SWF und SDR die zwei Stunden von 18.00 bis 20.00 Uhr im Rahmen der ARD künftig folgendermaßen: Gestartet wird mit einer Fernsehserie, der dann um 18.30 Uhr die „Landesschau" folgt. Weiter geht es mit dem „Sandmännchen", Quiz und Serien, jeweils unterbrochen von Werbung, bis zur Tagesschau.

Diese Neuordnung der Sendefolge im Ersten wurde nötig, da auch eine Umstrukturierung der dritten Sendekette S 3 geplant ist. Ebenfalls spätestens zum April nächsten Jahres sollen dort in stärkerem Maße vor allem Regionalsendungen ausgestrahlt werden. Aus diesem Grund verteidigte Dieter Ertl, Fernsehdirektor des Südwestfunks, die Reform. Er sprach von „geradezu spektakulären Impulsen" der Landespolitik in S 3, von einer „Renaissance der Regionalen". Ertl gab aber gleichzeitig zu, daß sich der Wettbewerb in den großen nationalen Programmen auf den Vorabend ausdehne, der außerdem noch durch private Anbieter verstärkt werde. Er bezeichnete es als „sauberste Lösung", die Konsequenzen aus diesem Wettbewerb bereits jetzt zu ziehen. nm

Besuch in der NDR-Requisite, dem Medienflohmarkt

Den Teufel ausgetrieben

„Diesen Teil der Aufgabe hast du gut gelöst", steht da am Rand des aufgeschlagenen Schulheftes mit roter, grünlich oszillierender Tinte kalligraphiert – das kann keiner nachmachen, das ist echt, wie die Tupfer und Spritzen echt sind gleich gegenüber im Regal mit den ärztlichen Utensilien, und so echt wie der Eurocheque im Fach neben den Heften und Schulbüchern. Die Nachbarschaft ist so willkürlich wie das Leben selbst, allerdings, der Leiter der Requisite weiß Bescheid, „der kennt dem lieben Gott sein Reitpferd", hätte Ludwig Thoma da gesagt, wenn er diesen professionellen Flohmarkt der Medienfabrik Studio Hamburg besichtigt hätte.

Und wirklich, das Leben schreibt die putzigsten Geschichten: Hat vor elf Jahren der gußeiserne Topf, Katalognummer St. 2018, noch im „Alten Fritz" eine Rolle gespielt, so war er vor drei Wochen im gleichen Zustand (oval, m. Deckel) und im gleichen Ersatzwert (9,00 DM) für die neue Produktion „Lesmona" im Bild. Der Eurocheque verrät, so echt er ist, seinen Spielcharakter, denn statt einer seriösen Unterschrift trägt er fünfe, übereinander gekritzelt. Fünfmal hat er sich der Kamera zeigen müssen, bei der fünften „Klappe" hat es dann geklappt, das Ding war „gestorben", im Kasten, fertig für die neue Studio-Hamburg-Produktion „Köpenick & Co."

So gehst du neugierig, aber nichts Arges im Sinn, durch die Stellagen-Gasse der Requisite, betrachtest die Kunst vieler Jahrhunderte in Schlicht-Ausführung, stolperst beinah über Krücken aller Art, da Krankenkassenkrücken und dort solche, die mehr an Stalingrad erinnern, und da hängt auch ein schwarzes Ordenskreuz in der Vitrine, dahinter sind die Rollstühle, neue, alte, ganz alte, und wie du dich nach links in die nächste Gasse wendest, stockst du, hängt doch da ein böses Schild, schwarz der flache Adler mit dem Kranz und den Haken in den Fängen, und darunter in der geknickten Schrift jener Jahre: „Geheime Staatspolizei/Staatspolizeileitstelle Nürnberg-Fürth/Außenstelle Würzburg". Wie sich die Zeitgeschichte im Requisitenkeller widerspiegelt! Da hängt ein Hitler, und da hängt noch einer, etwas blasser, mit den gleichen Fischaugen, die ihm der Kulissenmaler angedient hat, aber daneben Lincoln, und dann zwei, drei, vier Beispiele, wie der christliche Leidensmann gemalt wurde im Laufe der Jahrhunderte. Haben sie Wilhelm zwo vergessen? Nicht doch: Er hängt bunt und majestätisch und dem Freddy so unangenehm ähnlich da, dann aber kommt der große Stilbruch, der sonst doch nur dem wahren und wirklichen Leben vorbehalten bleibt: Hinter unserem lieben, alten Kaiser stehen die Südsee-Totems, wie echt aus Styropor gebastelt, mit Plaka bunt und verehrungswürdig geschmückt, so ist das Leben!

Und auch so: Wer im Studio Hamburg, im tiefen, weiten Requisitenkeller die Uta von Naumburg sehen will, muß an Karl Marx vorbei, oder auch umgekehrt, dafür kann er dann gleich in das britische Königshaus, mitten hinein in Deutschlands beliebteste Familie, die Preise sind erträglich und gleich, ob es sich um den melancholischen King George handelt oder die jetzige Monarchin, diese in jedwedem Alter (übrigens).

An Dichtern begegnet einem nur der Heinrich Heine (wenigstens als Requisit!)

Man soll's nicht übertreiben, aber die Requisitenkammer ist das eigentliche Leben. Alle sprechen vom Regisseur, alle bewundern den Poeten, alle himmeln den Mimen an, alle staunen über die Video-Künste der Elektroniker, alle schlackern mit den Ohren, wenn der Star süffig seine Stimmbänder aufdreht, aber wer denkt schon an den gußeisernen Topf, ohne den die entscheidende Szene des größten Krimis aller Zeiten zusammenbräche! Wer denkt an den Requisiteur, der alle diese Gegenstände des eigentlichen, des einfachen, des gemeinhinnigen Lebens zur Hand hat, kennt, sie richtig auswählt, einordnet und zum Mitspielen ins Atelier delegiert!

Der Teufel sitzt im Detail, sagte einst ein pfiffiger Bundeskanzler, lang ist es her. Der Requisiteur treibt diesen Teufel aus der Dekoration wie ein gelernter Exorzist.

VALENTIN POLCUCH

Charles Regnier wird 70

Der kühle Kommissar

Charles Regnier, der graumelierte Playboy ungezählter Boulevard-Komödien, der finstere Film-Bösewicht des deutschen Films, der kühle Kommisar aus der 13teiligen Fernsehserie „Mordkommision" wird 70 Jahre alt. Seit mehr als 40 Jahren steht Regnier auf der Bühne.

Sein erstes Engagement erhielt er in Greifswald, 1942 wurde er von Otto Falckenberg an die Münchner Kammerspiele geholt. Regnier hat sich als Schauspieler des leichten Faches einen Namen gemacht. In den großen klassischen Rollen war er – vielleicht zum Bedauern des Publikums – nur selten zu sehen. In den „Physikern" von Dürrenmatt spielte er den Möbius; Kipphardts Oppenheimer stellte er so dar, „ wie es sonst keiner konnte" (Friedrich Luft).

Schon als 17jähriger drehte Regnier in Prag einen Schmalfilm. Aber Charles Regnier arbeitet nicht nur als Schauspieler, er führt bisweilen auch selbst Regie. Regnier, der Französisch gleich fließend spricht, übersetzt ebenfalls Theaterstücke und Drehbücher – bisher mehr als 70 – ins Deutsche. des



Nur selten in klassischen Rollen zu sehen – Charles Regnier. FOTO: FELICITAS TIMPE

KRITIK

Plädoyer für ein besseres Gedächtnis

Als Hitler zum Zweiten Weltkrieg blies, da jubelten die Deutschen. Und als die Nazis die Juden vergasten, da schauten sie weg. Als dann das Tausendjährige Reich, nach zwölf qualvollen Jahren aus Hosianna und tiefstem Sturz in nationale Depression, in Schutt und Asche versank, da weinten sie bitterlich.

Wie es dazu kam, warum es dazu kommen mußte, wie die Deutschen – Schuldige wie Opfer – mit ideologischer Verführung, Kriegsspielen, Holocaust und Zusammenbruch fertig wurden, das war Thema des norddeutschen Theatertreffens im Mai dieses Jahres in Göttingen.

Klaus Goldinger setzte sich jetzt in seinem kritischen TV-Rückblick **Als der Krieg zu Ende war** (ARD-Nordkette) – mit Stücken, Autoren und Machern auseinander.

Brecht, Franz Xaver Kroetz, Thomas Brasch und andere lieferten den Stoff, mit dem die norddeutschen Bühnen – auf erstaunlich hohem künstlerischem Niveau - Vergangenheitsbewältigung mit den Mitteln des Theaters demonstrierten.

Ida Ehre, Prinzipalin der Hamburger Kammerspiele, dem KZ gerade noch entronnen, rief zum Auftakt des Treffens aus: „Habt ein besseres Gedächtnis." Sie verdammte den „Schlaf der Vernunft, die solche Ungeheuer gebiert" (sie meinte alle Diktatoren dieser Erde).

Die Theater selbst nahmen sich des Themas, soweit dies 45 TV-Minuten erkennen lassen, engagiert und konsequent an. Szenen aus einer Produktion des Jüdischen Theaters Warschau erschütterten besonders stark: Stückinhalt und Schicksal seiner Interpreten waren zum Teil auf tragische Weise identisch. Ein Schauspieler, aus einer jüdischen Großfamilie kommend, überlebte als einziger: „Es ist schwer, damit fertig zu werden", erklärte der Pole. „Aber Haß kenne ich nicht."

Auch Thomas Brasch's „Rotter" (die Geschichte eines Deutschen, der sich mit den Nazis ebenso bedenkenlos arrangiert wie später mit SED-Bonzen) erweist sich als schockierende Entlarvung deutscher Geschichte und denkbarer Charaktere.

Theater im Dienste des Friedens: Krieg und Kriegsende nachdenklich bedenkend. Ein trauriges Jubiläum.

AXEL MICHAEL SALLOWSKY

Pankraz, Bethesda und die arroganten Anker

Pankraz begibt sich wieder einmal ins Glashaus, diesmal, um mit Steinen nach amerikanischen Kollegen zu schmeißen. Er reiht sich damit ein in eine immer noch wachsende Fronde von Pressekritikern, die sich drüben formiert hat und die es mittlerweile schlichtweg unerträglich findet, wie sich viele Medien, besonders das Fernsehen, aufführen. Es gehe jetzt, so sagen diese Kritiker, um die Substanz eines demokratischen, zivilisierten Zusammenlebens, die von der Hybris der Medien akut bedroht werde.

Die Stichworte heißen Bitburg, Beiruter Geiselnahme, Reagans Krebsoperation. Um mit der letzteren zu beginnen: Seit Tagen nun schon belagern die Teams der Fernsehgesellschaften das Bethesda-Krankenhaus, in dem die Operation stattfand, verfolgen Ärzte, Assistenten, Pflegepersonal, versuchen sie zu Interviews und zu indiskreten Mitteilungen über den Präsidenten zu nötigen. Parallel dazu gibt es ein Gezeter in „Washington Post" und „New York Times", daß man nicht hinreichend informiert werde. Es genügt diesen Leuten nicht die an sich ja durchaus wuchtige Mitteilung, daß der Präsident Krebs habe und sich einer dramatischen Darmoperation unterziehen mußte. Sie möchten auch noch das letzte unappetitliche Afterdetail erfahren, einerseits, um es riesengroß ins Fernsehbild zu setzen, andererseits, um dann selbst darüber zu entscheiden, ob die präsidiale Krankheit einen nationalen Notstand begründe oder nicht.

Ähnlich degoutant und anmaßend ging es bei der Beiruter Geiselnahme zu. Wieder rückte die ganze Televisions-Blase an, okkupierte gleichsam den Beiruter Flughafen und begann, sich per Bild und Ton am Elend der vorgeführten Geiseln zu weiden. Parallel dazu rückten die Geiselnehmer und die ihnen akkordierten Halunken im Nu zu honorigen Interviewpartnern auf, machten via ABC und NBC weltweit Propaganda für den Terror und deformierten das Drama am Ende voller Zynismus zu einer harmlosen, spießbürgerlichen Kaffee-und-Kuchen-Party.

In Bitburg schließlich, wo man weder Afterregionen noch mit Kalaschnikows herumfuchtelnde Halunken ins Bild setzen konnte und wo sich das angebliche „SS-Hotel" als ein schlichtes Kloster der Salesianer entpuppte, begann die Meute, sich die Story von vornherein selber zusammenzubasteln. Sie dekorierte Gräber von SS-Leuten mit den Farben der Bundesrepublik und schickte die Bilder davon dann als „Beweis" in die Welt, daß Reagan den Nationalsozialisten aufgesessen sei. Wohl mancher, der das damals beobachtete, wird im stillen der deutschen Presse Abbitte geleistet haben. Denn so etwas kommt bei uns ja nicht einmal im „Spiegel", höchstens in „Stern" und WDR vor. Bei der „Vierten Gewalt" von Washington schien es üblicher, allgemeiner Brauch zu sein.

Es ist das alte Lied: Überall dort, wo eine an sich gute Sache auf die Spitze getrieben wird, schlägt sie nur allzu leicht ins Gegenteil, in absolutes Übel um. Die Pressefreiheit ist ein hohes Gut, eines der höchsten in einer freien Gesellschaft. Sobald sie aber aus dem Zusammenhang mit anderen Rechtsgütern herausgelöst wird und sich nur noch selber sieht, enthüllt sie diabolische Züge. Datenschutz, den gerade bestimmte Presseleute gegenüber auch noch so harmlosen Behörden lautstark einfordern, wird für sie zum Fremdwort. Sachliche Information wird (siehe Beirut) von hemmungsloser Indoktrination überschwemmt, wie sie nicht einmal die gelenkten Medien des Ostens zu fabrizieren vermögen. Und am Ende (siehe Bitburg) gipfelt alles in der bewußt arrangierten Lüge.

Was hier ins Abseits führt, ist nicht in erster Linie die gleichsam klassische Sensationslust des Boulevards und auch nicht der Eifer, die Konkurrenz abzuhängen und einen „Scoop" zu servieren (obwohl natürlich auch diese Faktoren ihre Rolle spielen). Am schlimmsten wirkt sich vielmehr das aus, was landläufig als der Gipfel eines „engagierten" Journalismus gilt: das Sendungsbewußtsein der „Spürnase", die stille Wut, alles, aber auch wirklich „alles" an den Tag zu bringen. In den Augen eines „engagierten" Journalisten hat nur das ethischen Rang, was ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt und dort ausführlich bekakelt wird. So ist es für ihn auch nur logisch, daß er sich selbst, als den „Ans-Licht-Bringer", für *die oberste moralische Instanz* hält, vor der sich alle rechtfertigen müssen, die sich ihrerseits aber alles erlauben kann, bis hin zum eklatanten Landesverrat und zur tolldreisten Lüge.

Das Fernsehen hat dieser an sich schon vor ihm vorhandenen Konstellation noch besondere „Glanzlichter" aufgesetzt. Von Steinbuch und anderen Informationstheoretikern wissen wir, daß der Übergang vom gedruckten Wort zum gesendeten Bild einerseits den Informationsgehalt extrem verkürzt, andererseits die Informationswirkung extrem steigert. Die Fernsehgewaltigen sind der Notwendigkeit rationaler Argumentation weitgehend enthoben, beherrschen müssen sie statt dessen die Demagogie der psychologisch „richtig" zusammengeschnittenen Bildfolgen. Das hat zweifellos Auswirkungen auf die Rekrutierung des journalistischen Personals. Das theoretische Niveau sinkt, die demagogischen Fähigkeiten wachsen.

Um sich ein Bild von der Entwicklung zu machen, muß man tatsächlich einen Blick ins amerikanische Fernsehen tun; die Deutschen sind da doch noch sehr zurück, kennen noch nicht die üppige Macht jener ölig-überheblich salbadernden „Ankermänner", jener frechen, spitznasigen „Ankerfrauen", die das Bewußtsein des Durchschnittsamerikaners heute wohl mehr prägen als Schule und Zeitungslektüre zusammengenommen. Wenn sich jetzt in der amerikanischen Öffentlichkeit eine breite kritische Diskussion über diese Ankerleute, über die Dan Rather & Co. entwickelt, kann man das nur begrüßen. Sie ist auch für uns wichtig.

Pankraz

Seltzers „Klesmer"-Stück in Tel Aviv uraufgeführt

Das Verlorene hören

Klesmer" nannte man im ostjüdischen „Schtetl" die fiedelnden und blasenden Musikanten, die an Festtagen und bei Hochzeiten aufspielten, arme Teufel oft, wie der „Fiedler auf dem Dach", den Marc Chagall so ergreifend dargestellt hat – Inspiration für das weltberühmte Musical „Anatevka". Das Musical bezog seine Hauptgestalt, Tewje den Milchmann, aus Erzählungen des großen jüdischen Schriftstellers Scholem Alejchem, und vom selben Erzähler stammt die rührende Geschichte von „Stempeniu", dem verliebten Klesmer. Dieser Stempeniu hat osteuropäische jüdische Komponisten schon zu kleinen Musikstücken inspiriert; jetzt hat ein israelischer Komponist ein veritables sinfonisches Werk in „jiddischem" Stil geschaffen, und die Israel-Philharmoniker haben es uraufgeführt.

Gibt es „jiddische Musik"? Von jüdischen Komponisten geschriebene Musik sollten wir in verschiedene Gattungen einteilen – soweit sie nicht überhaupt liturgischen, folkloristischen, nationalen Elementen bewußt oder unbewußt fernstehen. Es gibt sicherlich eine „hebräische Musik", die aus religiösen Quellen gespeist ist – Ernest Bloch, aus der Schweiz stammend und nach Amerika übersiedelt, ist das erste bedeutende Beispiel, und Leonard Bernsteins religiös inspirierte Kompositionen gehören zu dieser Gattung. Es gibt „jüdische Musik" – Musik, in der in gedanklicher und musikalischer Hinsicht traditionelle jüdische Thematik und Melodik erkennbar ist – die Komponisten der „national-jüdischen Schule" im St. Petersburg zu Beginn des Jahrhunderts bemühten sich um eine als jüdisch erkennbare Musik, so wie ihre Vorbilder, die russischen „Fünf", eine national-russische Musik schaffen wollten. Es gibt „Israelische Musik": Musik, die Komponisten in Israel schreiben – sie mag „jüdisch", „hebräisch", liturgisch oder folkloristisch, nahöstlich oder allgemein-avantgardistisch orientiert sein. Und so gibt es auch eine „jiddische" Musik, die unmittelbar aus den volkstümlichen Liedern und Melodien der Klesmer entwickelt wurde.

Ein solches „Klesmer"-Stück hat der bisher nur als Schlager- und Film-Musik-Komponist bekannte Israeli Dov (Dubi) Seltzer (Jahrgang 1932) über den Stempeniu Scholem Alejchems komponiert: Stempeniu hat sich, als er bei einer Hochzeit aufspielte, in die schöne Braut verliebt, und fast hätte sich eine Tragödie entwickelt; doch die traditionelle jüdische Familienmoral siegt, und Stempeniu muß entsagen. Der Schauspieler Schmulik Segal rezitierte bei der Uraufführung die Erzählung in der jiddischen Originalsprache, der Philharmoniker Jizchak Markovetzky fiedelte die den Stempeniu charakterisierenden Melodien, und Schalom Ronly-Riklis dirigierte die mit Gusto „klesmerisierenden" Israel-Philharmoniker im Rahmen eines Konzerts der Tel Aviver Serien „leichter klassischer Musik". Ein nostalgisch gestimmtes Publikum – die Welt der Klesmer ist unwiederbringlich verloren – spendete reichen Beifall.

PETER GRADENWITZ

Erstes Meersburger Sommertheater: Martin Walser dramatisiert seine Novelle „Ein fliehendes Pferd"

Langweiler contra Naturneurotiker

Wenn Meersburg nicht Meersburg wäre und am See nicht dieses Fabrikle hätte, müßte man wirklich kein Theater anfangen", sagt Martin Walser, der als Bodenseer Gastwirtssohn wie als Romancier perfekt den „Eingeborenen" spielt und es jetzt fertiggebracht hat, zusammen mit Rolf Hochhuth das Konstanzer Stadttheater zum Sprung über den See in dieses leere Fabrikle zu verlocken: zur Einrichtung und Eröffnung eines „Meersburger Sommertheaters".



Martin Walser und der Dramaturg seines Stückes „Ein fliehendes Pferd", Ulrich Khuon FOTO: DPA

Das unter Dramaturgen (trotz einiger gewonnener Zimmerschlachten) hartnäckig gepflegte Gerücht, der Erfinder der „Gallistel'schen Krankheit" verstehe vielleicht doch nicht so viel vom Theater, dürfte hier endgültig verstummen. Das liegt natürlich nicht zuletzt am Ambiente. Wo sich schon die Walserschen Wolken, Wellen, die Vögel, Fische und Käfer werkgetreu im Dialekt unterhalten, wo Ehen à la Philippsburg geführt werden und wo neben dem Fabrikle noch das Waschplätzle, das Fürstenhäusle, das Känzele und so weiter an die öffentliche Kleinhaltepackung („le") für alles Großsprecherische erinnern – hier genießt der Sommertheatergast einen Natur-Service wie sonst nirgends vor einer derartigen Aufführung.

Der Wein, den er trinkt, ohne an Frostschutzmittel denken zu müssen, wächst ein paar Meter von der Bühne entfernt. Bei höchstens 250 (Tribünen[!]-)Sitzen findet jedes Auto sein Plätzle. Im Gebäude dieses ersten Meersburger Industriebetriebs, einer Maschinenweberei von 1846, verkauft einer noch sämtliche Textilien für solche, die keine Badehose eingepackt haben. Neben dem Auto die Wiese und der Damm, auf dessen Noppen jedermann ins „menschenfreundliche Gewässer" steigen kann, über das Walser bekanntlich in der Schule gelernt hat: die Bevölkerung ganz Europas könnte darin bequem Platz finden.

Ein Walser-Traum also? Ja, aber mit einer Bürgerinitiative dahinter, die dem Schriftsteller mit Geld und guten Worten dafür bürgt, daß es sich auch um eine basis-demokratische Sache handelt . . .

Und daß Martin Walser Theater nach wie vor als „Aufklärungsinstanz" versteht, gerade an einem Ort, wo die Touristen-Kinder auf der Burg nach einem Schloßgespenst suchen dürfen, bewies schon Turrinis „Toller Tag", mit dem Ende Juni diese neuen Sommerspiele angefangen haben. Figaros Witz scheitert da am gekauften Gericht. Er soll die alte Marcelline heiraten und erwürgt schließlich den Grafen mit einer Peitschenschnur, die der auf Susannes Rücken niedersausen ließ.

Turrinis Moral („Gegen Macht hilft kein Witz") wurde nun abgelöst von Walsers Parole: „Ein fliehendes Pferd läßt nicht mit sich reden" aus der Novelle von 1978. Eine Bearbeitung dieser Novelle für die Bühne muß jedem hoffnungslos erscheinen, der dieses subtile Innenleben zweier Urlaubspaare in Walsers pointierter Beschreibung gelesen hat: kaum Handlung, nur Wallung, und die mit rein literarischem Effet. Doch mit Hilfe des Konstanzer Dramaturgen Ulrich Khuon (Walser: „Er wird nicht böse sein, wenn ich sage: er ist als Schriftsteller noch sehr jung!") ließ sich der Bodensee-Matador unter Druck setzen. Er schrieb fast alles selber ins Sprechbare um, ohne in Beteuerungsprosa zu verfallen.

Im Stück waltet, im Vergleich zur Novelle, ein eher harter Psycho-Realismus. Manches hört sich an, als wären's etwas weniger schicke Paare von Botho Strauß, ohne die Passanten. Die bhagwan-rote kahle Guckkastenbühne im schwarz ausgeschlagenen Fabrikraum ist das Ferienzimmer, in dem der Studienrat & Kierkegaard-Leser Helmut Hall und die folgsam gelangweilte Frau Sabine unversehens zusammentreffen mit seinem Schulfreund, dem Journalisten & Naturneurotiker Klaus Buch und dessen kesser Helene.

Der erste Akt lebt von der muffigen Verweigerung Helmuts („Ich bin ein Kleinbürger und möchte nichts anderes sein") gegenüber dem Animierbolzen Klaus, der um „ein bißchen mehr 20. Jahrhundert" bittet. Als im zweiten Akt die beiden zunächst nicht von einer Segelpartie im Gewitter zurückkehren (Klaus: „Wir machen den Teich zur Schnecke"), rükken die Frauen gesprächsweise vorsichtig von ihrer Hilfs-Existenz ab und aufeinander zu. Bis Helmut wiederkommt und für möglich hält, daß der andere – und zwar durch seine, Helmuts, Schuld – beim Kentern ertrunken ist.

Schmerzensausbruch von Helene, durch Calvados und Zigaretten (unter Klaus nie!), zum Offenbarungsrausch gesteigert: Ihr Mann sei völlig am Ende gewesen, habe sich für den letzten Dreck gehalten . . . Doch plötzlich steht er, gerettet, unter der Tür. Wortloser Abgang. Und zurück bleibt Helmuts fatale Reue: „Ich habe gedacht, er will auftrumpfen" – aber auch sein bürgerlicher Dickkopf: „Dafür ist man verheiratet, daß man den Rest der Welt nicht braucht".

Wie gesagt, gemessen an seiner Vorlage hat Walser das Stücklein, am Schluß freilich mit einigen Längen hinterherhinkend, doch sehr unterhaltsam hingekriegt. Das fliehende Pferd wird übrigens nur kurz erwähnt, als Metapher für Helmut. Markwart Müller-Elmau spielt ihn schön phlegmatisch hinter einem Bart, der fast unters Vermummungsverbot fällt.

Ursula Cantieni als Helmuts Frau: eine getarnte Gräfin Almaviva? Als Klaus stellt Manfred Tümmler einen Spontan-Aufreißer hin, der nicht ganz die Dimension füllt, die diese Figur in der Novelle hat, einen Dressman, der jedes Schaufenster eines Sportgeschäfts zieren würde. Aber die Münchnerin Petra Maria Grühn macht aus Helenes Calvados-Nummer immerhin ein süffiges Solo fürs Publikum.

Ich denke: das fliehende Pferd tritt noch viele Bühnen.

ARMIN EICHHOLZ

Bundestagung des FDA in München: Nikolaus Lobkowicz neuer Präsident des Autorenverbandes

Straffe Führung, um aus dem Schatten zu treten

Der Freie Deutsche Autorenverband (FDA) hat einen neuen Präsidenten: Mit deutlicher Mehrheit wählten die 54 Delegierten auf ihrer diesjährigen Bundestagung in München Nikolaus Lobkowicz zum Nachfolger des kürzlich verstorbenen FDA-Mitbegründers und langjährigen Präsidenten Prinz Hubertus zu Löwenstein.

Da der FDA (heute rund 1700 Mitglieder, darunter zahlreiche Autoren aus der „DDR" und Exilautoren aus Osteuropa) auch den Tod seines Vizepräsidenten Otto Zierer zu beklagen hatte, war ein Personalkarussell unvermeidlich geworden. Die Vorstandswahlen brachten eine deutliche Verjüngung, und es steht zu erwarten, daß damit auch neue Akzente gesetzt werden, um die Effektivität der Organisation, die heute vom „Großen Bruder" VS (Verband Deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier) in den Schatten gestellt wird, zu erhöhen.

Zu Vizepräsidenten wurden Reinhard Hauschild (Bonn) und A. E. Johann gewählt, Harald Vocke (Würzburg) wurde neuer Schatzmeister. Neu sind die „Beauftragten" für besondere Gruppen innerhalb des Verbandes. So wird sich der aus der „DDR" stammende Siegmar Faust künftig gleichsam von Amts wegen um die Landsleute aus Mitteldeutschland kümmern, und auch die Exil-Autoren und die Jugend haben je einen „Beauftragten" bekommen.

Aus der alten Riege geblieben ist nur Volkmar Zühlsdorff, dessen Amt als Pressesprecher durch eine entsprechende Satzungsänderung sogar „aufgewertet" wurde und der in der Tat bis heute vorzügliche Arbeit geleistet hat, wie gerade die anwesenden Journalisten, die reichlich mit Material versorgt wurden, wieder einmal feststellen konnten.

Der neu gewählte Präsident Lobkowicz verschob in seiner Dankesrede deutlich die Akzente in Richtung auf eine straffere Führung des Verbandes in der Zukunft. Der FDA müsse, so erklärte er ohne Umschweife, versuchen, „Autoren an unsere Brust zu ziehen, die von den Medien als groß betrachtet werden". Das zielte darauf, daß es nicht nur beim VS, sondern auch beim FDA nicht wenige „Schubladen-Schriftsteller" gibt, Leute, die entweder bisher noch nichts Auffallendes veröffentlicht haben oder überhaupt vergeblich nach Verlagen für ihre Manuskripte Ausschau halten. Wobei einige dann Opfer von sogenannten „Literatur-Agenturen" werden, die für unbedeutende „Lektoratsarbeiten" bis zu 10 000 DM kassieren, ohne daß ein Manuskript an irgendeinen Verleger „verkauft" werden kann.

Lobkowicz berichtete von Bemühungen, die ehemaligen „DDR"-Autoren Manfred Bieler oder Reiner Kunze für den FDA zu gewinnen. Bieler habe geschrieben, er sei nie Mitglied eines Vereins gewesen und gedenke es auch in Zukunft so zu halten. Kunze seinerseits habe um Verständnis dafür gebeten, daß er nach seinem spektakulären VS-Austritt nicht sofort in eine andere Organisation eintreten wolle.

Lobkowicz unterstrich, daß der FDA bei der Gewinnung von „medienträchtigen" Autoren vor der Öffentlichkeit vor allem durch „literarische" Qualität und nicht durch „politische Tätigkeit" auffallen sollte. Sonst würde man den „falschen Weg" gehen, wie dies ja der VS vorgemacht habe.

Bestandteil der Bundestagung war ein FDA-Studienkongreß „Schule und Literatur". Bayerns Kultusminister Hans Maier betonte dort in einem vielbeachteten Grundsatzreferat, daß das Verhältnis Schule–Literatur immer „spannungsvoll" gewesen sei. Der Literaturunterricht könne immer „nur so gut sein wie die Literatur selber". Der Lehrer freilich müsse auswählen, „Akzente setzen". Trotz aller ministerieller Richtlinien sei es also immer noch der Lehrer, der die Schüler literarisch am tiefsten beeinflusse, im Guten wie im Schlechten.

Dennoch spiele die Literaturwissenschaft eine wichtige Rolle für den Literaturunterricht. Die Entwicklungen auf diesem Gebiet würden jedoch oft ausgesprochen hemmend wirken, wenn nämlich die Literatur gegenüber „aktuellem gesprochenen Deutsch, Gebrauchsdeutsch" ins zweite Glied trete. Maier warnte vor einer „Nivellierung" literarischer Werke zu bloßen „Texten": „Nur das Vorbildliche kann Schule bilden. Nur eine Literaturwissenschaft, die Mut zum Urteil hat, kommt dem Lehrer und der Schule zu Hilfe."

Der Minister konstatierte, daß heute die Lesebereitschaft insgesamt, „ganz besonders bei der Jugend, deutlich abgenommen hat". Er verwies auf entsprechende Untersuchungen: Danach rangieren das „Lesen von Literatur" bei 16- bis 17jährigen erst an neunter Stelle von insgesamt zwölf Nennungen.

Angesichts dieser Situation sei das persönliche Engagment von Lehrern und Autoren beim Literaturunterricht geradezu überlebenswichtig. An die Adresse der Schriftsteller gewandt sagte Maier: „Gehen Sie in die Schulen zu Dichterlesungen, und stellen Sie sich den Fragen der Schüler." Dies sei ein „Gewinn für beide Seiten".

Schulbuchverleger Peter Kastner verwies auf die Schwierigkeit, Schüler zu einer Haltung des „Vertrauens zum Leben und zur Welt" zu erziehen; wenn in der Schule vorwiegend Literatur behandelt werde, die „das Leid in der Welt, das Scheitern des Individuums, die Mißstände in der Gesellschaft" zum Thema hätte. Wer heute auch „positive" Texte verwende, laufe Gefahr, der „Wirklichkeitsverschleierung" beschuldigt zu werden. Julika Oldenburg schließlich ging auf das Thema „Die deutsche Frage im Unterricht" ein und bewertete eigene Erfahrung positiv.

XING-HU KUO

JOURNAL

Christie's-Direktoren gaben Lizenzen zurück

DPA, New York

Zwei Spitzenmanager des Auktionshauses Christie's haben ihre Auktionslizenzen für New York zurückgegeben, weil Christie's 1981 eine Falschmeldung über den Verkauf von zwei Meisterwerken von Vincent van Gogh und Paul Gaugin gemeldet hatte. Der Verzicht ist Teil einer Vereinbarung zwischen der weltbekannten Versteigerungsfirma und der US-Behörde für Verbraucherangelegenheiten. Christie's erklärte sich außerdem bereit, 80 000 Dollar Buße zu zahlen und mit den Behörden bei der Aufklärung von betrügerischen Machenschaften bei Auktionen und im Kunst-Geschäft zusammenzuarbeiten. Das Auktionshaus und seine Mitarbeiter konnten nicht mehr angeklagt werden, weil das Delikt verjährt ist.

Miró-Graphik in Jugoslawien geraubt

DPA, Ljubljana

In der nordjugoslawischen Stadt Ljubljana ist eine wertvolle Graphik des spanischen Malers Jan Miró (1893-1983) gestohlen worden. Das Werk befand sich mit weiteren 60 Exponaten des Künstlers im städtischen Kulturzentrum, in dem in Kürze die Internationale Graphikbiennale stattfinden soll. Miro soll dabei eine Sonderausstellung gewidmet werden. Das gestohlene Kunstwerk gilt als das wertvollste der 60 Ausstellungsstücke.

Shanghaier Theater erfolgreich mit Dumas

AFP, Shanghai

Das Stück „Die drei Musketiere" nach Alexandre Dumas erlebte am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, in Shanghai eine vielbejubelte chinesische Premiere. Es spielte das Volkskunsttheater aus Shanghai unter Leitung des französischen Regisseurs Marcel Marechal. Der Regisseur hatte „Die drei Musketiere" mit Hilfe eines Dolmetschers einstudiert. Marechal lobte die chinesischen Schauspieler als „die beste Besetzung, seit es das Stück gibt". Die Hauptdarsteller hatten sich unter anderem mit täglich drei Fechtstunden auf die Rollen vorbereitet. „Die drei Musketiere" nach dem in China sehr populären Dumas steht in Shanghai noch mindestens zwei weitere Monate auf dem Spielplan.

GEMA zieht ihre Jahresbilanz

dpa, Bonn

Die Jahresbilanz der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) für das Jahr 1984 weist 506 Millionen Mark aus. Nach der am Montag in Bonn vorgelegten Bilanz können 435 Millionen Mark an die 16 500 in der GEMA zusammengeschlossenen Komponisten, Textdichter und Musikverleger sowie die ausländischen Schwestergesellschaften ausgeschüttet werden. Der nur geringe Anstieg der Jahresbilanz gegenüber dem Vorjahr, in dem 501 Millionen Mark eingenommen wurden, wird von der GEMA darauf zurückgeführt, daß immer mehr Leerkassetten verwendet werden und die sogenannte Tonträgerpiraterie zunimmt.

Westerwaldpreis '85 für Keramik

DW. Höhr-Grenzhausen

Harald Jedodzienski aus Kassel erhielt den Westerwaldpreis '85 in der Sparte „frei gestaltete Keramik". Almuth Eichhorn-Popp aus Kassel wurde der Preis für „frei gedrehte Keramik", Antje Brüggemann-Breckwoldt aus Schenklengsfeld für ein „aufgebautes keramisches Gefäß" und Dorothy Hafner aus New York und der Firma Rosenthal für „industrielle Keramik" zugesprochen. Den „Förderpreis für junge Keramiker" erhielt Sabine Hoppe aus Braunschweig.

Berührungen auf unberührtem Eiland: Otto und Sylvia irgendwo in der Südsee FOTO: TOBIS

Von Emden bis Passau in allen Kinos dieses Landes: Der Sechs-Millionen-Gag „Otto – der Film"

Ein friesischer Irrwisch verläßt die Schnullerwelt

So umwerfend komisch ist er dann doch nicht, der langerwartete Superquatschfilm von unser aller Otto: „Otto – der Film". Er hat rund sechs Millionen DM gekostet. Er wurde mit immerhin 250 Kopien am letzten Wochenende in die Filmtheater der erwartungsvollen Bundesrepublik geschleust. Die Medien schwappten über. Otto war nachrichtenwürdig im höchsten Maße. Sogar einen „Spiegel"-Titel gab's zum Fest. Unübersehbar: Otto überall.

Nun ist der schwer faßbare Mann aus Ostfriesland ja wirklich ein Labsal. Er ist anzusehen wie ein eilfertiger Götterbote des reinen Unfugs. Er ist immer, so dick er es auch hinter den Ohren hat, von sozusagen frischgewaschener Unschuld. Aber er tut niemandem weh. Selbst wenn er (was er kann) perfekt parodiert, schädigt er den Parodierten nur selten. Er hat eine sozusagen milde, aber fest zugreifend sanfte Arglist.

Er verfügt über eine hastig-geruhsame Körpersprache. Er ist ein listiger Irrwisch. Er zieht nie eine falsche oder richtige Gesinnungsfahne auf. Er ist ein hochtalentierter Quatschkopf, ein sanfter Anarchist in Tennisschuhen.

Und er hat den unschätzbaren Vorteil, sich so ziemlich allen Volksschichten angenehm machen zu können: Die Kinder lieben ihn sowieso. Die Halbstarken liegen ihm zu Füßen. Die älteren Herrschaften in der deutschen Volksgesellschaft nehmen in aber auch mit lachender Freundlichkeit zur Kenntnis. Er gefällt ringsum. Er ist ein Produkt der Fernsehepoche.

Auch Bücher hat er schon in hohen Auflagen verbreitet. Er kann zeichnen, wie eben nur Otto zeichnen dürfte. Er ist in seinen komischen Ausstreuungen emsig, aber doch immer auch sparsam. Er tritt nur vor die Fernsehkamera, wenn er mit seinem Gag-Team vorher völlig klargekommen ist, wenn die Rechnung, wie er meint, sicher steht und aufgehen muß. Wann hatten wir jemanden mit so sicherem Kalkül der tolldreisten Heiterkeit zuletzt?

Jetzt muß es also ein Film sein – „Otto – der Film". Ein richtiger Film, der eine überschaubare Handlung hätte, ist es natürlich nicht geworden. Es ist eine Kette von Gags, eine Sketchserie. Otto wird in ostfriesisch alberner Märchenwelt geboren. Er tritt gleich mit dem falschen Fuß ins Leben.

Er entfernt sich aus seiner Schnullerwelt. Er kommt in den Dschungel der Städte. Er leidet an drei Problemen: „Kein Job, kein Geld, keine Ahnung". Und nun Sketch auf Sketch.

Mal läßt er auf einem Leichenacker eine kleine Armee von Heinos aus den Gräbern sich erheben. Er gerät in eine sogenannte feine Gesellschaft und stößt prompt an allen Ecken und Kanten an. Er philosophiert (und das ist nun wirklich komisch) bei Alkohol aus Pappbechern mit Johannes Heesters.

Er ist immer der fröhlich Gejagte. Manches ist so gut wie bei seinen besten Fernsehauftritten. Anderes aber sackt sonderbar weg. Der Film hat andere Ansprüche, die er (zumal Otto selber auch Regie führen wollte) offenbar nicht erfüllen kann. Auf lange Strecken bleibt der chaotische Frohsinn aus. An die Marx Brothers, denen Otto ja auf sehr deutliche Weise entfernt ähnlich ist, darf man da nicht denken.

Triumphal komisch ist des lieben Otto Übertritt in das Medium Film sicher nicht geraten. Doch ansehenswert ist der mutwillige Ausflug ins Kino allemal. „Don Chaos" läßt dabei deutlich Federn – aber auf tapfere Weise. Heil Otto!

FRIEDRICH LUFT

Österreichs „Weinkaiser" jetzt in Haft

KURT POLLAK, Wien

In Österreich hat nun endlich das große Durchgreifen im Zusammenhang mit dem Weinskandal begonnen. Weder die Staatsanwaltschaft noch die Sicherheitsbehörden gönnten sich und den Weinpanschern ein beschauliches Wochenende; vom Frühstückstisch weg wurde zuerst, Samstag früh um sieben Uhr, der Weinhändler Johann Sautner aus Gols im Burgenland verhaftet und in die Haftanstalt Eisenstadt eingeliefert. Begründet wurde diese Festnahme von der Staatsanwaltschaft mit dem „Verdacht des schweren Betruges durch Verkauf von verfälschten Weinen".

Johann Sautner galt nicht nur als „Weinkaiser" aus Österreichs größter Anbaugemeinde Gols. Er wurde erst im vergangenen Februar zum Leiter der „Burgenländischen Weinwerbung" ernannt. Damit wurde offenbar der Bock zum Gärtner gemacht. seit vergangenen Donnerstag in einem Grazer Getränkemarkt ausgerechnet mehrere Flaschen seines „Eisweines" beschlagnahmt wurden. Daraufhin trat Sautner von seinem Posten als Weinwerbechef zurück. Bis zu diesem Augenblick hatte sich der in Weinkreisen Allgewaltige ebenso wie auch die übrigen 30 unter den Verdacht der Weinpanscherei geratenen Großhändler darauf hinausreden können, selbst Opfer einer Weinpanscher-Mafia geworden zu sein; sie sagten, ihnen hätte man den Frostschutzwein hektoliterweise „untergejubelt". Der in Graz beschlagnahmte Sautner-Eiswein brachte nun den Boß selbst in unvorhergesehene Schwierigkeiten.

Chemiker hatten in Sautners „Spezialtropfen" die lebensgefährliche Menge von 16 Gramm Diäthylenglycol festgestellt. Diese Dosis ist die bisher weltweit größte Giftkonzentration in Weinen. Sautners „Eiswein" war in sogenannte „Stifterln" von je 0,3 Liter abgefüllt. Ein Grazer Arzt warnte: „Schon der Genuß von drei Stifterln kann bei empfindlichen Personen tödlich sein." Und der Sanitätsdirektor Walter Markant warnte die Öffentlichkeit: „Nach übermäßigem Genuß muß sofort der Magen ausgepumpt werden."

Nach Sautner ging es Schlag auf Schlag

Von diesem Todesgetränk lagerten 30 Liter in den Regalen des Grazer Supermarktes. Bis jetzt konnten jedoch erst vier Liter sichergestellt werden. Als diese Nachricht über die österreichischen Medien in die Öffentlichkeit drang, überprüfte der Grazer Weinsammler Gerald Koren seine Sammlung und bemerkte zu seinem Entsetzen, daß er selbst einige „Stifterln" von Sautners Eiswein besitzt, die er bereits vor fünf oder sechs Jahren in Graz erworben hatte. Um sich von der Unbedenklichkeit dieses Weines zu überzeugen, telefonierte er mit dem Produzenten Johann Sautner. Dieser gab keine konkrete Antwort auf die Fragen des Weinsammlers, tauchte jedoch zwei Stunden später höchstpersönlich auf und kaufte die verdächtigen „Stifterln" zurück. Zu spät: Jetzt ging es Schlag auf Schlag. Nach Sautner wurden drei weitere prominente Weinhändler der Reihe nach in Haft genommen. Begründung: „Verdunkelungs- und Verabredungsgefahr". Die vier Festgenommenen hatten bisher jedem, der es wissen wollte, treuherzig versichert: „Ein Skandal – wir wurden selbst hineingelegt. Uns kann man keine gewollte Betrugsabsicht nachweisen."

Kurz vor seiner Festnahme soll Johann Sautner im Freundeskreis die Absicht geäußert haben, seine riesigen Weinmengen „in Schnaps" zu verwandeln. Inzwischen wurden österreichische Weine in den USA, Kanada, Großbritannien und Polen auf die „schwarze Liste" gesetzt, sprich aus den Regalen genommen.

Dammbruch-Katastrophe von Südtirol: Italiens Staatspräsident vor Ort / 150 Menschen werden noch vermißt



Im Zeitalter der Hochtechnisierung treten 5000 Helfer in Südtirol mit Hacke und Spaten an, um die Folgen der Dammkatastrophe zu beseitigen. Noch immer werden 150 Menschen vermißt FOTOS: AP

In ohnmächtigem Zorn fordert das Land Aufklärung und Vergeltung

Von FRIEDRICH MEICHSNER

Wieder einmal haben Sorglosigkeit, Oberflächlichkeit, Zynismus und Eigennutz die Oberhand behalten über die Sorge für den Menschen und die Heiligkeit menschlichen Lebens." In diesem harten Urteil bringt der vatikanische „Osservatoro Romano" die Empörung zum Ausdruck, die nach der Dammbruchkatastrophe im Trentiner Latemar-Tal die Menschen in Italien ergriffen hat.

Während dort, wo bis Freitag mittag vergangener Woche der Ort Stava stand, in den Schlammassen noch immer nach Opfern gegraben wird, währemd im Krankenhaus von Cavalese die aus dem ganzen Land herbeigeeilten Angehörigen verschollener Urlauber an den geborgenen Leichen vorbeidefilieren und sie zu identifizieren suchen, fordert das Volk Aufklärung und Vergeltung.

Noch sind zwar die Ursachen des Dammbruches, der die tödliche Sturzflut von mehreren 100 000 Kubikmetern Wasser, Schlamm, Baumstämmen und Mauerwerk verursachte, im einzelnen nicht bekannt. Aber Geologen und Hydrologen sind sich mit Zivilschutzminister Zamberletti einig: Nicht ein fatales Naturereignis hat diese mörderische Schlammlawine zu Tal stürzen lassen, die Schuld liegt beim Menschen. Wie groß diese Schuld ist, macht nicht nur die Zahl der bisher geborgenen Opfer deutlich – 212, von denen 100 identifiziert werden konnten. (150 Menschen werden noch vermißt.) Augenzeugenberichte und infernalische, von den Massenmedien dokumentierte Szenen im Hof der Notaufnahmestation des Krankenhauses von Cavalese, lassen einem den Atom stocken.

Unter den Augenzeugen gibt es manche, die ihre an ein Wunder grenzende Rettung verfluchen. Etwa die 31jährige Alma Trettel aus Tesero, dem Ort, zu dessen Gemeindegebiet das total vernichtete Stava gehörte und der teilweise auch noch von der tödlichen Dammwelle erfaßt wurde. Vor der Katastrophe hatte sie eine Familie: eine Mutter, einen Mann, ein Kind. Jetzt ist sie allein, liegt sie, seelisch mehr noch als physisch verletzt, in einem Krankenbett und erzählt unter Schluchzen einem Reporter des „Corriere della Sera":

„Wir waren zum Mittagessen bei meiner Mutter, als wir plötzlich von einem donnernden Getöse ausgeschreckt wurden, das die Fensterscheiben klirren ließ. Stefano, mein Mann, schrie: ‚Ein Erdbeben!' Ich riß die Tür zum Balkon auf und sah vom Berg her eine riesige graue Wolke auf mich zustürzen. In der Wolke waren Baumstämme, Maschinen, Balken und Mauerwerk. Noch bevor ich ins Zimmer zurück konnte, spürte ich, wie sich das ganze Haus hob und weggetragen wurde. Wir flogen plötzlich. Vor meinen Händen sah ich noch einen Balken und einen Fichtenstamm, an dem ich mich festklammerte. Dann verlor ich das Bewußtsein. Als ich wieder zu mir kam, fand ich mich im Geröll begraben. Über meinem Kopf waren ein Mast und irgend etwas anderes. Meine Beine waren von einem Felsbrocken festgeklemmt. Ich konnte mich nicht mehr bewegen. Nach etwa einer Stunde holten sie mich heraus – 500 Meter vom Haus meiner Mutter entfernt. Von den Meinen weiß ich nichts. Sie sind tot. Warum nicht auch ich?"

Der Hof des Krankenhauses, in dem Alma Trettel liegt, ist von einer Hundertschaft Soldaten abgesperrt. Nur die Ambulanz hat freie Fahrt. Aus ihr wird eine Bahre gezogen und auf zwei Holzblöcke gestellt. Soldaten und Krankenpfleger stehen im Halbkreis um sie herum. Einer ergreift einen Wasserschlauch und spritzt mit scharfem Strahl die Schlammhülle weg, bis man die Umrisse eines Körpers erkennt. Aber wo ist der Kopf? Und was ist das, was ein Soldat in die Hand nimmt und mit einem Schwamm abwäscht? Ein Arm? – Szenen aus einem Horrorfilm? Szenen aus Südtirol, aus dem Nachbartal des Fleimstals, zwei Tage nach der Katastrophe von Stava.

Szenen, die nach Sühne schreien. Aber gibt es Schuldige vor dem Gesetz, und wenn ja, wer sind sie? Die Staatsanwaltschaft von Trient hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und bereits Dutzende von Bescheiden verschickt – an die Besitzer und Verantwortlichen der Fluoridgrube, in der die Dämme von zwei Bassins zur Waschung des Basaltgesteins gebrochen sind, an Mitglieder der Provinzverwaltung, an den Bürgermeister von Tesero. Darin ist von „fahrlässig verschuldeter Katastrophe" und von „mehrfacher fahrlässiger Tötung" die Rede.

Die Regierung in Rom hat einen Untersuchungsausschuß eingesetzt. Staatspräsident Cossiga, der gestern das Unglücksgebiet besuchte, sprach von einem „unglaublichen Unglück" und verpflichtete sich, dafür zu sorgen, daß die Verantwortlichen „unerbittlich ausgemacht und zur Rechenschaft gezogen werden".

Im einzelnen ist der Hergang der Katastrophe noch nicht geklärt. Fest steht nur, daß nach dem Bruch eines Erddammes die Wassermassen von zwei in 1300 Meter Höhe gelegenen Bassins einer Fluoridgrube der Firma „Prealpi mineraria" zu Tal stürzten, den direkt unterhalb der Bassins gelegenen Ort Stava mit seinen drei Hotels, zwei Sägewerken, Wohnhäusern und Berghütten zerstörten und sogar noch im vier Kilometer entfernten Tesero, das 990 Meter über dem Meeresspiegel liegt, Verwüstungen anrichteten. Angeblich ist zuerst der obere Damm gebrochen, ehe die Wassermassen dann auch den Damm des zweiten Bassins zerstört haben.

Überlebende von Stava berichten, daß die zuständigen Stellen schon im Frühjahr auf die Wasserdurchlässigkeit der Dämme hingewiesen worden seien. Kontrolliert habe man regelmäßig nur den Kamm der Dämme. Offenbar seien diese aber unterspühlt worden.

Zivilschutzminister Zamberletti beklagt sich darüber, daß die Kontrolle von Dämmen dieser Art gesetzlich noch immer nicht klar geregelt sei. Der Minister wies auch darauf hin, daß der Entwurf eines neuen Gesetzes für den Zivilschutz seit Jahren unbearbeitet beim Parlament liege. Im übrigen müsse man sich im Falle von Stava fragen, welche Kriterien für die Vergabe der Erlaubnis zum Bau von Ferienhäusern und Hotels direkt unterhalb der Staudämme maßgebend gewesen seien.

Jeder 50. Pilot psychisch krank?

DW. London

Jeder 50. britische Pilot der Zivilluftfahrt ist infolge beruflichen Stresses psychisch krank. Das ist das Resultat einer Untersuchung, die Professor Cary Cooper von der Universität Manchester an 442 Probanden vorgenommen hat. Neun Piloten zeigten psychosomatische Krankheits-Symptome. Nach einer Untersuchung des Internationalen Pilotenverbandes soll auch Alkoholismus ein Problem geworden sein. Für Piloten, die sich krank fühlen, besteht in der Tat eine Zwangslage: Teilen sie ihre Befürchtungen dem Arzt mit, muß dieser sie unter Umständen fluguntauglich schreiben. Sie fordern den Mediziner also geradezu auf, ihre Karriere zu unterbrechen oder gar zu beenden.

LEUTE HEUTE

Lehrerin hebt ab

Die Lehrerin **Sharon Christa McAuliffe** wird im Januar kommenden Jahres als erste Privatperson am fünftägigen Flug einer amerikanischen Weltraumfähre teilnehmen. Die 36jährige unterrichtet in Concord (New Hampshire) Geographie und Geschichte, ist mit einem Rechtsanwalt verheiratet, hat zwei Kinder und gilt als redegewandte, engagierte Pädagogin. Als US-Vizepräsident **George Bush** ihr jetzt im Weißen Haus eröffnete, daß die Wahl auf sie gefallen sei, fehlten ihr allerdings zunächst die Worte. US-Präsident **Ronald Reagan** hatte im August '84 angekündigt, ein Lehrer solle als erste Privatperson mit einer Weltraumfähre um die Erde reisen. Daraufhin waren 11 416 Bewerbungen eingegangen. Die Vorbereitung auf den Flug besteht in einem vierwöchigen Kurs in Houston (Texas). Nach dem Flug hat sich die Dame, im Auftrag der Nasa, zu einer einjährigen Good-Will-Tour durch die USA verpflichtet.

Greis bleibt in Haft

Der älteste zum Tode verurteilte Gefangene Japans, der 93jährige **Sadamichi Hirasawa**, bleibt weiterhin in Haft. Der Oberste japanische Gerichtshof wies jetzt sein Begnadigungsgesuch zurück. Die fünf Richter waren der Auffassung, die Verjährung der Todesstrafe nach 30 Jahren betreffe nur flüchtige Verbrecher und nicht Inhaftierte wie den Antragsteller, der jetzt seit 31 Jahren auf die Vollstreckung wartet. Hirasawa soll bei einem Bankraub in Tokio im Januar 1948 zwölf Menschen vergiftet haben. Bis heute unterzeichnete kein japanischer Justizminister den Befehl zur Exekution.

Dr. Geldof wirbt weiter

Der Organisator des „Live Aid"-Konzerts, das mehr als 200 Millionen Mark für die Hungernden Afrikas einbrachte, der irische Popsänger **Bob Geldof**, ist gestern in der Kathedrale von Canterbury mit der Ehrendoktorwürde der Universität Kent ausgezeichnet worden. Geldof trug bei dieser Gelegenheit den traditionellen schwarzen Umhang und den schwarzen Doktorhut. Zusammen mit dem Rocksänger, der die 2000 Zuschauer zu weiteren Spenden für die Afrika-Hungerhilfe aufrief, erhielten acht weitere Persönlichkeiten ehrenhalber den Doktortitel, darunter der ehemalige Premierminister **Edward Heath**.

Für Taucher wird ein Märchen wahr

AP, Key West

Eine Gruppe amerikanischer Schatzsucher hat am Wochenende vermutlich den Superfund gemacht, hinter dem sie 20 Jahre lang hergewesen ist: In der Florida-Straße rund 40 Meilen westlich von Key West stießen ihre Taucher am Samstag auf den Hauptteil des Reichtums, den eine spanische Galeone an Bord hatte, als sie vor 300 Jahren in schwerem Sturm sank. Der Wert des Schatzes, der vor allem aus Silberbarren besteht und für die königlich spanische Schatzkammer bestimmt war, wird auf umgerechnet 1,2 Milliarden Mark geschätzt. Alte Papiere weisen aus, daß das 1622 untergegangene spanische Schiff bis zu 1200 Silberbarren geladen hatte. Etwa tausend davon zu je 75 Kilogramm Silber, ein 20 Meter langer und zehn Meter breiter Stapel von zwei Meter Höhe, wurde jetzt „dingfest" gemacht.

„Der Kapitän teilte mit, er habe ein Riff aus Silberbarren und mehr Münzen gefunden, als zu überblicken sind", berichtete Bleth McHaley, Vizepräsidentin der Schatzsucher-Vereinigung Treasure Salvors, über den Erfolg eines der Suchschiffe.

Inhaber der Firma ist der Schatzjäger Mel Fisher – ein ehemaliger Hühnerzüchter –, der mit seinen Leuten schon seit 20 Jahren nach den Überresten der Galeone „Nuestra Senhora de Atocha" gesucht hat.

Ende Mai hatten Fisher und seine Mitarbeiter bereits Gold, Silber und Edelsteine im Wert von etwa zwei Millionen Dollar (knapp sechs Millionen Mark) auf dem Meeresgrund aufgespürt. An der erfolgreichen Suche nach dem Hauptschatz von der Galeone waren am Samstag drei Boote und bis zu 20 Taucher beteiligt. Sie stießen nachmittags ungefähr zwei Seemeilen von der früheren Fundstelle entfernt auf die Silberbarren.

„Wir sind außer uns. Wir warten jetzt, daß der Champagner kommt", freute sich die Vizepräsidentin der Schatzsucher, die sich seit 14 Jahren an der Jagd auf das legendäre Schiff beteiligt hat. „Wir wußten seit Monaten, daß wir nahe dran waren", fügte sie hinzu. Aber glauben könne sie das Märchen immer noch nicht.

Forst-Diskussion enthält „Elemente der Neurose"

AP, Bonn

An der bisherigen Annahme, das Waldsterben werde vorrangig von den Schadstoffen in der Luft, im Boden und dem sauren Regen verursacht, sind erneut Zweifel aufgetaucht. In einem Beitrag der „Welt am Sonntag" wird der Münchner Botaniker Otto Kandler mit der Auffassung zitiert, die Art der Waldschäden deute eher auf eine Seuche hin. Besonders die Charakteristik der Entstehung und Ausbreitung entspreche dem „Seuchenzug einer Grippe". Solche Erscheinungen habe es in der Vergangenheit wiederholt gegeben, in manchen Fällen seien die Erreger identifiziert worden. Kandler sagte: „Der deutsche Wald wird ganz sicher nicht sterben." In dem Beitrag wurden auch die englischen Biologen Binns und Redfern erwähnt, die nach einer Rundreise durch Süddeutschland folgende Bilanz gezogen hätten: Die Forst-Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland enthalte „unzweifelhaft das Element der Neurose". Sie werde „ohne notwendige kritische Untersuchungen" geführt.

Zehn Tote im Supermarkt

AFP, Pas-de-la-Case

Bei einer Gasexplosion in einem kleinen Supermarkt in Pas-de-la-Case im Pyrenäen-Kleinstaat Andorra sind zehn Menschen ums Leben gekommen. Elf Menschen wurden verletzt. Unter den Toten befinden sich nach Auskunft der Behörden der Geschäftsführer des Supermarktes und dessen vier Jahre alte Zwillingssöhne sowie eine französische Familie aus der Bretagne.

Explosion in Le Bourget

AP, Paris

Eine mächtige Explosion hat am Sonntag ein Gebäude auf dem Pariser Flughafen Le Bourget zum Einsturz gebracht. Nach Angaben der Feuerwehr kamen zwei Menschen ums Leben. Neun weitere wurden verletzt. Ein von der Explosion verursachtes Feuer wurde schnell unter Kontrolle gebracht. Rettungsmannschaften durchsuchten am Mittag die Trümmer nach möglichen weiteren Opfern.

Pionier der Lüfe tot

AP, Miami

Im Alter von 89 Jahren ist, wie am Samstag bekannt wurde, der ameriakanische Luftfahrtpionier Ken Lane im US-Staat Florida gestorben. Lane war der Konstrukteur des Flugzeuges, in dem Charles Lindbergh im Mai 1927 erstmals den Atlantik überquerte.

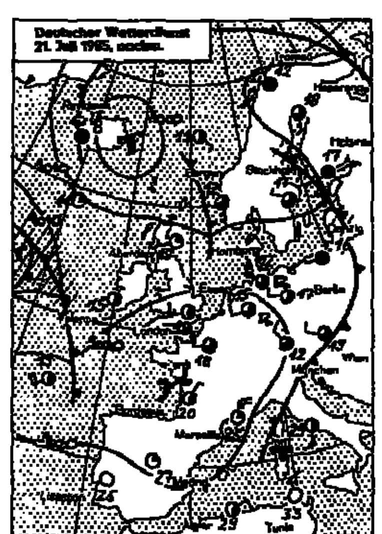
Größtes Gebilde im All

AP, Tucson

Amerikanische Astronomen haben nach eigenen Angaben einen aus Galaxien bestehenden Supersternhaufen entdeckt, von dem angenommen wird, daß er das bei weitem größte Gebilde im Universum ist. Nach Berechnungen der Wissenschaftler vom Observatorium Kitt Peak hat der Galaxien-Haufen eine Ausdehnung von rund einer Milliarde Lichtjahre. Ein Lichtjahr ist die Entfernung, die das mit 300 000 Kilometer in der Sekunde „reisende" Licht in einem Jahr zurücklegt.

WETTER: Regen, mäßig warm

Wetterlage: Der Ausläufer eines Tiefs mit Kern über Schottland greift im Tagesverlauf auf Deutschland über und führt kühle Luft mit sich.



Vorhersage für Montag: :
Bedeckt und Durchzug eines Regengebietes. Höchsttemperaturen im Norden bei 18, im Süden bei 21 Grad. Nächtliche Tiefstwerte um 13 Grad. Mäßiger bis frischer, zeitweise böiger Wind aus Südwest bis Nordwest.

Weitere Aussichten:
In der Mitte und im Norden anfangs stark, später wechselnd bewölkt mit einzelnen Schauern. Im Süden meist bedeckt und zeitweise Regen oder Schauer.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	32°
Bonn	15°	Kopenh.	17°
Dresden	18°	Las Palmas	23°
Essen	15°	London	18°
Frankfurt	19°	Madrid	27°
Hamburg	12°	Mailand	30°
List/Sylt	15°	Mallorca	28°
München	12°	Moskau	24°
Stuttgart	15°	Nizza	27°
Algier	29°	Oslo	16°
Amsterdam	17°	Paris	18°
Athen	34°	Prag	14°
Barcelona	23°	Rom	29°
Brüssel	17°	Stockholm	17°
Budapest	21°	Tel Aviv	33°
Bukarest	32°	Tunis	33°
Helsinki	17°	Wien	19°
Istanbul	29°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* am Dienstag : 5.33 Uhr, Untergang: 21.23 Uhr; **Mondaufgang:** 12.06 Uhr, Untergang: 23.58 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

In Heubach endet Flucht aus Asien

XING-HU KUO, Heubach

Die Szenerie mutet stilecht fernöstlich an: Imposante Berge und Felsen bilden die dekorative Kulisse des einzigen „Kambodschanischen Kulturzentrums" der Bundesrepblik. Es hat seinen Sitz im schwäbischen Heubach – im Haus des kambodschanischen Arztes Sérey. Es ist eine religiöse und kulturelle Stätte für die rund 1200 in Deutschland verstreut lebenden Kambodschaner. Viele von ihnen sind Kinder und Waisen, die den Massakern der „Roten Khmer" entkommen sind.

Der Besucher wird von dem Gynäkologen, der seit 24 Jahren in Deutschland lebt – Sérey studierte in Tübingen, wo er auch seine schwäbische Frau kennenlernte – gebeten, die Schuhe im Vorraum auszuziehen, bevor die Pagode in einem schlichten Raum besichtigt werden kann. Der Mittelpunkt ist eine golden schimmernde Buddha-Statue, die an Tempel in der zerstörten Heimat erinnert.

Stolz berichtet der Arzt, ein Vertrauter des im Exil befindlichen kambodschanischen Präsidenten Nerodom Sihanuk, daß diese so teuer erscheinende Statue Buddhas von dem Mönch Ty Sophat in dreiwöchiger Arbeit für den symbolischen „Preis" von 400 Mark hergestellt worden ist: „Normalerweise würde eine solche Statue 20 000 Mark kosten."

Im Beisein eines Ministers der Exil-Regierung Sihanuks wurde diese Kulturstätte der Kambodschaner am 11. Mai dieses Jahres, gleichzeitig mit dem buddhistischen Neujahrsfest, des Jahres 2528 im Zeichen des Ochsen, eröffnet. 600 Gäste nahmen daran teil.

Für Sérey, der neben seinem Beruf als Frauenarzt die ganze Freizeit der kulturellen und sozialen Betreuung seiner zumeist jungen Landsleute widmet, ist dieses Zentrum von größter Bedeutung: Gerade die Kinder und Jugendlichen sollen dadurch wenigstens teilweise ihre kulturelle Identität finden und wahren können. Das Kulturzentrum als Brücke. Hier werden Mädchen in kambodschanischem Tanz ausgebildet; hier existiert eine von der Caritas gespendete kleine kambodschanische Bioblio-thek.

Die Wahl des Standortes Heubach war im übrigen nicht zufällig, auch wenn die Anwesenheit Séreys optimale Bedingungen bot: 80 Prozent der kambodschanischen Waisen, die in einer Rettungsaktion von 1979 an vom Deutschen Roten Kreuz und der Hilfsorganisation „Terre des Hommes" nach Deutschland gebracht wurden, leben dort.

Sérey ist dankbar für die Hilfe, die er auch von der Bundesregierung bekommt: Für das Kulturzentrum erhielt er für das erste Halbjahr '85 einen Zuschuß von 12 000 Mark.

Er verhehlt aber auch nicht große Sorgen hinsichtlich der Zukunft: Viele Projekte der Hilfsorganisationen werden jetzt beendet; die Betroffenen bleiben mehr oder weniger ihrem Schicksal überlassen.

Zur seelischen Betreuung dieser Flüchtlinge – Sérey: „Kambodscha hat keine Lobby" – brauchen sie deshalb den Beistand eines buddhistischen Mönches. Aber auch hier signalisiert Bonn Verständnis. Der Arzt wurde bereits gebeten, einen „Kostenvoranschlag" für den Jahresaufenthalt eines Mönches zu übermitteln: Rund 120 000 Mark.

Der Mönch müßte trotz sparsamster Lebensweise viel reisen, um seine verstreut in Deutschland lebenden Landsleute sozusagen im Rotationsverfahren aufzusuchen.

ZU GUTER LETZT

„Er spielt Schafskopf mit den Bayern und Skat mit den Preußen." Noch anerkennender setzt Strauß hinzu: „Beim Bescheißen hat dich noch keiner erwischt." Aus der Laudatio des bayerischen Ministerpräsidenten zum 60. Geburtstag Friedrich Zimmermanns.